Zu Guttenberg contra Rüstungsindustrie Seite 4

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 42 – 23. Oktober 2010
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Angezählte Kanzlerin: Eigene politische Fehler, miserable Umfrageergebnisse und der Druck durch das Ausnahmetalent zu Guttenberg machen Angela Merkel zu schaffen. Auf einer Serie von CDU-Regionalkonferenzen wirbt sie um Unterstützung. Doch niemand sollte die politische Kämpferin Merkel unterschätzen, der glänzende Wirtschaftszahlen bereits wieder Entlastung verschaffen.

Foto: Reuters

Planspiele um Merkel

Die Kanzlerin muss um ihre Macht kämpfen – Kauder weist Gerüchte zurück

Was wird, wenn die CDU im März die Macht in Baden-Württemberg verliert? In der Union wird über die Zukunft der Kanzlerin spekuliert. Das Dementi von Unionsfraktionschef Volker Kauder hat die Unruhe nicht beenden können.

„Wir müssen regieren und nicht spekulieren", erklärte Kauder zu Gerüchten, die in Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg den künftigen Kanzler sehen. So viel Substanz haben die Spekulationen also immerhin, dass ihnen offiziell widersprochen wird.

Bundeskanzlerin Angela Merkel muss allerdings vorerst wirklich nicht mit einem Putsch rechnen. Ihre Position an der Spitze der CDU ist gefestigt, es ist niemand in Sicht, der ihr beim Parteitag Mitte November gefährlich werden könnte. Und doch wird das Treffen kaum in guter Stimmung verlaufen. Trotz sehr guter Wirtschaftsdaten – die Stimmung für die CDU in Bund und Ländern will sich einfach nicht aufhellen.

Zum Parteitag trifft man sich in Karlsruhe, um der Südwest-CDU Rückendeckung für die Wahl am 27. März zu geben. Doch CDU und FDP kommen dort aktuell auf nur 34 und sechs Prozent, trotz allen Erfolgen der schwarz-gelben Landesregierung. Grüne und SPD stehen bei 32 respektive 19 Prozent. Würde morgen gewählt, wäre der nächste Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen. Die Ökopartei profitiert vom absurden Tauziehen um Stuttgart 21, die sogenannte „Schlichtung", die bis Ende November dauert, birgt neue Risiken für die CDU.

> Die Kanzlerin hat zwei strategische Fehler gemacht

Im Bund stehen Union und FDP zusammen bei 36 Prozent, ein seit Wochen festgefügtes Bild. Das anhaltende Umfragetief hat Gründe: Zwischen der Bundestagswahl 2009 und der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010 wurden politische Entscheidungen ängstlich vertagt. Diese Stillhaltepolitik kann heute als strategischer Fehler Merkels eingestuft werden, denn die Macht in Düsseldorf ging (dennoch oder sogar deswegen) verloren. Seitdem wird in Berlin zwar tapfer versucht, „durchzustarten". Doch mit der Macht in NRW ging auch die Mehrheit im Bundesrat verloren. So manches, was Merkel vor dem Mai konnte, aber nicht wollte, dürfte sie nun wollen, ohne es noch zu können.

Dennoch wurde einiges durchgesetzt: Vom Sparpaket über die Verlängerung der Restlaufzeiten der Kernkraftwerke bis zu Korrekturen bei Hartz IV – alles gut und wichtig, aber nicht gerade der Stoff, aus dem Popularitätsgewinne bestehen. Es folgte das unglückliche Lavieren in der Sarrazin-Debatte: Statt den SPD-Politiker zum Kronzeugen für die verfehlte Zuwanderungspolitik seiner eigenen Partei zu machen, kritisierte die CDU den Tabuknakker gegen 70 Prozent der Bevölkerung mit Argumenten, die von den Grünen hätten kommen können. Jetzt versucht Merkel, kurz vor dem Parteitag zumindest diesen Fehler auszubügeln – und gibt damit ein Bild der Wankelmütigkeit ab. Indessen vermeidet zu Guttenberg jeden Fehler und wird immer stärker (siehe Leitartikel und Seite 2). *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Unsicher

Noch wankt er nicht, der Sessel von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Doch der Druck auf sie ist groß und Anzeichen von inhaltlicher Unsicherheit sind unübersehbar.

Dafür zwei Beispiele: Waren die Thesen von Thilo Sarrazin nun derart indiskutabel, dass es noch nicht einmal angezeigt war, sein Buch zur Hand zu nehmen (wie Frau Merkel keck bekannte), bevor das gesellschaftliche Todesurteil über ihn gesprochen wurde? Oder waren sie doch immerhin so richtig, dass noch in diesem Monat in rekordverdächtiger Eile ein Gesetz auf den Weg gebracht werden soll, mit dem die (mutmaßlich über eine Million!) Integrationsverweigerer „härter angefasst" werden sollen und weiterer Zuzug mit dem alten Trick der Scheinehen endlich gestoppt werden soll? Wer den Worten der Bundeskanzlerin und ihrer engsten Vertrauten lauscht, bekam im September das Eine, jetzt im Oktober hingegen das Andere zu hören.

Das andere Beispiel: Sind menschliche Embryonen derart heilig, dass sich die sogenannte Präimplantationsdiagnostik selbst im Falle schwerer Erbkrankheiten verbietet (so Merkel gegenwärtig)? Oder sind sie so wenig schützenswert, dass die Regeln für die Forschung an embryonalen Stammzellen massiv gelockert werden können (so Merkel im April 2008)?

Die Gegensätze – nicht nur in diesen beiden Fragen – springen ins Auge. Politiker dürfen und müssen auch einmal ihre Positionen ändern. Wenn dabei aber der Eindruck entsteht, führende Verantwortliche hätten in Fragen elementarer nationaler oder ethischer Bedeutung keine eigene Position, ist ein Vertrauensverlust unvermeidlich.

Retten Australier Hochtief?

Berlin hält Übernahme für vertretbar – Finanzierung weiter wacklig

Auch wenn es abstrus erscheint: Nach deutschem Recht ist es einwandfrei, dass der mit 14 Milliarden Euro verschuldete spanische Baukonzern ACS seinen nur mit 1,2 Milliarden Euro verschuldeten, umsatzstärkeren deutschen Konkurrenten Hochtief übernehmen kann. Im Fall Hochtief sei keine Regelungs- oder Rechtslücke erkennbar, so Regierungssprecher Steffen Seibert auf die Frage, ob die Bundesregierung wegen des aktuellen Falles eine Gesetzesänderung anstrebe. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hält sowieso nichts von staatlichen Eingriffen, und so ist Hochtief schutzlos dem Angriff aus Spanien ausgeliefert.

Im Laufe der letzten Jahre kaufte ACS regulär über die Börse 30 Prozent der Hochtief-Aktien. Nun will es seinen Anteil auf 50 Prozent aufstocken, um den erfolgreichen deutschen Konzern in seinem Konzern aufgehen zu lassen. Hierfür bietet ACS Hochtief-Aktionären für fünf Hochtief-Aktien acht ACS-Aktien. Und obwohl das Angebot unattraktiv ist – Hochtief-Aktien gelten als unterbewertet, und bei den jetzigen Kursen wäre das Tauschgeschäft für den Tauschenden ein Minusgeschäft (Aktien im Wert von 320 Euro für Aktien im Wert von 296 Euro) –, glauben Experten, dass ACS die Übernahme gelingt.

> Hochtief-Tochter band Börsenaufsicht ein

Doch einen Rettungsanker hat Hochtief noch: die Börsenaufsicht in Australien. Die fordert nämlich, dass ACS für die australische Hochtief-Tochter „Leighton" ein eigenes Übernahmeangebot abgeben muss, weil sonst die Aktionäre in Downunder benachteiligt würden. Das würde die Spanier aber drei Milliarden extra kosten, und schon beim jetzigen Übernahmeangebot ist die Finanzierung nicht gesichert. Erst im November entscheiden die ACS-Aktionäre über eine Kapitalerhöhung in Form von Herausgabe von 157 Millionen neuen Aktien. *Bel*

Heilige und Idioten

CDU und FDP beäugen skeptisch Geißlers Schlichtung in Stuttgart

Der Zeitplan für die Schlichtungsgespräche um Stuttgart 21 steht. In dem ersten inhaltlichen Gespräch am 22. Oktober geht es um den Nutzen des Verkehrsknotens S21 und der Neubaustrecke Ulm–Wendlingen, erklärte Schlichter Heiner Geißler nach dem Auftaktgespräch am Dienstag. In weiteren Sitzungen soll über das Alternativkonzept der Neubaugegner, die Wirtschaftlichkeit des Projekts, über Geologie und den Bauablauf sowie über Ökologie und Städtebau gesprochen werden. Die letzte Sitzung ist Ende November geplant.

Geredet wird mindestens zwei Mal pro Woche, je sieben Teilnehmer beraten über das Für und Wider des Projekts. Während die Kritiker hoffen, die öffentliche Meinung durch die Gespräche so beeinflussen zu können, dass das Vorhaben dann gestoppt werden muss, spekulieren die Befürworter eher auf eine Ermüdung der Demonstranten und den Überdruss der Öffentlichkeit am Streit um das längst beschlossene Vorhaben. Auf Seiten der Befürworter wird öffentlich alles vermieden, was die Emotionen aufwühlen und damit die Projektgegner mobilisieren könnte. Intern wird allerdings auch gewitzelt über die „Trauerarbeit" für Bürger, denen der Abschied von 100 Hektar Ödland in zentraler Innenstadtlage schwerfalle.

> Befürworter hoffen auf Erschlaffung

Die Aktivitäten Heiner Geißlers werden von CDU und FDP unverändert auch mit Skepsis beäugt. Seine Absage an „Basta-Politik" im Zusammenhang mit S21 und seine indirekte Kritik an der Unterstützung Merkels für das Vorhaben stießen auf Kritik. Bundesinnenminister de Maizière meinte, es könne „nicht sein, dass die handelnden Politiker die Idioten sind, und die ehemaligen Politiker die Heiligen". Besorgniserregend sei die „Senkung der Gewaltschwelle der Demonstranten". *PAZ*

MELDUNGEN

Euro: Frankreich dominiert

Luxemburg – „Ich bin überrascht, dass wir nicht die 100-prozentige Haushaltsdisziplin von Deutschland bekommen haben", kommentierte der schwedische Finanzminister Anders Borg den Kompromiss bei den Änderungen zum Euro-Stabilitätspakt. Doch Deutschland hatte dem Wunsch Frankreichs nachgegeben und darauf verzichtet, dass Sanktionen sofort einsetzen, wenn ein EU-Land die Budgetvorgaben regelmäßig verletzt. Jetzt gibt es eine sechsmonatige Galgenfrist und auch danach dürfen Sanktionen nur mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedsländer beschlossen werden. Für dieses Entgegenkommen bot Paris an, den deutschen Wunsch nach einer Änderung der EU-Verträge zu unterstützen. Diese sollen schärfere Stabilitätsregeln und ein Insolvenzrecht für ganze Staaten enthalten. Experten bezweifeln jedoch, ob dieses Ziel erreicht wird, denn die Änderung von EU-Verträgen ist langwierig. *Bel*

Muslime betonen ihre Toleranz

Bonn – Die Deutsche Muslim-Liga hat dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU „Diffamierung der islamischen Welt" vorgeworfen. Die Kritik richtet sich gegen Passagen der Resolution „Die um seines Namens willen verfolgt werden – Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert". In einem Offenen Brief an den EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel nimmt die Muslim-Liga Anstoß an dem Hinweis auf die „zunehmend schwierige Lage alteingesessener christlicher Kirchen in den islamischen Ländern des arabischen, persischen und türkischen Kulturraums". Die islamische Welt habe eine „ausgeprägte Toleranz" bewiesen, zu Zwangsbekehrungen sei es überaus selten gekommen. Christenverfolgungen hätten häufig ethnisch-nationalistische oder politische Gründe und seien nicht religiös motiviert. *idea*

Der Freiherr kann warten

Zu Guttenberg steht für höchste Ämter bereit, aber noch kaum im Frühjahr 2011 – Irrtümer des »Spiegel«

Eine glänzende Amtsführung sowie phänomenal hohe und stabile Beliebtheitswerte machen Karl-Theodor zu Guttenberg immer unausweichlicher zum künftigen Bundeskanzler. Andere haben es damit eiliger als er selbst. Nur unter außergewöhnlichen Umständen würde er sich bereits im Frühjahr 2011 in die Pflicht nehmen lassen.

Guttenberg kennt die Gesetze der Mediengesellschaft: Die Zeitungen sind immer auf der Suche nach dem Neuen und Spektakulären, und ein Sturz aus großer Höhe gehört zweifellos dazu. „Ein gewisser Absturz hätte bei mir längst kommen müssen. Weil er bisher nicht gekommen ist, kann er stündlich kommen." Man kann dem seit längerer Zeit mit Abstand beliebtestens Politiker des Landes diese Einschätzung abnehmen. Sie schützt ihn und trägt zugleich dazu bei, den Aufstieg abzusichern.

Dessen Geradlinigkeit und Tempo ist in der Tat ein Phänomen. Nach jeweils wenigen Monaten im Amts des CSU-Generalsekretärs und des Bundeswirtschaftsministers wurde zu Guttenberg im Oktober 2009 Bundesverteidigungsminister. Viele Jahre lang galt dieses Amt als „Schleudersitz", und noch heute ist es eines der undankbarsten der Republik: Die Deutschen sind, vorsichtig gesagt, wehrmüde. Den Etat des Verteidigungsministers behandeln sie als Steinbruch, was dessen Arbeit massiv erschwert. Zudem steht der Verteidigungsminister für das wohl unpopulärste Projekt der Bundesregierung, den Militäreinsatz in Afghanistan. Tatsächlich bleibt zu Guttenberg nichts anderes übrig, als alle paar Wochen vor Bundestag und Volk Gefallene zu vermelden. Es gehört zu den Geheimnissen seiner Person, wie dieses garstige Amt seiner Beliebtheit bisher nicht nur nicht geschadet hat, sondern wie er sogar aus dieser Funktion heraus neue Gipfel an Popularität und Respekt in Bevölkerung und Politik erklimmen konnte.

Zwei Projekte haben dazu beigetragen: Zu Guttenbergs (von der breiten Öffentlichkeit bislang wenig beachtetes) Tauziehen mit der Rüstungsindustrie (siehe Seite 4) und die Aussetzung der Wehrpflicht. Deren Ende war beliebt, barg aber auch Risiken: Große Teile der eigenen Partei, bishin zu Seehofer, haben lange für sie gekämpft. Doch der 38-Jährige Senkrechtstarter hat die Aussetzung so geschickt eingefädelt und erklärt, dass er dabei weder an Rückhalt in der Bundeswehr noch bei den Konservativen eingebüßt hat. Seehofer selbst hat er sogar eine Schlappe beigebracht, weil dieser – im Unterschied zu Merkel – ein wenig zu lange die politisch nicht mehr zu haltende Dienstpflicht verteidigt hatte.

> »KT« kann es sich leisten, das Kanzleramt abzulehnen

Doch das Phönomen zu Guttenberg erschöpft sich nicht darin, dass er in dieser Weise politisch aus Dreck Gold zu machen versteht. Auch im privaten Bereich scheinen ihm Dinge zu nutzen, die anderen schaden würden. Die Herkunft aus einem Schloss – bei anderen Anlass für die Zuschreibung snobistischer Bürgerferne – vergrößert bei zu Guttenberg nur die Projektionsfläche für alle möglichen und unmöglichen Erwartungen und Träume. Das Privatvermögen von vermutlich über 200 Millionen Euro des reichsten Ministers, den die Bundesrepublik je hatte? Bei anderen ein Grund zum Neid, bei zu Guttenberg ein zusätzliches Argument für Unabhängigkeit.

Die aktuellen Spekulationen, zu Guttenberg könnte bereits nach einer möglichen Niederlage der CDU in Baden-Württemberg nach der Kanzlerschaft greifen, sind wohl substanzlos. Selbst wenn eine zutiefst verunsicherte Union ihn drängen würde, würde er vermutlich absagen. Doch so unwahrscheinlich der Einzug ins Kanzleramt kurzfristig ist, so wahrscheinlich ist er bereits mittelfristig.

Dass zu Guttenberg zu aktuell umstrittenen Themen wie Stuttgart 21, Lebensschutz oder auch zur Sarrazindebatte so gut wie nichts gesagt hat, bedeutet nicht, dass er keinen generalistischen Anspruch hätte. Sein Schweigen zu diesen Fragen bedeutet einerseits kluge Wahrung der Ressortgrenzen, andererseits aber auch die Vermeidung unnötiger Widerstände. Deutliche Worte zu den genannten Streitfragen würden immer auch Gegenwind bedeuten. Zu Guttenberg scheut ihn nicht, aber Profil hat er auch so genug. Wozu also die Projektionsfläche für Hoffnungen und Wünsche unnötig verkleinern?

Indirekt hat zu Guttenberg mit seiner Rede am 2. Oktober die Reichweite künftiger Möglichkeiten markiert. Den Vorabend des 20. Jahrestags der Deutschen Einheit feierte er mit der Jungen Union, nicht bei einem der offiziellen Termine. Mit seiner Rede, neben der der Vortrag des Bundespräsidenten verblasste, gab er seine Visitenkarte für jedes Amt dieses Landes ab.

Eine schiefe Wahrnehmung besteht darin, ein potenzieller Gegner für zu Guttenbergs weiteren Aufstieg wäre CSU-Chef Horst Seehofer. Denn alles spricht dafür, dass der Überflieger der deutschen Politik kein Interesse am Amt des bayerischen Ministerpräsidenten hat: Die Erfahrung lehrt, dass der spätere Wechsel aus der bayerischen Staatskanzlei ins Bundeskanzleramt nicht funktioniert, abgesehen davon, dass zu Guttenberg mit Leib und Seele Außenpolitiker ist. Hinzu kommt, dass seine Frau Stephanie nach *PAZ*-Informationen eindeutig in Berlin bleiben will.

Das glaubwürdige Desinteresse des Polit-Stars an Bayerns höchstem Amt macht ihn zum natürlichen Verbündeten all derer in der CSU, die auf die Nachfolge Seehofers hoffen. Das gilt namentlich für Markus Söder, in dem der „Spiegel" noch einen möglichen Konkurrenten sieht, der aber nach Informationen dieser Zeitung längst einen strategischen Ausgleich mit zu Guttenberg gefunden hat.

Nur in Bayern selbst würden sich die beiden Franken im Weg stehen, denn im inneren Wertegefüge der CSU kommt der Regionalproporz unmittelbar hinter dem Reinheitsgebot für das Bier. In Bayern aber liegt nicht die Zukunft des Bundesverteidigungsministers. Auch für den Ministerpräsidenten selbst, der es bei der Landtagswahl 2013 noch einmal wissen will, ist er damit kein direkter Konkurrent mehr. *Konrad Badenheuer*



Projektionsfläche für 1000 Hoffnungen: Das Ehepaar zu Guttenberg. Bild: SchneiderPress

Die Schulden-Uhr:

Gute Finanz-Nachrichten

Gleich zwei positive Meldungen innerhalb weniger Stunden gab es für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. So teilte der verstaatlichte Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate (HRE) am Montag mit, dass er einen Teil der Staatsbürgschaften nicht mehr brauche. Wegen der erfolgreichen Übertragung „giftiger" Wertpapiere in eine Bad Bank würden Garantien in Höhe von 23,5 Milliarden Euro nicht mehr benötigt, so dass der Staat jetzt „nur" noch mit 100,5 Milliarden Euro in Form von Garantien und Einlagen bei der HRE involviert ist. Am Dienstag dann gaben Steuerschätzer bekannt, dass der Staat wegen der günstigen Konjunktur 2010 und 2011 rund 30 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen dürfte. *Bel*

1.722.306.740.634 €

Vorwoche: 1.720.172.034.613 €
Verschuldung pro Kopf: 21068 €
Vorwoche: 21042 €

(Dienstag, 19. Oktober 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Streit um die PID

Wo soll die Grenze gezogen werden?

Julia Klöckner, der Chefin der rheinland-pfälzischen CDU, schwant Böses im aktuellen Streit um die Präimplantationsdiagnostik: „Wenn wir diese Tür aufmachen, werden wir sie nicht mehr zubekommen." Zeitungen schreiben bereits über einen sich abzeichnenden „Glaubenskampf" innerhalb der Berliner Koalition: Die FDP und Teile der CDU sind für die zumindest teilweise Zulassung der Präimplantationsdiagnostik, ein anderer Teil der CDU und die CSU hingegen sind dagegen. Aktuell aufgekommen ist der Streit durch ein Gerichtsurteil. Demnach verstößt die vorgeburtliche Auswahl eines menschlichen Embryos bei Eltern mit Erbkrankheiten nicht gegen das geltende Recht auch wenn es bedeutet, dass befruchtete Eizellen – je nach Sichtweise – „entsorgt" oder eben doch getötet werden.

Kaum ein deutscher Politiker will bisher die PID völlig freigeben. Theoretisch wäre es denkbar, vor der Einpflanzung eines Embryos in die Gebärmutter gleich ein ganzes Dutzend Einzellen zu befruchten, die „Beste" oder vielleicht auch einfach von der zu erwartenden Augenfarbe her gefälligste auszuwählen und den Rest zu beseitigen. Während in Großbritannien diese Form der Herstellung von „Designerbabys" bereits begonnen hat, befürchten hiesige Politiker die Schwierigkeit einer dauerhaften Grenzziehung. Die Gretchenfrage lautet: Wie schwerwiegend muss eine vererbliche Krankheit sein, um diese gravierende Vorgehensweise zu rechtfertigen? Auch die Neigung zu Bluthochdruck, an dem Millionen Menschen leiden, ist schließlich teilweise erblich.

> »Designerbabys« werden möglich

Die katholische Kirche und konservative Protestanten vertreten deswegen die Position, dass die PID grundsätzlich verboten bleiben müsse: Menschliches Leben sei heilig und unverfügbar, auch krankes Leben sei unendlich kostbar. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich nun ähnlich geäußert, allerdings soll bei einer künftigen Bundestagsentscheidung die Abstimmung „freigegeben" werden, womit ein linksliberal geprägtes Gesetz absehbar ist (siehe Kommentar Seite 8). *K.B.*

Umstrittener Gast

Ahmadinedschad im Libanon gefeiert

Was auch immer vom iranischen Mullah-Regime und von dem hinter Ajatollah Chamenei de jure und de facto nur an zweiter Stelle stehenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu halten sein mag, dessen Staatsbesuch im Libanon war über weite Strecken ein Triumphzug. Begeisterung herrschte zwar nur in den nach der israelischen Invasion 2006 mit iranischer Hilfe wiederaufgebauten Schiiten-Quartieren und bei der vom Iran aufgerüsteten Hisbollah-Miliz. Aber selbst andere politische Gruppierungen tun sich schwer mit Kritik, seit Libanons Premier Saad Hariri, ein Sunnit, es im September als „Fehler" bezeichnete, Syrien – und damit indirekt den Iran – für die Ermordung seines Vaters 2005 verantwortlich zu machen, und seit die fragwürdige politische Rolle des „Internationalen Hariri-Tribunals" in Den Haag immer deutlicher wird. Um Befürchtungen im sunnitischen Lager zu zerstreuen, hatte Ahmadinedschad außerdem noch kurz vor der Reise mit dem saudischen König Abdallah telefoniert.

Ahmadinedschads Auftreten im Libanon und vor allem in der nahe an der Grenze zu Israel liegenden Ortschaft Bint Dschubail, die 2006 zerstört und dank Iran wiederaufgebaut worden war, wird zwar in Israel und den USA – und daher pflichteifrig auch in Europa – als „Provokation" bezeichnet. Aber zeigen sich nicht auch westliche Politiker gerne an umkämpften Frontlinien und Grenzen? Und man sollte sich nicht von Wunschdenken und einer anti-iranischen Propagandawalze irreleiten lassen: Untersuchungen ergeben, dass die meisten Araber einen möglichen Angriff auf den Iran klar ablehnen und – wohl im Unterschied zu manchen ihrer Regierungen – sich von Israel und den USA um ein vielfaches stärker bedroht fühlen als vom Iran. Das Konzept der „Umma", der „Gemeinschaft der Gläubigen", ist im Denken von Muslimen eben bis heute stärker verankert als etwa die Nation oder die Volkszugehörigkeit – wie unter anderem die türkische Iran-Politik zeigt. *R. G. Kerschhofer*

> Irans Präsident fühlte bei den Sunniten vor

Seehofers sieben Punkte

Wenig Interesse an Wahlerfolgen hat der integrationspolitische Sprecher der SPD, Rüdiger Veit, erkennen lassen. Am Vorabend der Türkei-Reise des Bundespräsidenten erklärte er, angesichts der „unverständlichen Äußerungen von Horst Seehofer sollte Wulff den Türken sagen, dass sie hier in Deutschland willkommen sind". Die Bevölkerung bewertet die Aussicht auf noch mehr Zuwanderung aus der Türkei aber ganz anders. Wie das Magazin „Focus" berichtete, hat die Rede des Präsidenten zum 3. Oktober („der Islam gehört zu Deutschland"), über 2000 Bürgerreaktionen zur Folge – fast zwei Drittel davon ablehnend. Dagegen wurden nach dem Vorstoß von Horst Seehofer, Deutschland brauche „keine weitere Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen" in der CSU-Zentrale 90 Prozent zustimmende Reaktionen gezählt. Seehofer hat seine Vorstellungen unterdessen in einem Sieben-Punkte-Plan konkretisiert. Experten erklärten, dass damit wirksam die Bildung von Parallelgesellschaften verhindert werden könnte und sie erinnern daran, dass es in München trotz höherer Ausländerzahlen viel weniger Integrationsprobleme gibt als in der links regierten Bundeshauptstadt. *K.B.*

Ostalgie bei Sibylle

Von Vera Lengsfeld

Der Karl-Marx-Allee in Berlin konnten die diversen Aufbau-Ost-Programme zwar zu frischem Aussehen verhelfen, nicht aber Leben einhauchen. Sie wirkt wie eine geschminkte Untote. Das Café Sibylle, einst neben der größten Buchhandlung der DDR-Hauptstadt gelegen, lebt heute fast ausschließlich von seiner Vergangenheit. Außer Latte Macchiato und Rotwein „Karl Marx", der samtig-schal schmeckt, bekommt man hier Geschichtsunterricht durch Bilder und Artefakte, die vom Leben in der DDR und vom Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 erzählen. An der Theke kann man ein Buch mit Modefotografien aus dem begehrten Journal „Sibylle", erwerben in der DDR Bückware, ohne Beziehungen zu einer Zeitungsverkäuferin nur am Erscheinungstag für ein paar Stunden frei verkäuflich zu bekommen. Die Fotografien wirken kein bisschen verstaubt. Ihr künstlerischer Wert hat den Kollaps des ersten Arbeiter- und Bauernstaates unbeschadet überstanden. Gibt es noch mehr, etwa so etwas wie ein Weiterleben der DDR, nachdem sie von der absoluten Mehrheit ihrer Bewohner verabschiedet wurde?

Eingeladen hat Christoph Links, der durch den Mauerfall zum erfolgreichen Verleger werden konnte. Er präsentiert mit Herausgeber Thomas Kunze ein Buch „Ostalgie international". Auf den ersten Blick sieht der Raum gut gefüllt aus. Auf den zweiten bemerkt man, dass fast ausschließlich die zahlreichen Autoren des Sammelbandes mit ihrem Anhang erschienen sind. Es sind Menschen versammelt, die sich normalerweise nicht begegnen, aber nun in diesem Band versammelt sind. Ein kurdischer Politiker, ein ehemaliger chilenischer Regierungssprecher, ein Minister der palästinensischen Autonomiebehörde, ein kubanischer Logistikprofessor, Diplomaten, die der DDR oder der BRD gedient haben und DDR-Bürgerrechtler. Das daraus resultierende breite Meinungsspektrum macht das Spannende des Abends aus.

Was ist geblieben von der DDR und ihren Aktivitäten im Ausland? Ein Krankenhaus in Hanoi, eine Insel vor Kuba, die Fidel Castro einst Erich Honecker schenkte, ein Karl-Marx-Denkmal in Addis Abeba, Freundschaftsgesellschaften ehemaliger DDR-Immigranten, ein Ossi-Club für die „DDR-Kinder" in Namibia, die in den 70ern als Waisen in die DDR gebracht wurden, 15 Jahre im Brandenburgischen lebten und nach dem Zusammenbruch ihrer zweiten Heimat in ein ihnen fremdes Namibia zurück mussten.

Mit Ostalgie hat das alles nichts zu tun. Wenn heute die Malerei der Leipziger Schule international Höchstpreise erzielt, ist das keine Referenz an die DDR-Staatskunst, sondern das Ergebnis eines speziell von ihr entwickelten Historizismus und Manierismus, der in der DDR fremd wirkte, heute aber ankommt. Was immer bleiben wird von der DDR, ist, dass sie erfolgreich abgeschafft wurde.

Wenn »sozial« richtig teuer kommt

Rot-rote Wohnungspolitik vor Scherbenhaufen: Berlins Wohnungen für viele unbezahlbar



Selbst aus dem armen Kreuzberg werden Sozialmieter verdrängt: Wohnsiedlung Zentrum-Kreuzberg nahe dem Kottbusser Tor

Bild: Caro

Steigende Mieten und eine offenbar gescheiterte städtische Wohnungspolitik zwingen die Berliner Landesregierung, die Notbremse zu ziehen. Der SPD/Linke-Senat stellt dafür eine Initiative zur Begrenzung von Wohnmieten vor. Über den Bundesrat soll das Werk im November zum bundesweiten Pilotprojekt werden.

Hektisch prüft Rot-Rot seit Monaten Wege zur Begrenzung der teils rapide steigenden Mieten in der Hauptstadt. Die Preisexplosion ist eigentlich ein Paradox angesichts hoher Leerstandraten. Die Mietenkrise ist aber nicht zuvörderst Folge einer allgemeinen Wohnraumknappheit, sondern das Resultat des konfusen Rückzugs von Berlins öffentlicher Hand aus dem Wohnungsmarkt.

„Wir sind im Bund nur glaubwürdig, wenn Berlin die Forderungen nach Mietbegrenzungen im eigenen Hause, also bei den städtischen Wohnungsunternehmen, umsetzt", sagt Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins (BMV) zum neuen Plan. Die städtischen Gesellschaften halten gerade noch 270000 Wohnungen (35 Prozent weniger als im Jahr 2000) von insgesamt 1,8 Millionen Berliner Wohnungen (Stand 2009). Ein Zehntel davon sind mietpreisgebundene Sozialwohnungen, Tendenz ebenfalls fallend.

Es mag Zufall sein, dass Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) die Senatsinitiative nur zwei Tage nach der Besetzung eines Musterhauses durch Linksautonome verkündet hat. Doch in der Stadt regt sich Protest gegen steigende Mieten und „Gentrifizierung", sprich Sanierungen mit anschließender Vergabe an wohlhabendere Mieter. Der Senat will um jeden Preis Aktivität zeigen gegen den sozialen Wandel.

Im Kern geht es darum, weiteren Preisanstieg abzufedern und damit den Druck auf Mieter mit geringem Einkommen zu mindern. Paragraph 5 des Wirtschafts-Strafgesetzbuches wird dafür geändert, denn der konnte Mietsteigerungen von 30 bis 50 Prozent bei Neumietern bisher nicht stoppen. Dabei stehen mit 5,5 Prozent vom Gesamtbestand mehr Wohnungen leer, als im Durchschnitt der großen deutschen Metropolen, wo rund drei Prozent der Wohnungen keinen Mieter haben.

> In Kreuzberg und Mitte ziehen die Mieten massiv an

Dass die Mieten trotzdem spürbar anziehen, halten viele Beobachter für eine Folge von Politikversagen. Noch im Juni 2010 war die Anschlussförderung für gut 12000 Sozialwohnungen entfallen. Seit 2003 zieht sich Berlin aus der Wohnraumförderung zurück. Im Frühjahr dieses Jahres leistete Junge-Reyer den wohnungspolitischen Offenbarungseid: „Der soziale Wohnungsbau in Berlin erfüllt zu großen Teilen nicht mehr seine ihm zugedachte Funktion der Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit angemessenem Wohnraum zu günstigen Bedingungen." Zudem musste die Senatorin eingestehen, dass 40 Prozent der mit öffentlichen Mitteln geförderten Sozialwohnungen teurer sind als Vergleichswohnungen auf dem freien Markt. Grund ist, dass die Stadt alle Kosten auf die Mieter umlegte, statt, wie früher üblich, die Lücke zwischen Mieteinnahmen und Unterhaltungskosten mit Steuermitteln auszugleichen. Hartz-IV-Empfänger sind daher aus ganzen stadteigenen Wohnarealen verschwunden, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Die Sozialstruktur zentrumsnaher Kieze ändert sich damit dramatisch.

Laut BMV liegen die Neuvertragsmieten in Kreuzberg um 33 Prozent über den Bestandsmieten, in Mitte und Prenzlauer Berg um 21,7 Prozent. Berlins neuer Plan gegen die Entwicklung: Die Mieten sollen binnen vier Jahren um nicht mehr als 15 Prozent steigen (bisher waren 20 Prozent in drei Jahren möglich), maximal neun Prozent der anfallenden Sanierungskosten werden an die Mieter weitergereicht (bisher jährlich maximal elf Prozent).

Wer neu einzieht, soll genau über Energiekosten informiert werden. Vermieter legen dazu den 2008 von der EU eingeführten Energieausweis den Mietern vor. Werden die Mindestanforderungen der Energiesparverordnung nicht erfüllt, soll die Miete entsprechend gemindert werden können. Beim Wechsel zu teureren Wärmeanbietern sind Mieter künftig zustimmungsberechtigt. Statt des komplizierten „Mietspiegels" soll künftig die unmittelbare Nachbarschaft als Vergleichsniveau gelten – vier bis fünf solcher Teilräume könne es laut Junge-Reyer pro Bezirk geben.

Der Plan sieht ferner vor, dass die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften nicht mehr alle Gelegenheiten zu Mieterhöhungen wahrnehmen. Doch auf die Frage der Finanzierung geht der Senat bisher nicht ein. Die Energieklauseln lassen befürchten, dass die Vermieter die Zeche zahlen. Entsprechend fällt die Reaktion beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) aus. Der vertritt die Eigentümer von 1,1 Millionen Wohnungen in Berlin und Brandenburg. Gut 38 Prozent des Berliner Marktes gehören BBU-Mitgliedern. Die Senatsinitiative sei ein „tiefer Eingriff in die Mietgestaltungsspielräume", so BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern. Zudem betreibe Berlin „Schaufensterpolitik" und verkaufe selbst große Freiflächen möglichst teuer für Luxuswohnungen.

Bei Realisierung der Initiative müssten Eigentümer Investitionen und soziales Engagement zurückfahren. „Berlin braucht wieder eine Neubauförderung", regt Kern stattdessen an. Befürworter sehnen indes das Ende der Kostenmieten und eine Art Rückkehr zu förderparadiesischen Zuständen herbei. Doch dem neuen Gesetz stehen die geltenden Förderverträge entgegen. *Sverre Gutschmidt*

Potsdam in alter Pracht

Sensationsfund: Farbaufnahmen des Stadtschlosses erstmals gezeigt

Die erste Wand mit Musterfassade steht. Das Potsdamer Stadtschloss soll bis 2013 als Neubau mit weitgehend rekonstruierter Fassade den brandenburgischen Landtag beherbergen. Die ersten Baumaßnahmen haben unterdessen bereits für gute wie für schlechte Überraschungen gesorgt. So wurden Risse im Fortunaportel, dem bisher einzigen wiedererrichteten Teil, entdeckt. Indes förderten die Bagger auch Erfreuliches zutage: Vom Originalbau ist mehr erhalten, als vermutet worden war.

Archäologen haben den Boden des Weinkellers freigelegt, wo einst der Große Kurfürst nach seinem Tode aufgebahrt lag. Sie fanden manches Porzellan-Kleinod, das die Dienerschaft vergessen oder wegen Beschädigung vor den Blicken der fürstlichen Besitzer verborgen hatte. Obendrein warteten die Verantwortlichen nun noch mit einem sensationellen Fund auf: bislang noch nie öffentlich gezeigte Farbaufnahmen des unzerstörten Schlosses. Sie vermitteln nicht nur einen Eindruck vom Ausmaß des Verlusts durch Kriegsschäden und Sprengung seitens des SED-Regimes, sie ermöglichen, was lange als unmöglich abgetan und nicht geplant wurde – eine Wiederherstellung weiter Teile des barocken Innenlebens.

> 1943 vorsorglich für einen Wiederaufbau abgelichtet

Am 12 Oktober zeigte der RBB einen Dokumentarfilm des Historikers Joachim Castan mit den Bildern. Sie gehen weit über bisher bekannte alte Aufnahmen der Landesmessbildstelle hinaus. Zum einen stammen sie von einem US-Touristen, der Potsdam noch im Sommer 1940 auf Farbfilm bannte – darunter auch die Fassade des Schlosses. Damit wäre eine Rekonstruktion der Originalfarbgebung des Äußeren möglich.

Doch der größte Bilderschatz betrifft das Innenleben. Die verschollen geglaubten Aufnahmen entstanden 1943 im offiziellen Auftrag und unter Geheimhaltung. Nachdem Berlin bereits bombardiert, doch Potsdam weitgehend verschont geblieben war, sollten die Kulturschätze für einen möglichen Wiederaufbau festgehalten werden – ohne Wissen der Bevölkerung, da eine demoralisierende Wirkung befürchtet wurde. So haben sich beispielsweise Farbaufnahmen des repräsentativen Marmorsaals erhalten, einst Herz des Schlosses. Aber auch Details und Großformate der Deckengemälde wurden auf dem damals neuesten Agfa-Farbfilm abgelichtet. *SV*

Der Film kann bezogen werden unter: mitschnitt@rbb-media.de

Streit um falsche Väter

Kompetenzwirrwarr: »Scheinvaterschaften« bleiben ungeahndet

Um ihrer Abschiebung zu entgehen, übernehmen ausländische Männer auch zum Schein die Vaterschaft für das Kind einer deutschen Mutter, das nicht ihres ist. Nicht selten wird dafür bezahlt wie für eine Scheinehe. Die Praxis ist illegal, wird in Berlin jedoch kaum rechtlich verfolgt.

Grund dafür ist nach Meinung der CDU-Opposition, aber auch kritischer SPD-Politiker das Fehlen einer zentralen Prüfstelle, die Verdachtsfällen in ganz Berlin nachgeht. Bislang hatte der rot-rote Senat die Prüfung von Scheinvaterschaften bei den Bezirken abgeladen. Diese Praxis jedoch hat das Berliner Kammergericht nun für unrechtmäßig erklärt.

Folgerichtig stellten die Richter fest, dass nach ihrem Urteil derzeit im Land gar keine Behörde berechtigt mehr sei, Scheinvaterschaften anzufechten. Doch der Senat sträubt sich ungeachtet des Urteils dagegen, zuständig zu sein. Und die Bezirke müssten ihre eigenen Bemühungen nach dem Richterspruch eigentlich einstellen.

Das will der zuständige Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verhindern und hat eine neue Verordnung erlassen – damit sei jetzt alles klar: „Mit der neuen Verordnung sind die Berliner Behörden rechtssicher handlungsfähig", behauptet der Senat. Das bezweifeln aber ausgerechnet die mit zahlreichen anderen Aufgaben belasteten Bezirke.

> Senat sperrt sich gegen zentrale Prüfstelle

Experten gehen von berlinweit rund 600 Fällen aus. Jährlich kommen demnach etwa 100 hinzu. Das Schlupfloch Scheinvaterschaft wird in der Hauptstadt vor allem von Vietnamesen, Bosniern und Türken genutzt. Gegen die Senatslinie regt sich jetzt gerade im besonders betroffenen Bezirk Neukölln unter dem bundesweit bekannten Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) Widerstand. Dort will man eine Zentralstelle, denn Ermittlungen seien bereits vor dem Kammergerichtsurteil unnötig schwer gewesen. Schon durch Umzug in einen anderen Berliner Bezirk könnten Familien unangenehmen Fragen ausweichen, so das Bezirksamt. Die Ausländerbehörde könne weit effektiver ermitteln, sagen zuständige Bezirksamtsmitarbeiter – allein der Senat sträubt sich.

Über die Justizverwaltung teilte der Senat seinen zwölf Bezirken mit, das Problem sei „nicht von gesamtstädtischer Bedeutung". Zudem geht Berlin gegen das Urteil des Kammergerichts in Revision. Andere Bundesländer haben derweil längst eine zentrale Prüfstelle eingerichtet. *SV*

Zeitzeugen



Volker Wieker – Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Nachfolger des im Streit mit Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zurückgetretenen Wolfgang Schneiderhan, ließ erst vor kurzem seinen Ärger über die deutsche Rüstungsindustrie freien Lauf. So sagte er vor dem Verteidigungsausschuss, dass sämtliche großen Rüstungsprojekte drei Merkmale einen würde: „Sie fallen aus dem Kostenrahmen, sie fallen aus dem Zeitrahmen" und sie brächten „nicht einmal das geforderte Fähigkeitsspektrum".

Hans-Peter Bartels – Der SPD-Verteidigungspolitiker bezeichnet speziell „die Geschichte des NH90" als „eine Geschichte voller Kümmernisse". Der Transporthubschrauber, eine Gemeinschaftsproduktion von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden, sei zu „spät, in den Fähigkeiten prekär und zugleich dringend notwendig". Experten bezweifeln, dass er in Gebieten wie Afghanistan einsetzbar ist.



Louis Gallois – „Wenn EADS die Verteidigungsaktivitäten in unseren Heimatländern signifikant zurückfahren muss, wird das wahrscheinlich Auswirkungen auf Jobs haben", warnte der Chef des europäische Flugzeugbau- und Rüstungskonzern EADS. EADS ist mit Produkten wie dem Kampfflugzeug Eurofighter, dem Militärtransporter A400M und dem Transporthubschrauber NH90 der größte Rüstungslieferant der Bundeswehr. Doch bei all diesen Projekten gibt es Lieferverzögerungen, Qualitätsmängel und massive Kostensteigerungen.



Manmohan Singh – Wenn der indische Premier oder seine Minister Besuch von Regierungsvertretern aus Russland, der USA, Deutschland oder Frankreich erhalten, können sie sicher sein, dass es auch um die von Indien geplante Anschaffung von 120 neuen Kampfjets geht. „Ich bin kein Rüstungsminister, sondern Handelsminister", schimpfte der deutsche Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) vor seinem letzten Indienbesuch, als von EADS und aus der Politik der Wunsch geäußert wurde, er möge doch dort für den Eurofighter werben.

Riesige Reibungsverluste

Deutsche Rüstungsprojekte sollen effizienter und kostensparender werden

Auf der Suche nach Sparpotenzial hat Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg jetzt die Rüstungsindustrie entdeckt. Die fürchtet nun um ihre Zukunftsfähigkeit

In der ersten Oktoberwoche ließen scharfe Worte des Bundesverteidigungsministers zu Guttenberg eine ganze Branche erzittern: „Wahrhaft groteske Verträge mit der Industrie sind die früher im Ministerium eingegangen", schimpfte der CSU-Politiker und kündigte eine „härtere Gangart" gegenüber der Rüstungsindustrie an. Alle großen Projekte kämen auf den Prüfstand.

Was das im Detail für Firmen wie EADS, Rheinmetall oder Kraus-Maffei-Wegmann bedeutet, ist zwar noch nicht bekannt, doch da der Minister in den nächsten vier Jahren 8,3 Milliarden Euro einsparen muss, wird wohl auch die deutsche Rüstungsindustrie Kürzungen hinnehmen müssen. Louis Gallois, Chef des größten europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS reagierte prompt und betonte, eine derartige Sparpolitik bringe Arbeitsplätze in Gefahr und gefährde die Innovationsfähigkeit der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie im internationalen Vergleich.

Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. 70 Prozent der deutschen Rüstungserzeugnisse gehen ins Ausland. Doch gut verkauft sich nur, was das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) als Erstkunde erworben hat.

> Großprojekte binden die Masse der Mittel

Was theoretisch ein Qualitätsmerkmal sein sollte, bedeutet praktisch für die Deutschen häufig ein zähes Ringen. Denn der deutsche Erstkunde bekommt seine als innovativ und hochwertig angepriesenen Produkte oft nicht zum gewünschten Zeitpunkt und dann auch oft mit zahlreichen Fehlern und Macken. Diese werden anhand deutscher Praxiserfahrungen verbessert und sind dann ins Ausland verkäuflich. Doch zu Guttenberg möchte nicht mehr, dass der deutsche Staat viel Geld investiert, um als Versuchskaninchen zu agieren.

Allerdings wäre es falsch, der Rüstungsindustrie alleine die Schuld in die Schuhe zu schieben, schließlich werden Verträge immer von mindestens zwei Partnern gemacht und da hat das Verteidigungsministerium in den letzten Jahrzehnten sich oft genug verkalkuliert. Langwierige Planungs- und Beschlussphasen, Fehleinschätzungen zum Bedarf und nachträgliche Extrawünsche haben ebenso zu Verzögerungen und Kostenexplosionen geführt wie ineffiziente Strukturen in der Industrie.

„Da die Großprojekte den weit überwiegenden Teil der verfügbaren Gelder des BMVg auf viele Jahre blockieren und zudem oft größere Preissteigerungen aufweisen, fehlt dann das Geld für die kleinen, einsatzrelevanten, schnellen und flexiblen Beschaffungen", erläutert Otfried Nassauer vom privaten „Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit" (BITS) gegenüber der *PAZ* die Folgen der Ineffizienz bei manchen Rüstungsprojekten. „Daher rühren die oft berechtigten Klagen über Ausstattungsmängel im Einsatz, die noch dadurch verschärft werden, dass das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) schnelle Beschaffungen der Bundeswehr im Rahmen des ‚einsatzbedingten Sofortbedarfs' nicht immer schnell und vorrangig bearbeitet, weil das BWB seine eigene Sicht dessen hat, was vorrangig ist."

Offenbar kann zu Guttenberg also in seinem Ministerium wie bei der Rüstungsindustrie gleichermaßen nach Gründen für die Reibungsverluste bei Rüstungsprojekten suchen. Da aber auch Frankreich, Großbritannien, Spanien und Griechenland Großkunden bei der europäischen EADS und der deutschen Rüstungsindustrie sind und ebenfalls massiv ihre Rüstungsbudgets zusammenstreichen, warnen Experten davor, vor lauter Spartätigkeit die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen in Gefahr zu bringen. *Rebecca Bellano*



Vom Sparzwang getrieben: Zu Guttenberg (l.) will der deutschen Rüstungsindustrie Zugeständnisse abringen. Bild: ddp



Europa muss Eigenständigkeit bewahren

Das Ziel eines aus sich heraus operierenden Europa mit einer unabhängigen Rüstungsbasis besteht bis heute fort (siehe Artikel unten). Wer sie durch den Verzicht auf eigenständige Entwicklungen durch Kauf (in den USA als größtem Anbieter) gefährdet, kündigt den Konsens über eine Politik, welche die Rüstung über Jahrzehnte mitbestimmt hat.

Sollen Kosten unter Wahrung des europäischen Konsenses gespart werden, gibt es nur einen Weg: Die Militärs des Bündnisses, die sämtlich immer noch auf eine selbständige Kriegführung in allen Bereichen (Land, See, Luft) hin strukturiert sind, müssen auf der Basis einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine Lastenteilung vornehmen.

Zusammenarbeit statt Pleite

Die Rüstungsindustrien der Länder müssen sich nach nationaler Konsolidierung zusammenschließen, um zu kostengünstigeren Strukturen zu gelangen und sich mit Unterstützung dann aller Regierungen neue Chancen insbesondere in den USA als lukrativstem Markt zu erschließen.

Die Lösung ist im Einsparungszeitraum nicht zu erreichen. Angesichts der Tatsache, dass sich mit den Stimmen von 90000 Beschäftigten keine Wahlen gewinnen lassen, und der Neigung der Bevölkerung, im Verteidigungsetat stets die erste Einsparungsstelle zu sehen, wird der Minister keine Mehrheit für eine großzügigere Behandlung seines Etats finden. Die unpopuläre Rüstung wird politisch anders gewichtet als etwa HochTief. Es wird ihm folglich nichts anderes übrig bleiben, als die Ausgaben für künftige Entwicklungen über alle Bedenken hinweg zu kürzen. Die kleineren Firmen werden das nicht überleben. *Martin Guddat*

Der Autor war unter anderem Chef der Rüstungsabteilung im Verteidigungsministerium.

Deutsche Ingenieursleistung

Rüstungsindustrie wird weltweit hohe Kompetenz zugesprochen

Die deutsche Rüstungsindustrie hat sich seit den 60er Jahren vom reinen Nachbau zu einem eigenständigen Industriezweig mit hoher Kompetenz entwickelt, dessen Produkte in Fachkreisen hohe Anerkennung genießen und den guten Ruf deutscher Ingenieurleistung wesentlich mitbegründet haben. Zu den wichtigsten Firmen gehören: HDW Kiel (U-Boote), Blohm & Voss Hamburg (Fregatten, Korvetten), Lürssen Lemwerder (S-Boote, Korvetten), Rheinmetall Düsseldorf (Kanonen, Munition), Mauser, Heckler & Koch Obernau (Handfeuerwaffen), Diehl Nürnberg (Panzerketten, Flugkörper, Raketenwerfer), EADS (Flugzeuge, Hubschrauber, Flugkörper, Elektronik).

Der ECR Tornado und der ABC-Spürpanzer Fuchs sind im Bündnis einmalig, und das Wissen im konventionellen U-Bootbau wird von keiner anderen Nation erreicht. Der in 15 Länder exportierte und dort ganz oder teilweise in Lizenz gefertigte Kampfpanzer Leopard gehört zu den besten seiner Art. Seine 120-Millimeter-Kanone und der MTU-Motor wurden sogar von den USA übernommen und steigern dort die Kampfkraft des Panzers M1 erheblich. Die hohe Qualifikation macht die Firmen zu gesuchten Kooperationspartnern insbesondere für Frankreich, England Spanien, Italien und Holland.

Im Zuge der neuen sicherheitspolitischen Lage sind die Rüstungsausgaben seit 1990 nicht nur in Deutschland deutlich zurückgegangen. Die Industrie hat sich dieser Entwicklung durch Reduzierung ihrer Entwicklungskapazitäten um ein Viertel, der Produktion um 50 Prozent und des Personals von 290000 (Stand 1990) auf 90000 direkt Beschäftigte wirtschaftlich gerade noch vertretbar angepasst. Da Exporte politisch limitiert sind und protektionistische Bestrebungen den Zugang auf andere Märkte erschweren, ist sie mehr denn je auf die nationalen Aufträge angewiesen. Gehen diese zurück, geraten die Firmen in ernste Gefahr. Das gilt vor allem für die Firmen, welche sich auf die Rüstung spezialisiert haben und deshalb nicht auf andere Geschäftsbereiche ausweichen können. Einigen droht bereits heute die ganze oder teilweise Übernahme durch internationale Interessenten.

> Das Ende des Kalten Krieges kostete hier 200000 Arbeitsplätze

Zu beachten ist ferner ein politischer Aspekt. Die Bundesregierung hat in die privat organisierte Rüstungsindustrie aus marktwirtschaftlichen Gründen niemals eingegriffen, sie aber stets politisch unterstützt. Entscheidend war dafür die Sicherung der Versorgungsunabhängigkeit der europäischen Streitkräfte für den Fall, dass Europas Außenpolitik einmal nicht mit der seines wichtigsten Partners USA kongruent sein würde. Um ihnen ein Druckmittel durch die Vorenthaltung von Ersatzteilen und Ausrüstung zu nehmen, sollte der Eurofighter und anderes Gerät europäisch sein und keine amerikanischen Waffen tragen. Solange sich die Politiker um ein Europa mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik bemühten, konnte kein Zweifel bestehen, dass der damit verbundene Aufwand gerechtfertigt war. Heute sind diese Bemühungen erlahmt. *M.G.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6957**

Das Problem, das nicht existieren darf

Die Deutschenfeindlichkeit vieler junger Türken ist kaum zu bestreiten – Suche nach den Gründen

Kaum war das Thema Deutschfeindlichkeit in der öffentlichen Diskussion angekommen, berichteten Lehrer auch schon aus ihrem Berufsalltag. Nur mit mäßigem Erfolg gelang es der GEW und linken Politikern, die Debatte in die rechtsextreme Ecke zurückzudrängen.

Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening (SPD) holt in seiner Not den giftigsten Pfeil aus seinem Köcher. In der Zeitung „Neues Deutschland“ warnt er: „Die Verwendung des Begriffs ‚Deutschenfeindlichkeit‘ halte ich für sehr problematisch. ‚Deutschenfeindlichkeit‘ stammt aus dem rechtsextremen Vokabular.“

Auch die linke „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) lehnt den Begriff ab. Antideutsche Ausfälle vor allem türkischer und arabischer Jugendlicher seien Folge der „strukturellen Ausgrenzung“, welcher die Immigrantenkinder selber ausgesetzt seien – also Schuld der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Der Hannoveraner Kriminologe und Ex-SPD-Landesinnenminister von Niedersachsen, Christian Pfeiffer, erklärt die Deutschenfeindlichkeit als Folge von „enttäuschter Liebe“. Eigentlich suchten die Ausländerkinder die Anerkennung der Deutschen: „Wenn wir ihnen die kalte Schulter zeigen, kriegen wir es richtig zurück.“

Solche Versuche, die aufgeflammte Debatte über Deutschenfeindlichkeit an deutschen Schulen zu unterbinden, scheinen jedoch zu verpuffen. Nachdem Familienministerin Kristina Schröder (CDU) das Problem selbst aufgegriffen hat, füllt es die Medien.

Harte Zahlen liefert gar das „Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen“ (KFN), das Pfeiffer selbst leitet. Laut einer KFN-Studie geben 31,3 Prozent der befragten jungen Türken zu, schon einmal Deutsche wegen deren Volkszugehörigkeit beschimpft zu haben. Unter allen Ausländerkindern in Westdeutschland waren es immerhin 24 Prozent, und fast fünf Prozent räumten sogar offen ein, einen Deutschen wegen dessen Nationalität geschlagen zu haben.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hält die Klagen über wachsende Deutschenfeindlichkeit dennoch für „überdramatisiert“. Der Berliner Philologenverband wirft ihm deshalb Verharmlosung vor. Und obschon die GEW heftig bemüht ist, die Diskussion abzuwürgen, so sind es auch zahlreiche in der Gewerkschaft organisierte Lehrer, darunter insbesondere Frauen, die über Erlebnisse mit Antigermanismus berichten. „Schweinefresser“, „Kartoffel“ oder „Christ“ seien die üblichen Beschimpfungen. Bei Frauen komme häufig „deutsche Schlampe“ hinzu.

Deutsche Schüler würden schon im Kindergarten lernen, sich „unsichtbar“ zu machen. Eine Pädagogin berichtet darüber, dass ihre deutschen Schüler darum baten, in der Pause im Klassenzimmer bleiben zu dürfen. Der Weg über den Schulhof war für sie zum rassistischen Spießrutenlauf geworden.

> Deutsche Kinder lernen, sich »unsichtbar« zu machen

Die Debatte kommt für das Multikulti-Lager zur absoluten Unzeit. Gerade war die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer Studie an die Öffentlichkeit getreten, um die Richtung der Diskussion, die seit Sarrazin in eine gänzlich unerwünschte läuft, endlich zu drehen. Darin will der Medizin-Soziologe Elmar Brähler eine „dramatische Trendwende“ hin zu mehr Ausländer- und Islamfeindlichkeit belegen. So habe die Mehrheit der befragten Deutschen dem Satz zugestimmt: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ – für Brähler ein Ausdruck von wachsendem „Chauvinismus“. Dabei widerspricht Brähler in seinen Schlussforderungen sogar seinen eigenen Zahlen. Seit 2002 fertigt er jährlich Untersuchungen zum „Rechtsextremismus“ an. Danach ist die Zahl derer, die eine Diktatur befürworten, von 2002 bis 2010 von 7,7 auf 5,1 Prozent zurückgegangen. Von einer „dramatischen Trendwende“ dürfte also keine Rede sein. Bei weitem nicht die einzige Schwachstelle, denn wie er nur gut 20 Jahre nach Ende der DDR jedwede Diktaturfreundlichkeit pauschal als „rechtsextrem“ einordnen kann, das beantwortet Brähler gar nicht. Der Versuch, die Aufmerksamkeit von Islamisten, Deutschenfeinden und Integrationsverweigerern wieder auf das Thema „deutscher Rechtsextremismus“ umzuleiten, wird mit derartigen „Studien“ kaum Erfolg haben.

Allerdings kann sich Pfeiffers These von der „enttäuschten Liebe“ durchaus auf Zahlen stützen. Sowohl laut KFN als auch nach einer Studie von Infratest-Dimap wohnt rund die Hälfte der Türken gern neben deutschen Nachbarn. Umgekehrt mag unter den Deutschen nur ein Bruchteil gern neben Türken leben, bei der KFN gerade einmal 9,2 Prozent. Auf einer Skala anderer ethischer Gruppen sollten Jugendliche der KFN sagen, welche fremde Gruppe sie am sympathischsten finden: Bei den Türken rangierten die Deutschen an der Spitze, bei den Deutschen waren die Türken dagegen Schlusslicht. Das Ende der Sympathieskala bei den Türken bildeten die Juden.



Massenhafte Gewalt: Fünf Prozent der jungen Immigranten geben zu, einen Deutschen schon einmal nur wegen dessen Nationalität geschlagen zu haben. Beschimpfungen sind noch weit häufiger. Bild: mauritius

Vor dem Hintergrund des hohen rassistisch motivierten Gewaltpotenzials unter jungen Türken muss allerdings gefragt werden, ob das Ressentiment der Deutschen gegen Türken umstandslos als „deutscher Rassismus“ gedeutet werden kann – oder ob nicht Befürchtungen dahinterstehen könnten, die auf Erfahrungen beruhen.

Insgesamt fällt auf, dass die politische Linke bei der Debatte um Deutschenfeindlichkeit ganz andere Maßstäbe ansetzt als bei der Diskussion um deutschen Rassismus. Aggressiver deutscher Rassismus ist danach regelmäßig „aus der Mitte der deutschen Gesellschaft“ gekommen, und sie trägt auch die Schuld daran. Türkischer oder arabischer Rassismus hingegen stellt bloß ein Randproblem dar, selbst wenn es sich dabei weit eher um ein Massenphänomen handelt als beim deutschen Pendant. Und die Schuld trägt nicht etwa die Masse der Türken und Araber in Deutschland, sondern abermals die Deutschen – „strukturelle Ausgrenzung“ oder sogar „enttäuschte Liebe“ lauten die Stichworte. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Wolkiger Bericht zur Integration

Berlin – Stolze 320 Seiten umfasst der vor wenigen Tagen im Bundestag vorgestellte „Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“. Doch die Fleißarbeit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat offenbar große Lücken: Die „FAZ“ wies darauf hin, dass Deutschfeindlichkeit an Schulen darin ebenso wenig Raum finde wie die Anstöße von Thilo Sarrazin und von Kerstin Heisig, der vor kurzem verstorbenen Berliner Jugendrichterin. Ein noch größerer „weißer Fleck“ wurde durch eine eilige Umfrage von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erkennbar. Wie der „Spiegel“ am Montag berichtete, will de Maizière von den Ländern „bis Wochenmitte“ erfahren, wie viele Integrationsverweigerer es überhaupt gibt, namentlich, wie viele Neuzuwanderer die obligatorischen Interationskurse schwänzen oder abbrechen. *PAZ*

»Laizisten« machen mobil

Berlin – Von SPD und FDP gibt es neue Spitzen gegen die Kirchen. FDP-Generalsekretär Christian Lindner meinte ohne Unterscheidung zwischen Christentum und Islam, in der aktuellen Debatte sei „zu viel von Religion und zu wenig von Republik die Rede“. Wichtige Verfassungsprinzipien seien erst seit der Französischen Revolution erkämpft worden, „oft genug gegen den Widerstand der Kirchen“. Ein anderer FDP-Politiker verlangte eine Debatte über die „Dotationen“ des Staates für die Kirchen, also die jährlichen Zahlungen, mit denen der Staat Erträge aus einst „säkularisiertem“ Kircheneigentum ersetzt. In der SPD wiederum gibt es Bestrebungen, einen „laizistischen“ Arbeitskreis zu gründen. Die Initiatoren wollen christliche Symbole wie das Kreuz aus dem öffentlichen Raum beseitigen. *K. B.*

Das konservative Profil

Von Wilhelm v. Gottberg

Die Diskussion über das konservative Profil der CDU beschäftigt zur Zeit die Gremien der Partei. Welche Eigenschaften, welche Überzeugungen hat ein Konservativer? Das konservative Profil einer Partei wird nicht nur, aber doch wesentlich, durch Personen sichtbar, die als Meinungsbildner in herausgehobener Funktion im Parlament tätig sind. Beispiele für die CDU sind Adenauer, Dregger, Lummer, Todenhöfer, Martin Hohmann und Bernhard Friedmann. In der CSU waren es Strauß, Stoiber und zu Guttenberg, der Großvater des heutigen Verteidigungsministers, die als Garanten für konservatives Profil und Programmatik in der CSU standen.

Keiner der Genannten ist heute noch politisch aktiv. Bedeutet dies, dass sich der Konservativismus überholt hat? Keineswegs! Die Konservativen beziehungsweise Menschen mit konservativer Ausrichtung gibt es im heutigen Deutschland noch millionenfach. Sie sind allerdings überwiegend politisch heimatlos.

Roland Koch, der vormalige hessische Ministerpräsident, der eben aus der Politik ausstieg, galt in der veröffentlichten Meinung als einer der letzten Konservativen in der CDU. Koch war nie ein wirklicher Konservativer. Er war Pragmatiker, der im Reden und Handeln geschickt Stimmungen und Meinungen bestätigte beziehungsweise ablehnte. Richtschnur war: Nutzt es oder schadet es? Man kann ein derartiges Handeln auch als opportunistisch bezeichnen. In der heutigen Parteiendemokratie Deutschlands wird keiner ohne opportunistische Begabung in ein politisches Spitzenamt gelangen.

Der ehemalige hessische Ministerpräsident hat bei seinem Abgang auf die Frage, was ihm „konservativ zu sein“ bedeute, „Maß und Mitte halten“. Wer so antwortet, ist kein Konservativer. Die Orientierung an der sogenannten „Mitte“ signalisiert eher eine Haltung, die zeitgeistlich ausgerichtet ist. Schon die Festlegung auf die Mitte signalisiert Beliebigkeit, denn in den vergangenen 35 Jahren sprachen die Politiker wechselnd von der „Mitte“, von der „neuen Mitte“, von der „linken Mitte“ und dann wieder von der „Mitte“. Auffällig, dass niemals von der „rechten Mitte“ gesprochen wurde.

> Roland Koch war kein Konservativer, sondern Pragmatiker und schielte nach der »Mitte«

Wie ist die Bewusstseinslage eines Konservativen zu beschreiben? Eine allgemeine, anerkannte, griffige und prägnante Definition einer konservativen Grundhaltung gibt es nicht. Gleichwohl haben Konservative unverrückbare Grundüberzeugungen. Am Bewährten festhalten, für Erneuerung nach sorgfältiger Prüfung offen sein, die Einsicht, dass nichts so beständig ist wie der Wandel, und eine strikt am Rechtsstaat orientierte Handlungsweise. Das sind Grundeinstellungen eines Konservativen. Letzteres schließt ein, dass ihm die transzendentale Dimension bewusste ist, denn das Recht hat seine Wurzeln in den Zehn Geboten.

Darüber hinaus halten Konservative an zeitlosen Werten fest. Dazu gehören: Ehe und Familie, Treue, Pflichterfüllung, Ehrlichkeit und die Verantwortlichkeit gegenüber der eigenen Familie, der Allgemeinheit und der Umwelt sowie die Liebe zu seinem eigenen Volk und seiner Geschichte. Schließlich ist dem Konservativen die Tradition wichtig. Durch die Pflege der Tradition werden zeitlose Werte sowie Großereignisse der eigenen Geschichte wachgehalten und somit eine positive Prägung der nachwachsenden Generationen ermöglicht.

> Nichts ist so beständig wie der Wandel, deswegen gelten zeitlose Werte wie Familie

Daraus ergibt sich: Konservative sind für einen umfassenden Lebensschutz und gegen den Schwangerschaftsabbruch, sie sind für eine umfassende Familienförderung und gegen die quasi Ehe-Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartner. Die Kontinuität der deutschen Leitkultur, die sich über Jahrhunderte entwickelt hat, ist den Konservativen wichtig. „Multikulti“ haben sie immer in realistischer Einschätzung als Träumerei abgelehnt. Es gibt kein Beispiel auf der Welt, bei dem Zugewanderte aus einem fremden Kulturkreis die Kultur des Zuwanderungsgebietes in friedlicher Weise umgeformt haben. Gegenteilige Beispiele gibt es allerdings. Die Vermischung der Kulturen kann im Bürgerkrieg enden (Samuel Huntington „Clash of Civilizations“).

Aus dem Verfassungsgebot „Staatlicher Schutz für Ehe und Familie“ ergibt sich für den Konservativen, dass die Erziehungsleistung der nicht berufstätigen Mütter stärker gewürdigt werden muss. Die katastrophalen Folgen der demographischen Entwicklung haben ihre wesentliche Ursache in der jahrzehntelangen diskriminierenden Heruntermachung der sogenannten „Nur-Hausfrauen“. Deutschland muss nicht zwangsläufig das geburtenschwächste Land der Welt sein. Die Ursachen sind hausgemacht. Die schrumpfende deutsche Bevölkerung wird zum Teil verdeckt durch die Mehr-Kinder-Familien der Zugewanderten und die Tatsache, dass einem Teil der Zugewanderten die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt wurde.

Es gibt zurzeit in Deutschland keine Partei, die für die Konservativen im Lande ein politisches Sammelbecken sein könnte. Eingeschränkte Ausnahmen bilden Bayern und die CSU. Die CSU ist derzeit einzige Volkspartei in Deutschland mit einem Wählerpotenzial zwischen 40 und 50 Prozent. CDU und SPD bleiben derzeit unter 30 Prozent und können somit nicht mehr als Volksparteien bezeichnet werden. Die Aussicht der SPD, mehr als 30 Prozent Wählerstimmen bei zukünftigen Wahlen zu gewinnen, sind deutlich besser als bei der CDU. Der SPD haben die „Grünen“ und die „Linke“ Stimmen abgenommen. Ein Teil der Stimmen kann wieder zurückgewonnen werden.

Die CDU hat jahrzehntelang ihre konservative Klientel missachtet. Die Demokratische Rechte im Lande – sie gibt es – war den Verantwortlichen der Union keiner besonderen Beachtung wert. Jahrelang hieß es bei diesen Wählern „Augen zu, CDU!“ oder „Wir wählen CDU, sie ist das kleinere Übel“. Neuerdings hört man nicht häufig, aber gelegentlich: „Die CDU ist nicht das kleinere Übel, sie ist das Übel.“ Der Absturz der christlichdemokratischen Schwesterpartei in Italien von der jahrzehntelangen Regierungspartei zur absoluten Bedeutungslosigkeit sollte die Granden der CDU zum Nachdenken bringen.

MELDUNGEN

Wahlschlappe für die ODS

Prag – Nachdem die regierenden Bürgerlichen Demokraten (ODS) von Ministerpräsident Petr Necas bei den Teilwahlen zum Senat und Kommunalwahlen in Tschechien Mandate und Mehrheiten an die Sozialdemokraten verloren hatten, versuchte die Parteiführung dies als Folge der Regierungsverantwortung darzustellen. Doch es sind wohl weniger die Sparmaßnahmen als die Korruptionsskandale, in die führende Politiker der ODS verwickelt sind, die zum Stimmenverlust geführt haben. Die ebenfalls in der Regierung stehende liberale TOP 09 um Außenminister Karel Schwarzenberg kann sich hingegen über Stimmengewinne freuen. Auch stellt sie ab sofort den Oberbürgermeister in Prag (siehe Seite 24). *Bel*

Gute Noten für Namibia

Windhuk – Der Regierung von Namibia werden gute Noten ausgestellt. Der sogenannte Ibrahim-Index für die Regierungsführung afrikanischer Staaten im Jahr 2010 sieht die Regierung in Windhuk, der Hauptstadt des Landes, unter 53 afrikanischen Staaten an sechster Stelle. Rund 88 Faktoren wurden dabei untersucht. Unter den zwölf Ländern im Süden Afrikas kam Namibia demnach sogar auf Rang 4. Vor allem im Bereich Korruption machte die ehemals deutsche Kolonie Punkte gut. Weiter vorne lagen Südafrika und Mauritius. Die rote Laterne fiel an den Nachbarn Simbabwe. Dies geht aus einer Publikation der Mo Ibrahim Foundation hervor. Mo Ibrahim gründete 1998 Celtel International. Das Unternehmen machte mobile Kommunikation in 15 afrikanischen Staaten für ein Millionenpublikum möglich. 2005 ging Celtel für 3,4 Milliarden Dollar an MTC Kuwait. Der gebürtige Sudanese gründete 2006 die Stiftung. *J.F.*

Sturm auf den Élysée-Palast

Die linke Opposition und kommunistische Gewerkschaften versuchen Frankreich zu übernehmen

Die Kraftprobe zwischen der Regierung von Nicolas Sarkozy und den Linken wird fortgesetzt. Vordergründig gehen die Menschen in Frankreich zwar gegen die Rente mit 62 auf die Straße, doch den Organisatoren der Massenveranstaltungen geht es um die Macht im Land.

Driftet Frankreich schon zu einer „anderen Republik“ ab? Wird die französische Wirtschaft in den nächsten Wochen weiter durch Streiks lahmgelegt, so dass Frankreich, dessen Wirtschaftsentwicklung EU-weit bereits eher mittelprächtig ist, die rote Laterne Europas übernimmt? Soll der Straßen- und Schienenverkehr lahmgelegt werden? Werden Exporte und Importe blockiert? Fällt der Unterricht in Gymnasien und Fakultäten für längere Zeit und in großem Ausmaß aus, so dass gar keine Diplome oder, wie schon einmal vor fünf Jahren, nur Ramschabschlüsse vergeben werden? Wird sich „die Straße“ gegen die gewählten, legitimen Staatseinrichtungen durchsetzen und das vom Parlament bereits verabschiedete Rentengesetz mit ihren demagogischen Forderungen ersetzen können? Wird Sarkozys Reformwerk der letzten drei Jahre zur Makulatur? Schaffen es die Demonstranten und Streikenden – man wäre fast versucht zu sagen „die Aufständischen“ – den Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und seinen Premierminister Francois Fillon in die Knie zu zwingen?

Dieses Szenario ist nicht von der Hand zu weisen. Die Rentenreform, die den Anlass zu dieser – milde gesagt – „sozialen Bewegung“ schafft, ist nur ein Vorwand. Ob der gesetzliche Renteneintritt bis zum Jahr 2019 von 60 auf 62 Jahre verschoben wird, interessiert die Anführer des Aufstandes nur am Rande. Freilich, es wäre für sie eine halbe Blamage, hätte die Regierung noch Kraft genug, diese Zielvorgabe durchzusetzen, denn der sozialistische Staatspräsident Francois Mitterrand und sein Premier Pierre Mauroy hatten im Jahre 1982 das Rentenalter von 65 auf 60 Jahren als Geschenk an „das linke Volk“ heruntergeschraubt. Ganz im Gegensatz zu der landläufigen Berichterstattung in Deutschland über die französischen „Ereignisse“ geht es aber westlich des Rheins im Grunde genommen nicht um die Rentenreform, sondern um einen Machtkampf zwischen Regierung und linker Opposition. Wobei eine starke außerparlamentarische die kleinere gewählte Opposition der sozialistischen Partei PS dazu zwingt, weiter mitzumachen und vorzeitig die Staatsgeschicke in die Hand zu nehmen.



Immer im Mittelpunkt: Der Vorsitzende der kommunistischen Gewerkschaft CGT Bild: Reuters

Die Hauptfigur dieser Politveranstaltung, der Vorsitzende der kommunistischen Gewerkschaft CGT, Bernard Thibault, hat es klipp und klar in einem Interview gesagt: „Unsere Bewegung hat Marathoncharakter ... Wir werden nicht nachgeben ... Unsere vielfältige Bewegung wird nicht mit der Verabschiedung des Rentengesetzes aufhören, da macht sich die Regierung etwas vor ... Wir werden weiter demonstrieren, wilde Streiks, Arbeitsunterbrechungen, Versammlungen und Betriebsblockaden machen.“ Auch der hasserfüllte und aggressive Ton der Auseinandersetzung auf Seiten der Demonstranten verspricht nichts Gutes. Dabei sind die meisten Aktionen wie die Blockaden von Ölraffinerien und des wichtigen Hafens von Marseille, vor dem inzwischen eine Armada von Tankern auf hoher See vor Anker liegt, sowie die Blockaden von Fakultäten und Gymnasien illegal. So konnte die Regierung die Bereitschaftspolizei einsetzen und einige Betriebe und Schulen befreien.

> Gewerkschaften waren am Entwurf für das Gesetz beteiligt

Natürlich ist der Aufruf gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre ein populäres Anliegen. Frankreich ist ohnehin der Staat in Europa – abgesehen von Spanien und Griechenland – mit den meisten Streiks und der kürzesten Arbeitszeit. In keinem anderen Staat der Welt wurde – wohlgemerkt von sozialistischen Regierungen – die Wochenarbeitszeit per Dekret auf 35 Stunden begrenzt und das Rentenalter herabgesetzt. Die Gewerkschaften vertreten in Frankreich nur sechs Prozent der Arbeitnehmer, daher ziehen sie es vor, auf der Straße für die Medien sichtbar zu werden, statt zu verhandeln.

Dabei wies Premierminister Fillon am letzten Sonntag im Fernsehen darauf hin, dass Verhandlungen mit den Gewerkschaften bei der Konzeption des Gesetzes durchaus stattgefunden haben. Seine Regierung habe deswegen die Schwere bestimmter Arbeiten im Gesetz berücksichtigt mit der Möglichkeit, bereits vor dem 62 Geburtstag die volle Rente zu bekommen. Auch der parlamentarische Weg ist ganz normal verlaufen und gab zu vielen Gesetzesänderungen durch die Opposition Anlass. Die Demokratie ist noch funktionsfähig. Aber die Radikalen haben im letzten Sommer eine Kehrtwende durchgesetzt.

Die ganze Linke ist der Regierungsmehrheit in den Rücken gefallen. Die Verliererin der Präsidialwahl 2007, Ségolène Royal, hat Anfang Oktober eine Vakanz ihrer Nebenbuhlerin in der PS, Martine Aubry, ausgenutzt, um einen Aufruf an die Jugend zu richten mit zu demonstrieren. Annähernd ein Drittel der Gymnasiasten geht jetzt auf die Straße, allen voran die Schülerinnen, die sich mit besonderer Phonstärke beim Schreien der Parolen auszeichnen. Ihr Grundargument: „Opa und Oma müssen früher auf das Altenteil geschoben werden, damit wir Arbeit bekommen.“ Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 23 Prozent zieht diese gänzlich unökonomische Aussage.

Kraftproben zwischen studierwilligen Studenten und Schülern und den Arbeitsunwilligen mehren sich derartig, dass die Polizei mancherorts eingreifen muss. Beobachtet vor einem großen Gymnasium in Bordeaux: Die „Studentenkoordinierung“ hatte bereits im Morgengrauen die beiden Schuleingänge mit Schranken und Mülleimern blockiert. Zirka 15 Demonstranten versperrten Hunderten von Lehrern und Schülern den Weg. Einer der lernwilligen Studenten, ein Hüne und Karatemeister, ging einfach durch. Drei Blockierer griffen den Blockadebrecher an. Er warf sie zu Boden. Eine Schlacht zwischen Lernwilligen und -unwilligen entwickelte sich dann. Ein Grund für den Rektor, die Polizei zu rufen, die die Blockade fast ohne Gewalt beendete. Gelernt wurde unter Polizeischutz. Die arbeitende und lernende Bevölkerung kommt aber in den Medien fast nicht zu Wort. Daher halten laut Umfragen über 70 Prozent der Franzosen eine Rentenreform für notwendig, aber ebenfalls 70 Prozent unterstützen die Demonstranten. *J.-P. Picaper*

Mehr Moscheen

Muslime in Russland stellen Forderungen

Weil ihnen der Zugang zu ihrer Moschee von Kräften eines privaten Sicherheitsdienstes verwehrt worden war, breitete eine Gruppe islamischer Gläubiger ihre Gebetsteppiche auf der Fahrbahn mitten auf dem Prospekt Mira, einer Magistrale in Moskau, die vom Zentrum Richtung Norden führt, aus. Gewöhnlich beten sie auf dem Platz neben ihrer Moschee und auf dem Bürgersteig davor.

An jenem 8. Oktober fand aber gleichzeitig eine Veranstaltung im benachbarten Sportkomplex „Olympijskij“ statt, weshalb die Sicherheitskräfte das Beten auf dem Bürgersteig unterbanden. Mit dieser Aktion wollten Muslime auf das Fehlen von Gebetshäusern aufmerksam machen. Sie beklagen schon seit längerem das Fehlen von Moscheen in Russland. Zwar gibt es in Moskau bereits sechs Moscheen und in St. Petersburg eine, doch reichen diese bei weitem nicht für alle Gläubigen aus.

Als am 9. September das islamische Fest „Eid ul-Fitr“ gefeiert wurde, mit dem die Fastenzeit beendet wird, versammelten sich 55000 Muslime in Moskau. Für sie wurde die „Durowa“-Straße südlich des Stadtzentrums gesperrt. In Russland leben etwa 23 Millionen Muslime aus 38 Völkern, etwa 15 Prozent der Bevölkerung. Sie konzentrieren sich vor allem in den Zentren Moskau und St. Petersburg. Kürzlich forderte Ildar Aljautinow, Imam der Moskauer Moschee, islamischen Gläubigen orthodoxe Kirchen für ihre Freitagsgebete zur Verfügung zu stellen. Der Regierungsbeauftragte für religiöse Fragen, Michail Orlow, lehnte diese Forderung ab. Er erklärte, die muslimische Gemeinde trage selber die Schuld, wenn sie es versäumt habe, weitere Moscheen zu bauen. Die Regierung habe bereits acht weitere Bauspläze in verschiedenen Moskauer Stadtteilen zur Verfügung gestellt.

> Freitagsgebet in orthodoxen Kirchen?

In St. Petersburg war es zu heftigen Diskussion über öffentlich ausgeführte islamische Riten gekommen, als ein Schaf mitten im Zentrum der Stadt geschächtet worden war. Die Bevölkerung – Christen und Atheisten – zeigte sich in Umfragen verständnisvoll und tolerant gegenüber den Andersgläubigen und ihrem Wunsch nach eigenen Gebetshäusern, jedoch mit der Einschränkung, dass sie weder Straßen blockieren noch die übrige Bevölkerung behindern oder durch ihre Bräuche stören dürften. *MRK*

Berlusconi auf Talfahrt

Italien: Mitte-Rechts-Partei des Ministerpräsidenten bei 30 Prozent

Lange konnte sich Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi nicht auf den Lorbeeren des Ende September gewonnenen Vertrauensvotums ausruhen. Eine Mehrheit der Abgeordneten bestätigte ihn und seine Mitte-Rechts-Koalition im Amt bis zum Ende der Legislaturperiode 2013. Diese hatte monatelang nach dem Bruch mit dem früheren Bündnispartner Gianfranco Fini auf der Kippe gestanden. Nun tritt der Premier aufs Gaspedal, um sein Fünf-Punkte-Programm umzusetzen, für das er das Vertrauen im Parlament erhalten hat. Der Ministerrat verabschiedete Anfang Oktober ein Dekret für die stärkere finanzielle Autonomie der Regionen. Zudem kündigte Berlusconi eine Reform des Justizwesens, Steuererleichterungen für Familien, die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der illegalen Zuwanderung sowie Infrastrukturmaßnahmen für den Süden an.

Doch die kritischen Stimmen sind nicht verstummt. Laut einer Umfrage vom September lag die Popularität von Berlusconis Mitte-Rechts-Partei „Volk der Freiheit“ auf einem Rekordtief von knapp 30 Prozent. Mit großen überregionalen Protestaktionen bereiten die Italiener der konservativen Regierung derzeit einen heißen Herbst. Vergangenes Wochenende demonstrierten Zehntausende in Rom für Beschäftigung und Demokratie. An der Kundgebung nahm neben Arbeitnehmern und Politikern der linken Opposition auch der Generalsekretär der größten italienischen Gewerkschaft, Gugliemo Epifani, teil. Die Proteste richteten sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die zunehmend unsicheren Beschäftigungsverhältnisse. „Italien stürzt in den Abgrund. Ein Kurswechsel in der wirtschaftspolitischen Strategie ist dringend notwendig. Die Zahl der Arbeitslosen wächst, und die Unternehmen nutzen die Krise aus, um die Rechte der Arbeitnehmer zu beschneiden“, so Epifani.

> »Das Gesetz ist für alle gleich«

Bereits eine Woche zuvor hatte in der Hauptstadt der zweite „No-B(erlusconi)-Day“ der Internet-Protestbewegung „Lila Volk“ stattgefunden. Mehrere tausend Bürger forderten den Rücktritt des Regierungschefs und vorzeitige Neuwahlen. Sie warfen Berlusconi vor, die Verfassung mit maßgeschneiderten Gesetzen auszuhöhlen, um sich in seinen laufenden Korruptionsverfahren vor der Justiz zu schützen. Im März hatte der Senat eine Übergangsregelung verabschiedet, die Berlusconi und seinen Ministern künftig erlaubt, Gerichtsprozessen fernzubleiben. Namhafte Oppositionspolitiker, Intellektuelle und Künstler riefen Anfang Oktober den Ministerpräsidenten dazu auf, politische Verantwortung zu beweisen. „Er soll sich vor Gericht ohne Schutz von Immunitätsgesetzen verteidigen. Das Gesetz ist für alle gleich“, appellierte der Journalist Giuseppe D'Avanzo in der Tageszeitung „La Repubblica“.

Schließlich gingen zehntausende Schüler und Studenten in verschiedenen Städten auf die Straße, um gegen die Sparbeschlüsse der Regierung zu demonstrieren. An Schulen und Universitäten sollen eine Milliarde Euro eingespart und 130000 Stellen gestrichen werden. Dabei ist Italien schon heute europäisches Schlusslicht bei den Bildungsausgaben – nur gefolgt von Rumänien. Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent schrieb der Rektor einer renommierten italienischen Privatuniversität in einem offenen Brief an seinen Sohn: „Du hast die Ausbildung in Italien abgeschlossen. Nun musst Du dieses Land verlassen. Es kann Dir keine Zukunft geben.“ *Sophia E. Gerber*

Al-Kaida nutzt Machtvakuum im Irak

Während die USA im Irak immer weiter ihre Truppen abziehen und hoffen, Ende 2011 diesen Konfliktherd vollständig verlassen zu haben, nutzen irakische Milizen das neue Machtvakuum. Da es im Irak seit den Wahlen im März immer noch keine Regierung gibt, ist auch von irakischer Seite keine Gegenwehr zu erwarten. Und so sollen laut „New York Times“ in den letzten Wochen Hunderte der vom Staat finanzierten Kämpfer der sogenannten „Erwachen“-Milizen zu Al-Kaida übergelaufen sein. 2006 hatten sunnitischen Stammesfürsten in der Provinz Al-Anbar ehemalige Aufständische zu der Miliz vereinigt. Diese wurde erst von der US-Armee ausgestattet und bezahlt, später übernahm die irakische Regierung den Oberbefehl und versuchte die Miliz in ihre Einheiten zu integrieren.

Bisher galt die „Erwachen“-Miliz als ein positives Beispiel für die Integration Aufständischer, da sie für Ruhe in ihrer Provinz sorgten. Doch inzwischen soll Al-Kaida verstärkt Druck auf verschiedene Einheiten der Milizen ausüben. Da viele in der sunnitischen Miliz zudem unzufrieden sind, weil sie glauben, in Bagdad hätten die Schiiten zu viel das Sagen, wechseln einige auch freiwillig zum Terrornetzwerk zurück. *Bel*

Kupfer statt US-Immobilienkredite

Neue Anlageprodukte locken: ETF-Papiere sind zwar goldwert, verschieben aber Angebot und Nachfrage

Weil Staaten und Notenbanken ihre Währungen durch die Politik des billigen Geldes instabil machen, suchen Investoren sicherere Anlagemöglichkeiten. Rohstoffe scheinen hier eine gute Alternative, doch neue Finanzprodukte bergen soziale und wirtschaftliche Gefahren.

Mit der Gründung der „Deutschen Rohstoffagentur“ in Hannover hat die Bundesregierung signalisiert, wie ernst sie das Problem der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie nimmt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schlägt bereits Alarm: Die deutschen Unternehmen sähen sich schon jetzt „beträchtlichen Beschränkungen des Rohstoffzugangs“ gegenüber. Und, besonders beunruhigend: Die Engpässe seien nicht vor allem marktgetrieben, sondern „politischen Ursprungs“.

Bei Rohstoffen wird zu allererst an Öl, Erze oder Nahrungsmittel gedacht. Ins Blickfeld gerückt sind zudem die „seltenen Erden“, eigentlich Metalle, die unerlässlich sind für Geräte der Spitzentechnologie, von deren Herstellung die deutsche Industrie entscheidend abhängt. Von den Metallen der „seltenen Erden“ liegen, je nach Element, bis zu 97 Prozent in chinesischer Erde. Unlängst hatte Peking den Export nach Japan im Streit um eine Insel drastisch eingeschränkt.

Die neugeschaffene Agentur soll deutsche Unternehmen künftig bei der Beschaffung von Rohstoffen beraten. Zudem soll sie helfen, eine langfristige Strategie für die Versorgungssicherung zu entwerfen. Kanzlerin Angela Merkel hat bereits angekündigt, dass ein Schwerpunkt dieser Strategie im Engagement in Zentralasien liegen soll.

Doch für die wachsenden Spannungen auf dem Rohstoffmarkt ist beileibe nicht bloß die politische Strategie vor allem Chinas verantwortlich, das versucht, durch Exportverknappung von wichtigen Rohstoffen Fertigungsstätten ins eigene Land zu ziehen. Zu einem Anstieg der Rohstoffpreise trägt auch die Währungspolitik großer Länder bei. Insbesondere die USA fluten ihre sieche Wirtschaft mit letztlich ungedecktem Geld, China hält seine Währung künstlich niedrig, auch Japan versucht, wenn auch mit mäßigem Erfolg, seine Währung per Eingriff auf dem Devisenmarkt zu drükken, um seine Exportchancen zu erhöhen. Der sich anbahnende Abwertungswettlauf und die abnorm hohe Staatsverschuldung vieler Länder untergräbt das Vertrauen der Anleger in die „Papierwährungen“ und treibt sie in Anlageformen, die auf Rohstoffen basieren.

Dazu zählen die sogenannten „Exchange Traded Funds“ (ETF). Finanzdienstleister werben in deutschen Medien aggressiv für diese Fonds. Dabei handelt sich es streng genommen um Lagerbestände eines bestimmten Rohstoffs. Der Investor kauft einen bestimmten Anteil an dem Bestand und erhält dafür ein Wertpapier, das den Wert seines Anteils abbildet.

> Viele Spekulationen sind moralisch nicht zu verantworten

Bekannt sind vor allem große Fonds über Gold. Verfügten die Gold-ETF weltweit Mitte 2004 nur über 74 Tonnen des Edelmetalls, so sind es mittlerweile schon über 2000 Tonnen. Zum Vergleich: Der größte staatliche Goldschatz, der der USA, umfasst gut 8000 Tonnen, die Goldreserve der Bundesbank, die zum größten Teil in New York und London lagert, 3400 Tonnen.

Auch für Silber, Platin sowie das weniger bekannte Edelmetall Palladium stehen solche Fonds zu Verfügung, die über regen Zulauf berichten. Das hat die Finanzinstitute auf den Geschmack gebracht: Jetzt sollen Fonds auch für die Industriemetalle Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel und Zink aufgelegt werden.

Was jedoch für Anleger, die den Papierwährungen nicht mehr Vertrauen und daher Anlage in reale Werte vorziehen, eine interessante Aussicht sein könnte, kann für die Industrie und letztlich für die Endverbraucher teuer werden: Die Fonds betreten als zusätzlicher Nachfrager bei kaum verändertem Angebot den Markt, was die Preise für die Metalle in die Höhe treiben könnte.

Wie sehr reine Anlageinvestitionen und Börsenspekulationen die Rohstoffmärkte durcheinanderbringen können, hatte sich beim letzten Rohstoffboom vor gut zwei Jahren gezeigt. Als Mitte 2007 die Luft aus den aufgeblähten Immobilienmärkten der USA und anderer Länder zu entweichen begann, stürzten sich Anleger auf Rohstoffe. Dies geschah vor allem im Rahmen klassischer Terminkontrakte. Dabei wird zwischen Käufer und Verkäufer im Voraus ein bestimmter Preis vereinbart, für den eine Ware zu einem bestimmten Zeitpunkt abgenommen werden muss. Sinkt der Marktpreis bis dahin, gewinnt der Verkäufer, denn er kann seine Ware für einen zu dem Zeitpunkt eigentlich überhöhten Preis loswerden, steigt er, gewinnt dementsprechend der Käufer.

Durch den starken Zufluss von Investorengeld schossen 2008 auch die Preise für Agrarrohstoffe und damit Lebensmittel in die Höhe. Was für die Verbraucher in den entwickelten Ländern lästig oder gar schmerzhaft war, wuchs sich für die Verbraucher in armer Weltregionen damals zum ernsthaften Problem aus. Der medienbekannte Frankfurter Börsenmakler Dirk Müller rät seinen Kunden denn auch ausdrücklich von Spekulationen im Nahrungsmittelbereich ab, weil es schlicht rücksichtslos sei.



Kupferwerk in China: Peking nutzt seine Rohstoffe geschickt, um damit Wirtschaftspolitik zu machen. Bild: laif

Und wie wäre es mit einem Verbot? Das wäre international kaum durchsetzbar. Zudem haben die Terminkontrakte eine wichtige Funktion auch für „echte“ Marktteilnehmer. So können Lebensmittelhersteller auf diese Weise ihr Preisrisiko verringern: Egal wie die Ernte wird, sie wissen im Voraus, was sie bezahlen werden und können entsprechend kalkulieren.

So fällt das Problem letztlich wieder in Verantwortung der Staaten und Notenbanken: In dem Maße, in dem sie ihre Währungen verlottern lassen, suchen sich Investoren andere Möglichkeiten, ihr Vermögen zu sichern und zu mehren, als es in wackligem Geld anzulegen. Daraus können, wie aufgezeigt, schwerwiegende Schädigungen der realen Wirtschaft erwachsen. So trieben die Rohstoffinvestitionen und -spekulationen die Preise, die dann auch solche Volkswirtschaften heimsuchen werden, die ihre Währung und Haushalte noch halbwegs in Ordnung gehalten hatten. *Hans Heckel*

KURZ NOTIERT

Der Fiskus kassiert am Solarboom mit: Da die vier Betreiber der Höchstspannungsnetze nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2011 noch mehr Ökostrom in die Netze einspeisen müssen, erhöhen sie ihre Gebühr von 2,04 auf 3,5 Cent je Kilowattstunde. Hieran verdient auch der Staat, da er die Mehrwertsteuer auf einen höheren Grundpreis berechnen kann. Laut Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft kann der Fiskus allein dadurch mit zusätzlichen 252 Millionen Euro rechnen. *Bel*

Kuhhandel bei Hartz IV? Damit die Hartz-IV-Reform wie vom Verfassungsgericht gefordert zum 1. Januar 2011 in Kraft treten kann, braucht die schwarz-gelbe Regierung die Zustimmung der SPD im Bundesrat. Als Gegenleistung soll der SPD ein Mindestlohn bei der Zeitarbeit angeboten werden, berichtet der „Focus“. *Bel*

Lohnt sich der schnellere Kohle-Ausstieg? Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), der das von der EU geforderte schnellere Ende für die Steinkohlesubventionen begrüßt, will derzeit kein Spitzengespräch mit dem Kohle-Konzern RAG führen. Bevor dieser nicht exakte Zahlen vorgelegt habe, wie teuer der vorzeitige Ausstieg ist, gebe es keine Gesprächsgrundlage. RAG behauptet, bei dem Auslaufdatum 2014 statt 2018 käme es zu Mehrkosten von 1,34 Milliarden Euro. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hingegen sieht eine Netto-Entlastung von 1,2 Milliarden Euro für den Staat. *Bel*

30-Milliarden-Geschäft: Die Schweiz und Deutschland haben sich offenbar darauf geeinigt, dass der deutsche Fiskus die Steuern seiner Steuerflüchtlinge erhält, ohne dass die Schweiz das Bankgeheimnis abschaffen muss. Geplant sei, dass Schweizer Banken künftig die Abgeltungssteuer ihrer deutschen Kunden einziehen und anonym nach Berlin überweisen. Verhandelt wird noch, wie Altkunden bestraft werden sollen. Berlin hofft auf einen Geldsegen von rund 30 Milliarden Euro. *Bel*

Mittelstand: Erben gesucht

In den nächsten vier Jahren wird für fast 100 000 Familienbetriebe ein neuer Chef gesucht

Deutschlands Mittelstand – nach wie vor die tragende Säule unseres Wohlstands – steht vor gigantischen Nachwuchssorgen. Bis Ende 2014 stehen nahezu 100 000 Familienunternehmen zur Übertragung auf einen Nachfolger an, da die jetzigen Inhaber in den Ruhestand gehen, erkranken oder sterben. Doch werden nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn weniger als die Hälfte der Betriebe weiterhin im Besitz der Familie bleiben.

Das von der Bundesregierung und der NRW-Landesregierung geförderte Institut hat berechnet, dass pro Jahr bundesweit 22 000 Unternehmen mit insgesamt fast 290 000 Beschäftigten durch den Generationenwechsel einen neuen Chef suchen. Konkreter Übergabegrund ist meist (86 Prozent) das Alter des bisherigen Inhabers, in den übrigen Fällen Tod (zehn Prozent) oder Krankheit (vier Prozent). Die altersbedingten Übertragungen erfolgen in aller Regel geplant und mehr oder weniger gut vorbereitet. Hingegen finden sich jährlich 3100 Unternehmen mit rund 40 000 Arbeitsplätzen plötzlich und unvorbereitet in dieser Situation.

Deutlich weniger als die Hälfte, nämlich 43,8 Prozent der zu übergebenden Unternehmen, bleibt in der Familie, geht üblicherweise also auf die nächste Generation über. Weitere 21,1 Prozent werden verkauft, weil es in der Familie entweder keine Erben gibt oder diese an Barem mehr interessiert sind als an der Familientradition. 16,5 Prozent kommen in die Hände externer Führungskräfte, die von den bisherigen Eigentümern eigens zu diesem Zweck in die Firma geholt wurden. Und immerhin 10,3 Prozent werden an bewährte, zumeist langjährige Mitarbeiter übertragen. Lediglich 8,3 Prozent der betroffenen Betriebe müssen stillgelegt werden, weil sich auf allen hier aufgezeigten Wegen kein Nachfolger finden lässt.

> Es geht auch um Zigtausende von Arbeitsplätzen

Mittelstandsorganisationen wie der Bund der Selbständigen (BDS) mahnen – auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse, es geht um Zigtausende Arbeitsplätze – an, die Frage einer Firmenübergabe rechtzeitig aufzugreifen und nicht zu warten, bis der Ernstfall eingetreten ist. Soweit die nachwachsende Generation in den Unternehmensfamilien überhaupt an einer Weiterführung interessiert ist, empfiehlt es sich, die Übergabe rechtzeitig vorzubereiten, wozu auch eine gründliche externe Ausbildung des Nachwuchses gehört.

Beklagt wird von Experten immer wieder, dass familieninterne Firmenübergaben oft an der mangelnden Rückzugsbereitschaft der Senioren scheitern; aus falsch verstandenem Pflichtgefühl oder auch überzogenem Stolz können sie einfach nicht loslassen. So schreibt der Münchner Unternehmensberater und Buchautor Bernd LeMar („Generations- und Führungswechsel in Familienunternehmen“), zwar wisse jeder Firmenchef, dass er die Übergabe längerfristig planen müsse, aber „die meisten verdrängen das Thema – Abschied nehmen fällt häufig schwer“.

Und Rainer Langosch vom Bundesverband der Unternehmensberater warnt: Die besten Mitarbeiter wandern ab, wenn die Zukunft des Unternehmens nicht gesichert ist, Kunden und Zulieferer werden verunsichert, Banken bewerten das Fehlen einer vernünftigen, rechtzeitigen Nachfolgeregelung negativ – mit allen Folgen für den Betrieb und die Arbeitsplätze.

In den Fällen, in denen aus der Unternehmerfamilie kein geeigneter Nachfolger heranwachsen ist, machen die Inhaber zudem oft den Fehler, sich mit dem Thema erst zu beschäftigen, wenn ihr Betrieb in eine Schieflage geraten ist. Daher der dringende Rat der Fachleute: Der richtige Moment für eine Übergabe ist dann gekommen, wenn die Ertragslage gut ist und auch die Zahlen stimmen.

Von den insgesamt 3,7 Millionen Unternehmen in Deutschland sind 3,5 Millionen als Familienbetriebe eingestuft; 2,5 Millionen sind sogenannte Einzelunternehmen. Aber nur 730 000 erzielen mindestens einen Jahresgewinn in Höhe eines durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens (derzeit rund 49 500 Euro) sowie eine marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals und gelten somit als übernahmewürdig. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Ohne Perspektive

WestLB: Fusion und Verkauf schwierig

Im November wird der ehemalige CDU-Finanzexperte Friedrich Merz bekanntgeben, ob seine Verkaufsanzeige vom 30. September Zuspruch erhalten hat. Noch bis zum 28. Oktober können sich Personen, die die WestLB oder Teile davon kaufen wollen, bei dem vom Bund beauftragten Merz melden. Während der Rechtsanwalt Käufer sucht, laufen parallel Fusionsgespräche zwischen WestLB und BayernLB. Doch Experten halten es für unwahrscheinlich, dass die staatlich gestützten Landesbanken zusammengehen werden. EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia hat sich bereits skeptisch über die Fusion zweier Fußkranker geäußert und die EU hat in Sachen Zukunft der WestLB ein Wörtchen mitzureden.

> EU mit Deutschland unzufrieden

Die staatlichen Hilfen und die Auslagerung der „toxischen“ Wertpapiere in eine Bad Bank mit dem Namen Phoenix erlaubte Brüssel nur, unter der Auflage, dass die WestLB dafür Geschäftsbereiche ausgliedert. Unter anderem sollte die WestLB-Tochter Westimmo verkauft werden, was aber noch nicht geschehen ist. Außerdem ist Almunia seit kurzem der Meinung, dass bei der Auslagerung von Wertpapieren in die Bad Bank einige Papiere zugunsten der WestLB nicht richtig bewertet worden seien. Die Kritik stößt auf deutscher Seite auf Unverständnis, hatten doch Wirtschaftsprüfer, Anwälte und WestLB-Mitarbeiter die Ausgliederung unter Aufsicht der Bankenaufsicht, Bundesbank und des Bankenrettungsfonds SoFFin durchgeführt, ohne dass Brüssel etwas moniert hätte. Phoenix existiert seit Dezember 2009 und hat in diesem Zeitraum eine Milliarde Euro Verlust gemacht, für den die WestLB-Inhaber, das Land Nordrhein-Westfalen und die regionalen Sparkassen, haften müssen.

Deswegen müssten Land und Sparkassen froh sein, wenn sich Käufer für die WestLB finden. Allerdings hat NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) den Preis für die skandalumwitterte Bank auf zehn Milliarden Euro festgesetzt – zum Vergleich: die ebenfalls staatliche gestützte, deutlich größere Commerzbank ist an der Börse derzeit 7,5 Milliarden wert. *Rebecca Bellano*

Furchtbarer Preis

Von Konrad Badenheuer

Nicht nur der Papst warnt eindringlich vor der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik. Auch für evangelische Christen sei die PID mit ihrem Aussortieren und Vernichten vermeintlich „lebensunwerten Lebens“ gegen Gottes Gebot und daher ohne Ausnahme abzulehnen, warnt der Hamburger Pastor Ulrich Rüß, einer der führenden Köpfe der evangelischen Bekenntnisbewegung in Europa. Er mahnt einen Konsens aller Christen in dieser Frage an, „zum Schutz des Lebens und zur Glaubwürdigkeit der Ökumene“.

Leider ist von einem solchen Konsens im Bundestag nichts zu sehen – im Gegenteil: Das auf den ersten Blick reizvolle und sogar ethisch ansprechende Argument, mit der Zerstörung weniger Zellen ein Leben in Krankheit vermeiden zu können, bewegt die Mehrheit der Abgeordneten bis in die Reihen der CDU hinein mehr als die Sorge vor einem ethischen Dammbruch.

Man muss daran erinnern: Die „wenigen Zellen“, die bei der PID als vernichtet werden müssen, sind Menschen im ersten Stadium ihrer Entwicklung. Krankheit und Kinderlosigkeit zu vermeiden ist ein hohes Gut – aber nicht um diesen furchtbaren Preis.

Deutschenfeinde

Von Hans Heckel

Mit seiner Unterstellung, schon das Wort „Deutschenfeindlichkeit“ sei „rechtsextremes Vokabular“, hat Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening den Vogel abgeschossen. Machen wir uns nichts vor: Die verbissenen Bemühungen von GEW-Funktionären und „Rassismusforschern“, von Migrationsexperten und eben Integrationsbeauftragten, das Thema Deutschenfeindlichkeit wegzudrücken, tragen alle Zeichen der geistigen Komplizenschaft. Wer selbst die Nennung einfacher Tatsachen als „deutsche Fremdenfeindlichkeit“ verunglimpft, gleichzeitig aber offenen Hass von Ausländern auf Deutsche nicht als „deutschenfeindlich“ erkennen will, den treibt selbst nichts anderes als Deutschenfeindlichkeit.

Hieraus erklären sich einige Merkwürdigkeiten der vergangenen Jahre. Als von „deutscher Leitkultur“ gesprochen wurde als Maßstab unseres Zusammenlebens, fragte man verächtlich nach, was denn das sein solle: „deutsche“ Kultur – wobei das Wort „deutsche“ bewusst verächtlich betont, ja, mehr gespien als gesprochen wurde. Kamen jedoch Fremde zu uns, so galt ihre Kultur ungeprüft als „Bereicherung“. So wurden selbst fragwürdige Riten verherrlicht bis hin zur Anwendung der Scharia in der deutschen Rechtsprechung.

Den Günter Pienings in diesem Land geht es in ihrer eigenen Deutschenfeindlichkeit schlicht darum, Deutsche pauschal als Täter und alle anderen pauschal als deren Opfer zu inszenieren. Dieser platten Gut-Böse-Diktion steht die Aufdeckung von Rassismus gegen Deutsche im Weg.

Unabhängigkeit gefährdet

Von Dr. Eberhard Hamer

Der Bankpräsident Axel Weber verspielt nach allen Seiten die Unabhängigkeit der Bundesbank. Ursprünglich galt als Konzept der Bundesbank, dass sie gleichsam „vierte Gewalt im Staate“ sein sollte, also völlig unabhängig von Politik und Finanzwirtschaft, nur dem Geldwert verpflichtet, um dadurch eine Vertrauensfestung gegenüber allen Erpressungen von Politik, Wirtschaft und Banken zu bleiben.

Von diesem idealen Konzept ist nicht mehr viel geblieben. Inzwischen ist viel Selbständigkeit der Bundesbank durch die Europäische Zentralbank (EZB) verlorengegangen, hat letztere mit dem Euro vor allem die Geldsouveränität übernommen. Die Bundesbank hat lediglich noch wegen ihres Anteils und der von ihr vertretenen deutschen Wirtschaftsmacht Gewicht in der EZB. Dieses Gewicht aber hat sie verkommen lassen, den Eitelkeiten von Weber geopfert, der bei allem still hält, um im nächsten Jahr Präsident der EZB zu werden. Vor allem im letzten Jahr hat der aus dem Dunstkreis des unseligen SPD-Finanzministers Hans Eichel gekommene Bundesbankpräsident Weber die Bundesbank allen politischen Wünschen dienstbar gemacht:

1. Weber hat zwar widersprochen, als Nicolas Sarkozy und Jean-Claude Trichet entgegen allen Verträgen den französischen Banken 40 Milliarden Euro griechische Schrottanleihen abkauften und damit die Verluste auf die europäischen Bürger übertrugen. Gekämpft hat er allerdings nicht dagegen, wie es seine Pflicht gewesen wäre.

> Dem Rauswurf Sarrazins hätte Weber widerstehen müssen

2. Es wäre auch Webers Pflicht gewesen, laut zu widersprechen, als die EZB dazu half, entgegen allen Verträgen rechtswidrig die europäische Transferunion zu begründen und die Verluste der internationalen Hochfinanz bei maroden europäischen Staaten zu übernehmen. Ein Bundesbank-Vorstand, der hierzu schweigt, hat seine Amtspflicht verletzt.

3. Noch beschämender ist das Verhalten von Weber und des Bundesbank-Vorstandes in der Sarrazin-Frage. Der Bundesbank-Vorstand ist satzungsmäßig unabhängig von der Politik. Wenn daher ein Vorstandsmitglied privat Bücher schreibt oder Interviews gibt, die er nicht als Vorstandsmitglied, nicht in seinem Ressort und nicht im Bereich der Währung äußert, hat der Bundesbank-Vorstand dies nicht zu kritisieren. Noch viel weniger hat er mit Entlassung zu reagieren, wenn die Kanzlerin oder der Bundespräsident unberufener Weise rechtswidrig den Vorstand zum Disziplinarverfahren aufruft. Weber hat wieder vor der Politik gekrochen, um sich beliebt zu machen, aber seine Funktion als Vertreter einer unabhängigen Bundesbank dabei verraten.

4. Der angebliche Vorwurf gegen Sarrazin, er habe „das Ansehen der Bundesbank geschadet“, trifft also für Weber noch viel mehr zu. Er hat nicht nur dem Ansehen, sondern der Position der Bundesbank mit seiner Liebedienerei vor der EZB und vor der Politik auf Dauer geschadet – sich aber damit zugleich auch als untauglich für den EZB-Vorsitz erwiesen, weil die politischen Erpressungen gegen diese Bank – wie die letzten Monate zeigten – noch viel stärker sind als gegen die Bundesbank. Als Vorsitzender des EZB-Vorstands kann ein Politknecht nur Schaden anrichten, wir brauchen einen, der die Unabhängigkeit der EZB und des Geldsystems auch gegen die Politik verteidigt.



Bundesbankpräsident Axel Weber müsste für die Unabhängigkeit der Bundesbank und der EZB kämpfen. Doch erst in den letzten Tagen fand er deutliche Worte der Kritik an Entscheidungen der EZB. Zuvor übte er sich lange in Leisetreterei – erst recht im Falle Sarrazin.

Bild: pa

Gastkommentar

Imame: Entfremdung, die von der Kanzel kommt



Von Prof. Dr. Rauf Ceylan

Islamische Theologie in Deutschland mag fremd und selbstverständlich zugleich erscheinen, doch über eines ist sich die deutsche Politik einig: Sie wird dringend benötigt. Das Motiv ist vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdebatten um das Buch von Thilo Sarrazin oder die Aussagen des Bundespräsidenten Christian Wulff nachvollziehbar: Sie bietet für die Integration der Muslime viele Vorteile. Während man sich in der islamisch geprägten und eigentlich streng laizistischen Türkei über die enorme Bedeutung der Imame bewusst ist, hat man in Deutschland dieses Thema bisher kaum berücksichtigt. Nicht ohne Grund beschäftigt der türkische Staat zur Kontrolle der religiösen Angelegenheiten über 100 000 Mitarbeiter, Tendenz steigend. Und nicht ohne Grund sendet die Türkei jährlich etwa 100 Imame nach Deutschland. Ihre Zahl beläuft sich insgesamt auf etwa 800. Als Staatsbeamte sind sie in den Ditib-Moscheegemeinden tätig, um türkisch-muslimische Migranten in religiösen Angelegenheiten zu betreuen.

Zu lange hat Deutschland weggeschaut. Die Folgen dieser Ignoranz: Seit den 1970er Jahren wurde hierzulande ein herkunftsorientierter Islam gepredigt. Viele der muslimischen Kinder und Jugendlichen verstehen sich heute daher eher als Türken oder Araber, aber nicht als in Deutschland beheimatete Muslime.

> Bisher hat die Türkei mit der Ditib die Hoheit über Moscheen in Deutschland

Dies ist sicherlich zum einen darauf zurückzuführen, dass der deutsche Staat diesen Einfluss aus dem Ausland nicht unterbunden hat. Auf Seiten der mittlerweile vier Millionen Muslime haben Abschottung der muslimischen Gemeinden, unprofessionelle Vertretung der Muslime, „mentale“ Ghettoisierung, wirtschaftliche Benachteiligungen sowie mangelhaftes Bildungsbewusstsein dazu beigetragen, ihre Imame nicht in Deutschland auszubilden. Es bringt aber nichts, den verlorenen Jahren hinterher zu weinen, sondern von nun an muss es aktives Ziel sein, Imame in Deutschland auszubilden. Dies wird uns in Deutschland viele Vorteile bringen. Ein wesentlicher Vorteil wird es sein, dass der Einfluss aus dem Ausland mittel- bis langfristig unterbunden sein wird. Denn bisher waren mangelnde Sprachfähigkeit und geringe Identifikation mit diesem Land nur eine der vielen negativen Konsequenzen.

Desweiteren kennen die „Import-Imame“ die Lebenswirklichkeit der muslimischen Kinder und Jugendlichen nicht. Viele Studien zeigen, dass vor allem in dieser jungen Gruppe strukturell bedingte Integrationsdefizite herrschen. Da Imame wichtige Multiplikatoren in den Gemeinden sind, müssten sie viel mehr soziale Verantwortung tragen und die muslimischen Eltern dazu motivieren, ihre Kinder im Integrationsprozess zu unterstützen. Aber auch diese Brückenfunktion erfüllen nur die allerwenigsten der über 2000 Imame.

Seit Jahren wird überdies in der Politik und in den Medien über Ehrenmorde und Zwangsheiraten gesprochen. Die Frage, die sich in diesem Kontext stellt, ist: Welcher Imam hat sich aber je dazu in der Öffentlichkeit geäußert und diese Taten verurteilt beziehungsweise verurteilen können? Gerade die Stimme von religiösen Autoritäten wäre in solchen Diskussionen wichtig, aber ohne deutschsprachige und moderne Imame wird dies auch in Zukunft nicht der Fall sein.

Schließlich stelle ich mit großer Besorgnis fest, dass seit dem 11. September 2001 die Gruppe der Salafiten, der radikalen Prediger, zunimmt. Es sind sehr eloquente, deutschsprachige, selbsternannte Imame, die versuchen, junge Muslime anzuwerben. Diese bereiten auch den vielen traditionellen Moscheegemeinden Probleme. Diese „Rattenfänger“ sind sehr effizient, zumal sie es verstehen, den Islam in eine populäre Form zu gießen. Sie kennen die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen, ihre Sorgen und Integrationsprobleme und instrumentalisieren die Lebenssituation. „Diese Gesellschaft möchte dich nicht, aber bei uns bist du willkommen. Du bist etwas besseres“, lautet die Message an die Jugendlichen. Diese Botschaft, gepaart mit sehr einfachen Weltbildern (Gläubige gegen Ungläubige), führt dazu, dass immer neue Extremisten produziert werden.

Ich könnte die Liste der Defizite weiter ausführen, doch diese wenigen Beispiele führen bereits vor Augen, wie wichtig es ist, deutschsprachige Imame hierzulande auszubilden, die modern und demokratisch sind. Vor diesem Hintergrund bietet die Universität Osnabrück eine kleine und eine große Lösung an. Die kleine Lösung beginnt dieses Wintersemester mit einem universitären Weiterbildungsprogramm. Ziel ist es, in zwei Semestern Wissen über unser Land, über unsere Geschichte und über unser politisches System zu vermitteln. Daneben sind auch Exkursionen wie zum deutschen Bundestag geplant.

Mit der großen Lösung beginnen wir 2012 mit einem ordentlichen Studiengang für islamische Theologie. Ohne diesen Schritt bleiben alle weiteren Maßnahmen auf dem Weg zu einem europäischen Islam in der Tat nur ein kleine Lösung.

> Imame in Deutschland ausbilden, da sie wichtige Multiplikatoren sind

Wir müssen jungen Muslimen die Gelegenheit geben, nach dem Abitur islamische Theologie auf deutschem Boden und nach europäischen Universitätsstandards zu studieren. Dies wird wesentlich dazu beitragen, Theologen nicht mehr aus dem Ausland zu importieren. Schließlich, und das wird oft außer Acht gelassen, müssen wir wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren. Denn schließlich geht es ja auch darum, die heiligen Texte im europäischen Kontext neu zu interpretieren. Gerade deshalb wurden in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Universität Osnabrück fünf Stipendien für Doktoranden im Bereich der Islamischen Theologie und Religionspädagogik ausgeschrieben.

Natürlich ist dieser Schritt mit vielen Herausforderungen verbunden. Eine wesentliche Frage ist sicherlich „Wo sollen diese Theologen nach ihrem Studium arbeiten und wer soll diese Akademiker bezahlen?“ Diese Theologen sollen natürlich in Moscheegemeinden tätig sein, um dort Einfluss auszuüben. Daher müssen wir im Studium mit den Moscheegemeinden kooperieren und sie von unserem Vorhaben überzeugen. Wie in jeder Partei auch herrschen dort verschiedene Kräfte. Die einen, die sich öffnen wollen und das Vorhaben unterstützen. Die anderen, die sich abschotten wollen. Vor allem die progressiven Kräfte müssen wir daher durch Kooperation und Kommunikation erreichen und unterstützen. Damit Grenzen wir alle kontraproduktiven Kräfte in den Gemeinden aus. Dies ist auch daher wichtig, damit nach der Ausbildung der Imame, sie in diesen Moscheegemeinden tätig sein können. Die Mitbestimmung von religiösen Institutionen bei der universitären Ausbildung ist nicht nur rechtlich geboten, sondern aus Akzeptanzgründen schlichtweg unerlässlich. Schließlich hat der Steuerzahler nichts davon, wenn wir Theologen und Imame ausbilden, die in den Moscheegemeinden keine Akzeptanz und Einstellung finden.

Natürlich befinden wir uns auf einem Experimentierfeld, und weitere Herausforderungen werden uns sicherlich im Laufe dieses Projektes begegnen, aber eines ist sicher: Wir dürfen keine Zeit verlieren und das Feld anderen überlassen. Denn nicht umsonst sind die kontraproduktiven Kräfte in manch einer muslimischen Gemeinde gegen eine Imamausbildung in Deutschland. Deshalb müssen wir uns umso mehr für dieses Projekt einsetzen.

Prof. Dr. Rauf Ceylan ist Religionswissenschaftler an der Universität Osnabrück und schult für die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei Imame. Er hat das Buch „Die Prediger des Islam“ veröffentlicht.

Mit drohendem Finger zum Takt angehalten

In Leipzig erinnert vieles an die Familie Bach – Das Wohnhaus des genialen Komponisten blieb allerdings nicht erhalten

Leipzig ist von Kopf bis Fuß auf (klassische) Musik eingestellt. Keine andere deutsche Stadt kann so viele bedeutende Komponisten vorweisen wie die Sachsenmetropole an Pleiße und Weißer Elster.

Wer der fünf Kilometer langen Notenspur folgt, wird an das Leben der Musiker, die in Leipzig geboren, studiert, komponiert, gastiert oder gelehrt haben, auf vielfältige Weise erinnert. Etwa an Felix Mendelssohn-Bartholdy, Robert Schumann, Albert Lorzing, Max Reger, Richard Wagner, Edward Grieg, Gustav Mahler, Georg Philipp Telemann und selbstverständlich an den Meister der Barockmusik Johann Sebastian Bach, der das musikalische Leben der Stadt 27 Jahre lang geprägt hat.

Das Arbeitspensum des Thomaskantors war immens

Als Bach 1723 nach Leipzig kam, zog er in eine pulsierende Großstadt. Das Thomaskantorat war eines der führenden in Deutschland und die Thomasschule eine der begehrtesten Ausbildungsstätten für Musiker. Das Leben des Thomaskantors war von zahlreichen Pflichten geprägt, sein Arbeitspensum immens. Bach komponierte, leitete die Chorproben und die Aufführungen in den Kirchen, erteilte Instrumentalunterricht, begleitete die Chorsänger bei Beerdigungen oder Hochzeiten, bestellte die Musiker und bereitete Texthefte zu den Kantatenaufführungen vor. Einmal monatlich übernahm er für eine Woche die Aufsicht im Internat. Nebenbei unterhielt er einen kleine Buch- und Musikalienhandel, verlieh Musikinstrumente und achtete auf ihre Instandhaltung. In welchem Umfang Bach eigene Kompositionen aufführte, lag in seinem Ermessen. Mit dem Amt des Thomaskantors übernahm Bach auch Verpflichtungen an der Universitätskirche St. Pauli. Die Leipziger Universität war seit ihrer Gründung 1409 im Thomasstift eng mit der akademisch höchst profilierten Thomasschule verbunden. Zu seinen Aufgaben an der Universitätskirche übernahm Bach auch Auftragskompositionen, beispielsweise Glückwunsch- und Trauermusiken. Studenten unterstützten regelmäßig seine musikalischen Aufführungen. Und mit seinem Gutachten für Absolventen der Thomasschule nahm Bach außerdem Einfluss auf die begehrten Freiplätze an der Universität.

44 Originalstimmensätze des Choralkantaten-Jahrgangs von 1724/1725 haben sich in Leipzig erhalten. Sie sind der wertvollste Handschriftenbestand, der im Bach-Archiv aufbewahrt wird und eingesehen werden kann. Sobald Bach die Partitur fertiggestellt hatte, schufen Kopisten, Familienmitglieder, manchmal auch der Meister selbst das Aufführungsmaterial für Chor und Orchester. Anschließend wurde das neu komponierte Werk eingeübt und aufgeführt. Der ehemalige Rektor der Thomasschule Johann Matthias Gesner war über Bach voll des Lobes: „...Wenn du ihn sähest, wie er auf alle zugleich achtet und von 30 oder sogar 40 Musizierenden diesen durch ein Kopfnicken, den nächsten durch Aufstampfen mit dem Fuß, den dritten mit drohendem Finger zu Rhythmus und Takt anhält, dem einen in hoher, dem anderen in tiefer, dem dritten in mittlerer Lage den Ton angibt; wie er ganz allein mitten im lautesten Spiel der Musiker, obwohl er selbst den schwierigsten Part hat, den Überblick behält und sofort merkt, wenn irgendetwas nicht stimmt; wie er alle zusammenhält und überall abhilft und wenn es irgendwo schwankt, die Sicherheit wieder herstellt; wie er den Takt in allen Gliedern fühlt, die Harmonien alle mit scharfem Ohr prüft, allein alle Stimmen mit der eigenen begrenzten Kehle hervorbringt...“, notierte Gesner 1738 bewundernd. Die Ausdruckskraft der Bachschen Musik wird wesentlich bestimmt durch die Klangfarben, den Charakter und die Symbolik des barocken „Theatrum instrumentorum“. Bach interessierte sich lebhaft für die Funktionsweise von Instrumenten, für Akustik und die Probleme der Instrumenten-Stimmung. Er nutzte die vielfältigen Möglichkeiten der klanglichen Kontraste und Kombinationen und verwendete neu entwickelte Musikinstrumente wie die Oboe d'amore, die Oboe da caccia oder Bassono grosso bald in seinen Kompositionen. Mit dem bedeutendsten sächsischen Orgelbauer der Barockzeit, Gottfried Silbermann, dem Blasinstrumentenmacher Johann Heinrich Eichentopf oder dem Geigenbauer Johann Christian Hoffmann, arbeitete er fruchtbar zusammen. Niemand konnte Dispositionen zu neuen Orgeln besser angeben und beurteilen als Bach, behauptete 1754 sein Sohn Carl Philipp Emanuel, der am Hofe Friedrich des Großen als Komponist und Musiker tätig war. Dass es im Bachschen Haushalt zuging wie in einem Taubenschlag, lässt sich gut nachvollziehen. Außer den Eltern und zahlreichen Kindern lebten dort Verwandte und Privatschüler, auch Gäste gingen ein und aus. Dokumente, die vom Privatleben der Familie Bach berichten, sind kaum bekannt. Angesichts der spärlichen Quellenlage ist es ein Glücksfall, dass sich rund 250 Briefentwürfe von Johann Elias Bach erhalten haben. Der Neffe Johann Sebastians war von 1737 bis 1742 Sekretär und Hauslehrer im Bachschen Haushalt. Einige Briefentwürfe erlauben Einblick in das Alltagsleben der Familie. Sie berichten von Vorlieben einzelner Familienmitglieder, etwa dass Bach gutem Hefebrandwein zugeneigt war oder dass seine Ehefrau Anna Magdalena „eine große Liebhaberin von der Gärtnerey“ gewesen sei. Neben wenigen privaten Briefen liefern Musikalien, Widmungen, amtliche Dokumente oder postum verfasste Würdigungen Anhaltspunkte zum Familienleben.



Beeindruckend: Denkmal für Johann Sebastian Bach vor der Thomaskirche Bild: Diekmann

Private Briefe geben Einblicke in das Alltagsleben

Das Wohnhaus der Familie Bach ist nicht erhalten. Die Familie lebte in der Thomasschule, die bis zu ihrem Abriss 1902 direkt gegenüber der Thomaskirche stand. Thomaskirche und Bosehaus (Bach-Museum) sind die einzig erhaltenen historischen Bach-Stätten am Thomaskirchhof.

Im heutigen Bach-Museum wohnte damals die Kaufmannsfamilie Bose. Mit Wilhelm Friedemann, Carl Philipp Emanuel, Johann Christoph Friedrich und Johann Christian wurden insbesondere vier Söhne Bachs bedeutende Musiker und Komponisten. Interessant ist auch Bachs Enkel, der Zeichner und Landschaftsmaler Johann-Sebastian der Jüngere; Werke von ihm sind ebenfalls Bestandteil der Sammlung.

Renato Diekmann

Menzel als Vorbild

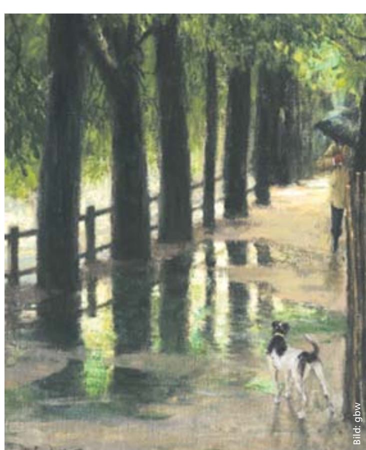
Berliner Galerie zeigt Werke von Franz Skarbina und seinem Umfeld

Im Mittelpunkt einer Ausstellung der Berliner Galerie Barthelmess & Wischnewski steht der Maler Franz Skarbina. Neben Werken des Impressionisten sind Gemälde und Graphiken von so unterschiedlichen Künstlern und Künstlerinnen wie Elisabeth Büchsel und Heinrich Zille zu sehen.

Franz Skarbina war einer der wenigen Berliner Künstler der vorigen Jahrhundertwende, der auch einmal über seinen Tellerrand hinausgeblickt hatte. 1849 als Sohn eines aus Agram (heute Zagreb) eingewanderten Goldschmieds in Berlin geboren, war er in Paris fast ebenso zuhause wie in seiner Heimatstadt Berlin. Nach dem Studium bei Julius Antonio Schrader an der Berliner Akademie hatte er schon als ganz junger Künstler Italien bereist.

Sein bewundertes Vorbild wird jedoch Adolph von Menzel, der sicherlich nicht unmaßgeblich daran beteiligt gewesen war, dass Skarbina schließlich die moderne französische Malerei in Paris kennenlernen wollte, als kaum irgendjemand in Berlin das Wort Impressionismus überhaupt gehört hatte.

Wie seine Freunde und Malerkollegen Max Liebermann und Walter Leistikow versuchte auch Skarbina die offizielle, in Berlin geförderte Kunst mit modernen Tendenzen zu vereinbaren. 1888 zum Professor der Akademie der Künste ernannt, wurde er wegen seiner Liberalität und Toleranz schon bald zu einem bei den Studenten überaus geschätzten Lehrer. Dennoch wagte er es zusammen mit Liebermann, Leistikow, Hans Hermann und sieben weiteren Kollegen im Jahr 1892, die unabhängige und sich offen zur Moderne bekennende Gruppe der „XI“ zu gründen und nun eigene Gruppenausstellungen auch außerhalb des offiziellen, mit der Akademie verbundenen Berliner Kunstbetriebs durchzuführen. Die private Galerie Schulte sollte hierbei auf Jahre hinaus eine Vorreiterrolle übernehmen.



Franz Skarbina: Berliner Regenwetter (Öl, 1899) Bild: gbw

Natürlich wurden Skarbinas Aktivitäten äußerst misstrauisch verfolgt, da Anton von Werner – der dem Kaiser auch persönlich nahestehende Direktor der Akademie – gegenüber den allgemein um sich greifenden Neuerungen weniger aufgeschlossen war. Zum Eklat kam es 1893, als Anton von Werner gegen den Protest einer großen Zahl von Künstlern – darunter auch Franz Skarbina – eine Ausstellung des norwegischen Malers Edvard Munch wegen „mangelnder künstlerischer Qualität“ kurzerhand schließen ließ.

Aus Protest traten schließlich Skarbina und zwei weitere Kollegen aus der Akademie aus. Es war dies das Fanal, das ankündigte, dass sich in Berlin eine eigene moderne Bewegung zu etablieren begann. Dennoch dauerte es noch weitere sechs Jahre, bis sich schließlich 1899 die Berliner Secession formierte, an deren Gründung Skarbina abermals maßgeblich beteiligt war. Nachdem Skarbina seine gut dotierte Anstellung als Professor an der Akademie aufgegeben hatte, unterrichtete er an der Malschule des Vereins Berliner Künstlerinnen, einer der ersten Malschulen für Frauen in Deutschland, da diesen ja noch bis in die 1920er Jahre hinein der ungehinderte Besuch einer Kunstakademie verwehrt war.

Auch dort wies er seine Schülerinnen, darunter Käthe Kollwitz, Paula Modersohn-Becker oder auch Elisabeth Büchsel, immer wieder darauf hin, dass sie Paris besuchen sollten, um die moderne Malerei kennenzulernen.

Sich selbst nicht als Revolutionär einschätzend, vor allem aber aus der Erkenntnis, die Entwicklung der Kunst vor allem als Lehrer mitbestimmen zu können, söhnte sich Skarbina 1904 mit dem offiziellen Kunstbetrieb aus und nahm seine Lehrtätigkeit an der Akademie wieder auf. 1909 wurde er anlässlich seines 60. Geburtstages mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt. Völlig überraschend starb er am 18. Mai 1910 an einem Nierenversagen.

gbw

Die Ausstellung „Berlin – Skarbina – Paris“ in der Galerie Barthelmess & Wischnewski, Giesebrechtstraße 10, Berlin, ist bis zum 13. November montags bis freitags von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 bis 18.30 Uhr, sonnabends von 11 bis 15 Uhr geöffnet.

Inferno

Brandschutz für Museen und Archive

Die Bilder erschütterten die literatur- und kulturbegeisterte Welt. Flammen schlugen aus dem Gebäude der wohl berühmtesten Bibliothek Deutschlands, der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar, die zum Unesco-Weltkulturerbe gehört. Bei dem Brand 2004 entstanden an Bau und Büchern unermessliche Schäden durch Feuer und Löschwasser. Ein technischer Defekt, dessen Ursache bis heute nicht geklärt werden konnte, führte zu dem Feuer, das 50 000 Bände vernichtete. Inzwischen sind die größten Schäden am Gebäude für 12,8 Millionen Euro behoben worden, so dass die Bibliothek der Öffentlichkeit wieder zugänglich ist. Eine Bronzetafel erinnert seit kurzem an den verheerenden Brand und an die Helfer beim Wiederaufbau wie die deutsche Stiftung Denkmalschutz. Von einem flammenden Inferno wissen auch die Ostpreußen ein Lied zu singen. Ihr Samland-Museum in einem denkmalgeschützten Pinneberger Bürgerhaus aus dem Jahr 1770 wurde 2009 ein Opfer der Flammen. Brandursache war die nicht fachgerechte Vernichtung von Unkraut mit einem Flammenwerfer. Hierbei wurden Exponate von hohem ideellen Wert vernichtet. Die meisten dieser Brände hätten durch ein optimales Brandschutzkonzept verhindert werden können. Nicht zuletzt gilt es, Brandschutz mit hohen ästhetischen Ansprüchen zu verbinden. Im Internationalen Maritimen Museum Hamburg wurden etwa 10 000 Quadratmeter Holz verarbeitet. Dieses feuerempfindliche Material wurde mit wasserbasierter Brandschutz-Dispersion beschichtet, die bei Feuer einen wärmedämmenden Schaumschutz entwickelt und die Holzoberflächen schwer entflammbar macht. Im Neuen Museum Berlin, das unter anderem eine wertvolle Papyrussammlung beherbergt, wurden wasser- und frostresistente Brandschutzplatten in den Lüftungskanälen eingebaut. – Brandschutz rettet nicht nur Leben, sondern auch kulturelle Identität.

os



Weimar: Brennende Bibliothek Bild: Maik Schuck

Bezwinger Napoleons

August Neidhardt von Gneisenau zählt mit Gerhard von Scharnhorst, dessen Nachfolge er nach dessen Tod in der Blücher-Armee antrat, zu den bedeutendsten Militärreformern Preußens. Untrennbar ist sein Wirken mit Napoleon verbunden, dessen Bezwinger er schließlich wurde.

Das Leben des am 27. Oktober 1760 in Schildau Geborenen ist abenteuerlich, aber unspektakulär. Der gebürtige Sachse ergriff den Beruf seines Vaters und erreichte 1786 sein Ziel, in die seinerzeit ruhmreichste Armee aufgenommen zu werden.

Nach dem Ausbruch des Vierten Koalitionskrieges 1806 nahm Gneisenau unter Prinz Louis Ferdinand am Gefecht bei Saalfeld und unter Ernst von Rüchel an der Schlacht von Jena teil. Von Rüchel protegiert, übernahm er 1807 die Verteidigung der Festung Kolberg. Während Preußens Generalität noch in den Kategorien des Kabinettskrieges dachte, bediente sich Gneisenau mit Hilfe des Bürgerrepräsentanten Joachim Nettelbeck bereits in Ansätzen der Methoden des modernen Volkskrieges. Und er war damit erfolgreich. Während andere preußische Festungen kampflos übergeben wurden, konnte Kolberg bis zum preußisch-französischen Waffenstillstand gehalten werden.

Zu Preußens Glück wurde Gneisenaus Erfolg mit seinen neuen Methoden anerkannt und er in die für die preußische Heeresreform entscheidenden Gremien berufen. Die Militär-Reorganisationskommission gehörte dazu ebenso wie die Kommission zur Untersuchung der Ereignisse während des Feldzugs 1806/07 und die Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Exerzierreglements. Hier setzte sich Gneisenau nach französischem Vorbild für die Levée en masse, die Volkserhebung ein. Dazu gehörten asymmetrische Kriegsführung, gefechtsnahe Ausbildung, Totalisierung des Krieges, Leistungsprinzip, Abschaffung der Prügelstrafe und – auch im wörtlichen Sinne – das Abschneiden alter Zöpfe.


Gneisenau

Außer als Militärreformer schrieb Gneisenau auch als Bezwinger Napoleons Geschichte. Nach dem Tode Scharnhorsts 1813 führte er den Generalstab Gebhard Leberecht von Blüchers. Als sich nach Bonapartes Rückkehr von Elba in der Schlacht von Ligny dessen Sieg abzeichnete, fasste Gneisenau in Vertretung Blüchers die folgenschwere Entscheidung, sich Richtung Norden zurückzuziehen. So waren die Preußen am Platze, als Arthur Wellesley, 1. Duke of Wellington, in der Schlacht bei Belle-Alliance sprach: „Ich wollte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen.“ Die Preußen entschieden durch ihr rechtzeitiges Eingreifen nicht nur diese Schlacht, sondern besiegelten auch das Schicksal des ersten Kaisers der Franzosen. Denn während Wellingtons Truppen sich von den Schlachtstrapazen erholten, setzten Gneisenaus vergleichsweise frische Truppen den französischen nach und rieben sie auf.

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Gerade wegen seiner fortschrittlichen Ideen, die zur Befreiung Deutschlands beigetragen hatten, wurde Gneisenau im anschließenden Zeitalter der Restauration und Reaktion kaltgestellt. Zwar hoch geehrt, aber nicht mehr entsprechend seinen Fähigkeiten eingesetzt, starb er am 23. August 1831 an einer Krankheit, von der er wenige Monate vorher noch gemeint hatte: „Ich meinerseits halte die Cholera weder für so ansteckend noch für so gefährlich.“ *M.R.*

»Aber er ist doch ein Hugenotte!«

Der Große Kurfürst reagierte auf das Edikt von Fontainebleau mit seinem Toleranzedikt von Potsdam

Am 29. Oktober 1685 nach dem Julianischen Kalender erging das kurbrandenburgische Edikt „Betreffend Diejenigen Rechte/Privilegia und andere Wolthaten/welche Se. Churf. Durchl. zu Brandenburg denen Evangelisch-Reformirten Frantzösischer Nation so sich in Ihren Landen niederlassen werden daselbst zu verstatten gnädigst entschlossen seyn“. Berühmt wurde dieser Erlass als Edikt von Potsdam.

Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg (1620–1688), besser bekannt als der Große Kurfürst, hatte damit schnell reagiert. Nur drei Wochen war es her, dass der französische König Ludwig XIV. (1638–1715), der Sonnenkönig, das nach blutigen Kämpfen 1598 erlassene Toleranzedikt von Nantes mit dem Edikt von Fontainebleau aufgehoben hatte. Ab 1598 waren die französischen Hugenotten, die Anhänger der Lehre des Reformators Johannes Calvin, für ein knappes Jahrhundert den Katholiken gleichgestellt gewesen. Nun hatten sie wieder Repressalien zu erleiden, Ludwig XIV. hatte verfügt, ihre Kirchen dem Erdboden gleichzumachen, der Übertritt zur katholischen Konfession sollte erzwungen werden.

Zehntausende Hugenotten flohen, etwa 20000 davon nach Brandenburg-Preußen. Angelockt wurden sie vom Edikt von Potsdam, das ihnen in 14 Paragraphen zahlreiche Privilegien und finanzielle Unterstützung garantierte. Sicher war es ein Motiv für den Großen Kurfürsten, seinen in Bedrängnis geratenen calvinistischen Glaubensbrüdern helfend zur Seite zu stehen. Weit mehr aber waren Friedrich Wilhelm, dessen Land noch immer unter den Bevölkerungsverlusten des Dreißigjährigen Krieges zu leiden hatte, die qualifizierten und strebsamen Hugenotten zur Belebung der Wirtschaft, zur Verstärkung des Militärs sowie als Wissenschaftler und Künstler willkommen.

Die vielfältigen großzügigen Zugeständnisse – neben Anschubfinanzierungen zur Existenzgründung und Steuervergünstigungen übernahm der Staat die Bezahlung der Hugenottenprediger – zahlten sich aus. An die 50 Berufe, die infolge des Dreißigjährigen Krieges in Brandenburg nicht mehr ausgeübt wurden oder bislang ganz unbekannt waren, kamen durch die Einwanderer ins Land. Dazu zählten Strumpfwirker, Färber, Hut-, Perücken- und Handschuhmacher, ebenso wie Messer-, Scheren-, Silber- und Goldschmiede, Zinngießer, Papier- und Tapetenhersteller. Im 17. Jahrhundert entwickelten sich Textilmanufakturen im Bereich des Textilgewerbes unter maßgeblicher Beteiligung der Hugenotten. Das noch heute bestehende, 1689 gegründete Französische Gymnasium, war ihre wichtigste Bildungseinrichtung – wobei sich die Schülerschaft von Anfang an keineswegs nur aus den französischen Glaubensflüchtlingen zusammensetzte.

Die Idee der Kadettenkompanie, die junge Adelige theoretisch und praktisch auf den Militärdienst vorbereitete, war eine französische Einrichtung, die die Hugenotten aus ihrer Heimat mitbrachten und die die brandenburgische Armee übernahm. Ein Jahrhundert nach dem Erlass des Edikts von Potsdam stellten Hugenotten 15 Prozent der preußischen Offiziere.


„Hugenotten auf dem Weg in die Mark Brandenburg“: Holzstich, um 1860 Bild: pa

Dem Kurfürsten gelang es, die geglückte Integration auch nach außen stark zu seinen Gunsten darzustellen. Das Edikt von Potsdam gilt bis heute als Zeichen von Toleranz und politischer Weitsicht. Dem Beifall der protestantischen Fürsten konnte er sich sicher sein.

Noch heute sind es nicht nur Bauwerke, etwa der Französische Dom am Berliner Gendarmenmarkt, die das Bewusstsein um die Geschichte der französischen Einwanderer wachhalten, sondern auch Namen wie beispielsweise der des Schriftstellers Theodor Fontane. Er stammt aus einer hugenottischen Familie und legte im Übrigen großen Wert darauf, dass man Fontane französisch aussprach. Um den Bezug bis in die unmittelbare Gegenwart zu illustrieren, sei die Familie de Maizière genannt. Ulrich de Maizière war Generalinspekteur der Bundeswehr und gilt als einer der Väter der Inneren Führung, Lothar de Maizière war einziger frei gewählter und letzter Ministerpräsident der DDR und Thomas de Maizière ist gegenwärtig Bundesminister des Inneren.

In der eigenen Geschichtsschreibung betrachteten sich die Hugenotten gern als maßgebliche Mitbegründer des preußischen Staates. Das ist sicher überzogen, aber wichtige positive Impulse verdankt ihnen die Entwicklung Brandenburg-Preußens auf jeden Fall.

Dass sie sich eines untadeligen Rufs erfreuten, zeigt folgende Begebenheit. Pierre Fromery, der seit 1685 in Berlin ansässig war, sollte zwecks Umarbeitung Schmuck aus dem kurfürstlichen Besitz übergeben werden. Auf die Frage Friedrich Wilhelms an seine Gemahlin, ob man einem Fremden diese Wertgegenstände einfach so anvertrauen dürfe, soll die Kurfürstin ausgerufen haben: „Aber er ist doch ein Hugenotte!“

Erik Lommatzsch

Der »Vater« der Weimarer Reichsverfassung

Hugo Preuß setzte der Parteienmacht Grenzen und machte den Präsidenten zum »Ersatzkaiser«

Während man gemeinhin von den (Müttern und) Vätern des Grundgesetzes spricht, ist nur von einem Vater der Weimarer Verfassung die Rede. Und der heißt Hugo Preuß. Nach der erfolgreich verlaufenen Novemberrevolution erwog der Rat der Volksbeauftragten den wohl bedeutendsten deutschen Soziologen der damaligen Zeit, Max Weber, und eben Hugo Preuß mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine neue, republikanische und demokratische Verfassung zu beauftragen. Weber disqualifizierte sich jedoch in den Augen der Revolutionäre durch die Ablehnung ihres Produktes, der Revolution. Vergleichbare Reserven sind hinsichtlich Preuß nicht bekannt. Vielmehr rief der Kaufmannssohn im „Berliner Tageblatt“ vom 14. November 1918 seinen Stand, das Bürgertum, auf, sich „auf den Boden der vollzogenen Tatsachen“ zu stellen und am Aufbau der Republik mitzuwirken. Am darauffolgenden Tag wurde er vom Rat der Volksbeauftragten mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes und vom Reichskanzler Friedrich Ebert mit der Leitung des Reichsamts des Innern beauftragt.

Preuß galt zwar nicht wie Weber als herausragende Koryphäe seines Faches, aber als ausgewiesener Fachmann in Fragen des Verfassungsrechts mit linksliberaler Gesinnung und guten Kontakten zur SPD und damit als geeignet. Der vor 150 Jahren, am 28. Oktober 1860, zur Welt gekommene gebürtige Berliner hatte nach einem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften promoviert und sich in Staatsrecht mit einer Arbeit über „Gemeinde, Staat, Reich als Gebietskörperschaften“ habilitiert. Nach mehr als einem halben Jahrzehnten als Privatdozent an der Friedrich-Wilhelms-Universität erhielt er 1906 endlich eine ordentliche Professur an der neuen, von der Berliner Kaufmannschaft geschaffenen Berliner Handelshochschule, deren Rektor er 1918 wurde.

Habilitierter Staatsrechtler

Dass Preuß derart lange auf eine Festanstellung warten musste, wird außer mit seiner Weigerung, vom Juden- zum Christentum zu konvertieren, mit seinem politischen Engagement erklärt. 1895, also sechs Jahre nach seiner Habilitation, zog er für die Freisinnigen in die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Gar mit Unterstützung der SPD wurde der Linksliberale 1910 unbesoldetes Mitglied des Berliner Magistrats. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges setzte er sich vehement dafür ein, den „Obrigkeitsstaat“, wie er ihn nannte, in einen „Volksstaat“ umzuwandeln. Nach der Novemberrevolution gründete Preuß dann mit anderen Linksliberalen die Deutsche Demokratische Partei (DDP).


Hugo Preuß

Bild: Deutsches Historisches Museum

Der „Vater“ der Weimarer Reichsverfassung konnte sich bei der Gestaltung seines „Kindes“ nicht in allen Punkten durchsetzen. So scheiterten beispielsweise seine Vorstellungen von einer Neugliederung der Länder und einer weitergehenden Zentralisierung des Reiches an den Landesregierungen. Das im heutigen Parteienstaat so gerne an Weimar kritisierte Austarieren der Macht zwischen dem von den Parteien beschickten Parlament und dem Präsidenten geht hingegen auf Preuß' am 3. Februar 1919 vorgelegten Verfassungsentwurf zurück. Wie ein Großteil der heutigen Bundesbürger stand nämlich auch Preuß den Parteien skeptisch gegenüber – wenn auch aus etwas anderen Gründen. Da die parlamentarische Demokratie in Deutschland keine große Tradition hatte und die Regierungen dort deshalb traditionell nicht vom Parlament, sondern – gegebenenfalls auch gegen dessen Willen – vom Monarchen bestimmt worden waren, hatte Preuß Zweifel daran, dass der Reichstag vertrauensvoll und konstruktiv mit der Reichsregierung würde zusammenarbeiten können. Im Konfliktfall sollte der durch direkte Volkswahl legitimierte Reichspräsident entscheiden, indem er entweder durch Nichtstun sich auf die Seite des Parlaments schlägt und damit die Regierung zum Sturz bringt oder aber die Regierung mit Hilfe der Artikel 25 und 48 stützt. Preuß war es möglich, den Reichspräsidenten auf diese Weise zum sogenannten „Ersatzkaiser“ zu machen, weil seine Furcht vor dem sogenannten „Parlamentsabsolutismus“ in der verfassunggebenden Nationalversammlung geteilt wurde.

Linksliberaler mit SPD-Unterstützung

Als am 31. Juli 1919 die Nationalversammlung die Weimarer Verfassung annahm, war Preuß schon nicht mehr Leiter des Innenressorts in der Reichsregierung. Am 20. Juni 1919 war das Kabinett Scheidemann aus Protest gegen das Diktat von Versailles zurückgetreten. Philipp Scheidemanns Nachfolger Gustav Bauer diente der vormalige Leiter des Innenressorts „nur“ noch als Reichskommissar für Verfassungsfragen. Preuß zog sich in die preußische Legislative zurück, in der er bis zu seinem Tode als Abgeordneter mitarbeitete. Seine weitere Arbeit als Wissenschaftler kreiste in den wenigen ihm noch verbleibenden Jahren im weitesten Sinne um sein Verfassungswerk. Am 9. Oktober 1925 starb Hugo Preuß in seiner Geburtsstadt Berlin.

Manuel Ruoff

Nur die Wahrheit ermöglicht Versöhnung

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Charta der Heimatvertriebenen und dem Stuttgarter Schuldbekenntnis

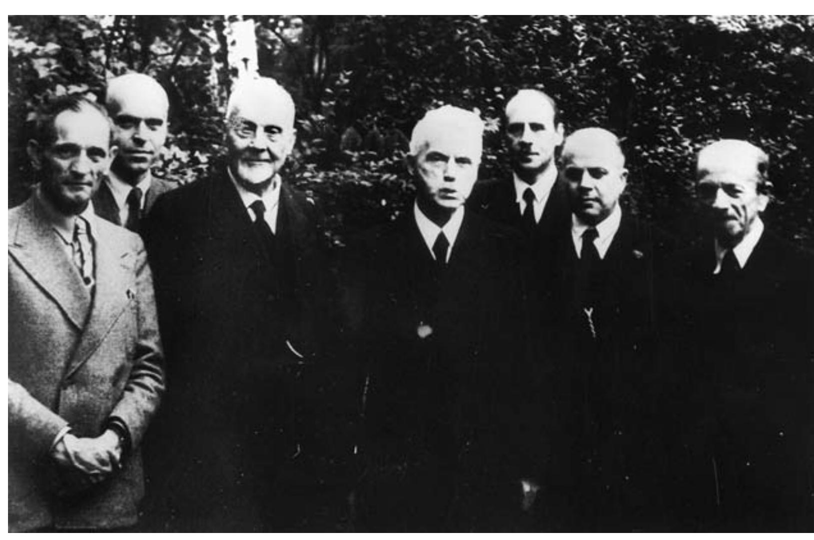
Die vergangenen Monate brachten zwei Jubiläen historischer Ereignisse, die einer näheren Betrachtung wert sind: Die Charta der Heimatvertriebenen und die Schulderklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Am 5. August 1950 wurde in Stuttgart die Charta der Heimatvertriebenen verkündet. Bei der Gedenkfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum 60. Jahrestag dieses Ereignisses bezeichnete Bundestagspräsident Norbert Lammert diese Charta als „Gründungsdokument der Bundesrepublik und Voraussetzung für ihre Erfolgsgeschichte“. Die meisten Medien übernahmen diese Einschätzung und sprachen von einem wahren deutschen Wunder. In der Tat war diese Charta eine Absage an eine Radikalisierung der überwiegend noch in erbärmlichen Verhältnissen lebenden vertriebenen Deutschen, sie enthielt den Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie die Bereitschaft, durch harte Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas mitzuwirken. Das Recht auf Heimat erhoffte man im Rahmen eines freien und gerechten Europas.

Aber es gab auch Stimmen, die dieser Einschätzung widersprachen. So rügte ein Leserbriefschreiber in der „FAZ“ das Fehlen des Wortes „Versöhnung“ und hält die Stuttgarter Erklärung des EKD-Rates vom 18./19. Oktober 1945 für vorbildlich. Diese Ansicht ist symptomatisch und übersieht, dass das Wort „Versöhnung“ auch in der Erklärung des Rates der EKD nicht vorkommt. Beiden Erklärungen gemeinsam ist aber die Absage an Gewalt und Vergeltung sowie der Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker, was doch der Kern einer jeden Versöhnung ist. Die beiden Dokumente unterscheiden sich dadurch, dass in der Charta die in der Erklärung der EKD enthaltene faktische Kollektivschulderklärung fehlt.

Die Schulderklärung der EKD hatte große Folgewirkung und jährte sich in diesen Tagen zum 65. Mal. Sie sollte, wie von Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) gewünscht, die Wiederaufnahme der EKD in die ökumenische Gemeinschaft erleichtern und lief auf die Übernahme der These der Siegermächte von der deutschen Kollektivschuld und ihrer eigenen kollektiven Unschuld, also einer deutschen Alleinschuld, hinaus. Eine derartige Kollektivschuld war aber 1945 so fragwürdig wie heute.

Alsbald nach der Erklärung der EKD hat Karl Jaspers 1946 in „Die Schuldfrage – Von der politischen Haftung Deutschlands“ und noch deutlicher in dem „Nachwort 1962“ dazu (Piper, München 1996) eine differenzierende Untersuchung zu den unterschiedlichen Schuldbegriffen vorgelegt und ist ausführlich auf die historischen Zusammenhänge und die Mitschuld der Sieger eingegangen. Jaspers warnt, es dürfe nicht das religiöse Bekenntnis der Erbsünde „zum Kleide eines falschen kollektiven deutschen Schuldbekenntnisses werden, so dass in unredlicher Unklarheit das eine für das andere steht“. Erinnernswert ist folgende Aussage Jaspers': „Mancher lässt sich verführen durch sein augenblickliches Daseinsinteresse. Es erscheint ihm vorteilhaft, die Schuld zu bekennen. Der Entrüstung der Welt über das moralisch verworfene Deutschland entspricht seine Bereitwilligkeit zum Schuldbekenntnis. Dem Mächtigen begegnet man durch Schmeichelei. Man möchte sagen, was er zu hören wünscht. Dazu kommt die fatale Neigung, durch Schuldbekenntnis sich besser zu dünken als andere.“ Diese Feststellung ist unverändert aktuell.



Mitglieder der ersten Stunde des EKD-Rates: Martin Niemöller, Wilhelm Niesel, Theophil Wurm, Hans Meiser, Heinrich Held, Johannes Lilje und Otto Dibelius (von links) Bild: pa

Speziell mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis setzte sich vor allem Walter Bodenstein in dem Buch „Ist nur der Besiegte schuldig? Die EKD und das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945“ kritisch auseinander. Er wirft dem damaligen Generalsekretär des ÖRK Willem Adolf Visser 't Hooft, der während des Krieges alliierter Geheimdienstfunktionär war, vor, die Ökumene in den Dienst der Siegermächte gestellt und das Schuldbekenntnis abgenötigt zu haben. Die Situation des neu gegründeten Rates der EKD beim Empfang der Delegation des ÖRK am 18. Oktober 1945 in Stuttgart war äußerst schwierig: Die Not in Deutschland war ungeheuer, desgleichen der Wunsch nach einer Besserung, nicht zuletzt mit Hilfe anderer Kirchen, vor allem der amerikanischen. Hinzu kam der Zeitdruck. Martin Niemöller, der neben Hans Asmussen vor dem Empfang der Delegation ein vertrauliches Gespräch mit Visser 't Hooft geführt hatte, gelang die Einfügung des plakativen Satzes „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“ in den von Otto Dibelius verfassten Entwurf. Bodenstein verweist auf die mögliche und dann auch geschehene missbräuchliche politische Interpretation als Kollektivschuldübernahme, die theologische Dürftigkeit und die Mitschuld der Siegermächte. Papst Pius XII. und katholische deutsche Bischöfe haben den Vorwurf einer deutschen Kollektivschuld zurückgewiesen. Hätte der Rat der EKD als guter Hirte seiner Gläubigen diese nicht verteidigen sollen? Wichtig ist Bodensteins Hinweis, dass eine dauerhafte, echte Völkerverständigung – also eine Versöhnung – nur auf der Grundlage von Recht und Wahrheit möglich sei, weil geschichtliche Halbwahrheiten und Legenden nicht auf Dauer haltbar seien.

Schuldkult und historische Wahrheit

Eine wahrhafte Versöhnung der Völker ist in der Tat nur auf der Grundlage der historischen „Tatsachenwahrheit“ im Sinne von Hannah Arendt und im Rahmen des vollen historischen Kontextes möglich. Andernfalls besteht die Gefahr des Missbrauches des Begriffes Versöhnung.

Der Tag der Heimat 2010 stand unter dem Motto: „Durch Wahrheit zum Miteinander“. Papst Benedikt XVI. übermittelte eine Grußbotschaft an den BdV, in der er betont, dass ein Zusammenleben der Menschen nur auf der Grundlage der Wahrheit gelingen kann. Schon in der Bibel, Joh. 8,32, steht, dass die Wahrheit befreit. In keiner Grußbotschaft wurde die Richtigkeit des Mottos bezweifelt, aber gelegentlich wurde eine einseitige, „politisch korrekte“ Sicht der Geschichte eingeflochten, bei der ein Großteil der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ausgeblendet wurde und nach der nur Deutschland allein den Krieg verursacht habe. Die Beiträge anderer zum Krieg zu erwähnen, beispielsweise den Pakt der stalinistischen UdSSR mit Deutschland vom 23. August 1939, in dessen geheimem Zusatzprotokoll bereits die künftige Aufteilung Polens vorgesehen war, oder auf polnische Beiträge zu verweisen, wird ohne Rücksicht auf die Tatsachenwahrheit als Überschreiten einer „roten Linie“ verurteilt und tabuisiert. Aber eine Versöhnung setzt Wahrheit, die ganze Wahrheit, voraus.

Die deutschen Vertriebenen haben sich mit dem Verlust ihrer Heimat abgefunden und wollen keine neue Vertreibung. Sie praktizieren längst vor allem auf örtlicher Ebene menschliche Versöhnung. Aber sie erwarten mit Recht, dass ihre Vertreibung von den Vertreiberstaaten als Unrecht anerkannt wird und die deutsche Regierung diesen Standpunkt unterstützt. Das Wort polnischer Bischöfe von 1965: „Wir bitten um Verzeihung und gewähren Verzeihung“, könnte Grundlage einer echten Versöhnung sein. Es war seinerzeit in Polen umstritten und wartet noch immer auf politische Umsetzung. Manche wollen in der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung nur eine selektive Darstellung der Vorgeschichte.

Die halbe Wahrheit ist aber eine halbe Lüge. Versöhnung setzt Wahrheit, Wahrhaftigkeit, voraus. Wer wirkliche, nachhaltige Versöhnung will, muss die ganze Wahrheit wollen, innerdeutsch und gegenüber dem Ausland. Deutsche Politiker irren, wenn sie meinen, mit Nationalmasochismus die Freundschaft von patriotisch empfindenden Nachbarvölkern gewinnen zu können. Man schätzt nur ihre Unterwürfigkeit, die übrigens auch schwerlich mit dem Amtseid nach Artikel 56 und 64 des Grundgesetzes vereinbar sein dürfte. Nur die volle historische Wahrheit befreit und ermöglicht wahre Versöhnung. *Herwig Praxl*

Wie »Clown« und »Feldwebel« einander hassen lernten

Georg II. wurde von seinem Cousin Friedrich Wilhelm I. verprügelt – Dafür heiratete der Engländer die Frau, die der Preuße liebte

Den Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) verbanden eine tief empfundene Antipathie und – mit Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg (1630–1714) – eine gemeinsame Großmutter mit dem britischen König und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg Georg II. Des öfteren soll der spätere Soldatenkönig seinen Cousin verprügelt haben. So wie Friedrich Wilhelm zwischen 1689 bis 1692 wurde auch Georg August am hannoverschen Hof von seiner Großmutter erzogen.

Die Ursache hierfür war die Untreue seiner Mutter, der britischen Königin ab 1714 Prinzessin Sophie Dorothea von Braunschweig-Lüneburg-Celle (1666–1726). Diese war eine mutige Frau, denn sie revanchierte sich für die zahlreichen Ehebrüche ihres Gatten Georg Ludwig (1660–1727) dadurch, dass sie sich auch einen Liebhaber nahm, den Grafen Philipp Christoph von Königsmarck (1662–1694). Aber zur damaligen Zeit hatte sie als Frau keine Chance und wurde wegen ihrer Affäre im Jahre 1694 auf das südöstlich von Verden an der Aller gelegene Schloss Ahlden verbannt. Cineasten wird die Geschichte aus dem 1948 gedrehten Spielfilm „Königsliebe“ („Saraband for Dead Lovers“) bekannt vorkommen, in dem Stewart Granger und Joan Greenwood das historische Liebespaar Königsmarck und Sophia Dorothea verkörpern.

Die Frau, die als Prinzessin von Ahlden in die Geschichte einging, durfte ihren am 30. Oktober 1683 in Herrenhausen bei Hannover geborenen Sohn Georg August wie auch ihre Tochter Sophie Dorothea (1687–1757) nicht mehr sehen. Ihr Mann gab ihre gemeinsamen Kinder zur weiteren Erziehung zu seiner Mutter Sophie, besagter Großmutter Friedrich Wilhelms I.

Friedrich der Große war Verbündeter und Kritiker seines Onkels

Sophie Dorothea heiratete später ihren brandenburgisch-preußischen Cousin Friedrich Wilhelm. Es war eine Vernunftehe. Verliebt hatte sich der Preußenprinz in Caroline von Brandenburg-Ansbach (1683–1737). Aber die heiratete 1705 Georg August, was der Antipathie zwischen den beiden Cousins zusätzliche Nahrung gab.

Georg August, der nach dem Tode seines Vaters britischer König und Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg und Friedrich Wilhelm, der 1713 König in Preußen und brandenburgischer Kurfürst geworden war, hassten einander so sehr, dass es 1731/1732 fast zu einer militärischen Konfrontation zwischen den beiden Kurfürstentümern gekommen wäre – wegen preußischer Werbungen in den hannoverschen Grenzgebieten. Aber nicht nur mit Friedrich Wilhelm zankte sich Georg herum, sondern auch mit seinem Vater und seinem ältesten Sohn.

Im Österreichischen Erbfolgekrieg (1740/1741–1748) focht Georg II., wie er sich nun nannte, an der Seite Maria Theresias (1717–1780) und besiegte die Franzosen in der Schlacht bei Dettingen (27. Juni 1743), an der er selbst teilnahm. Im Jahre 1744 gab es einen Konflikt mit seinem Neffen Friedrich den Großen (1712–1786) um Ostfriesland. Hier war dessen Herrscherhaus Cirksena am 26. März 1744 erloschen, und beide Kurfürsten erhoben Ansprüche. Aber Friedrich war nicht der Mann, der sich eine Provinz ohne weiteres wegnehmen ließ – und Georg nahm von weiteren Insurrektionen Abstand.

Georgs Engagement für sein Kurfürstentum machte auf die Briten keinen guten Eindruck. Insbesondere auch deswegen, weil man meinte, dass dadurch der Aufstand der katholischen Jakobiten in Schottland nicht hinreichend bekämpft werden könnte. Allerdings konnte Georgs dritter Sohn Wilhelm August (1721–1765) am 16. April 1746 die Aufständischen unter Bonnie Prince Charlie bei Culloden vernichtend schlagen, so dass die protestantische Religion in England ungefährdet blieb.



Im Jahr seiner Krönung: König Georg II. von Großbritannien Bild: National Portrait Gallery, London

Nachdem er die kriegerischen Auseinandersetzungen überstanden hatte, stiftete Georg 1750/1751 die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen und 1753 das Britische Museum in London. Georg II. zog sich dann allmählich aus der Politik zurück und überließ seinen Ministern die Hinwendung zur Festigung der weltumgreifenden kolonialen Herrschaft und die Verbindung zu Preußen, das in den Augen der Engländer zu ihrem Degen auf dem Festland gegen Frankreich wurde.

In seiner „Geschichte des Hauses Brandenburg“ hat Friedrich der Große den Zwist Georgs II. mit seinem Vater geschildert: Georg nannte Friedrich Wilhelm "le sergent" (Sergeant, Feldwebel) und sein Vater nannte Georg „le comédien“, was man wohl am besten mit Harlekin übersetzen sollte. Friedrich schloss sich in diesem Punkte dem Urteil seines Vaters an, denn er spottete über seinen Verbündeten im Siebenjährigen Krieg auch in einigen seiner Verse, die er aber nur seinen Freunden zu lesen gab. Georg II. starb am 25. Oktober 1760 in Kensington bei London. *Jürgen Ziechmann*

Herzen gewinnen

Zu: „Islamisierung durch die Hintertür“ (Nr. 41)

Herr Arslan, deutscher Türke oder türkischer Deutscher, Vorsitzender des türkischen Forums in Deutschland, reagierte sehr positiv auf die Ausführung unseres Bundespräsidenten über die Integration der Muslime in Deutschland. Er ging sogar noch einen großen Schritt weiter: Er forderte die Deutschen auf, die Herzen der Muslime zu gewinnen.

Er sollte aber die Muslime aufrufen, die Herzen der Deutschen zu gewinnen. Hier zeigt sich doch die Einstellung der Muslime. Als Gast gehe ich doch auch freundschaftlich auf meinen Gastgeber zu, um seine Freundschaft zu gewinnen.

Heinz Dobschinski, Pirna

»Endlösung« war Geheimsache

Zu: „Polemik ohne Beleg“ (Nr. 40)

Bezüglich des Meinungsstreits der Professoren Benz und Löw hinsichtlich des Verhaltens der deutschen Bevölkerung während der Judenverfolgung möchte ich darauf hinweisen, was Otto Meissner in seinem Buch „Staatssekretär unter Ebert – Hindenburg – Hitler“ dazu mitgeteilt hat: „Der Befehl zu diesen Morden, die Vorbereitung und die Ausführung standen unter schärfster Geheimhaltung und nur ein Kreis von etwa 100 fanatischen Nationalsozialisten war in den ruchlosen Plan eingeweiht. Die Durchführung lag in den Händen einer Spezialabteilung der Gestapo unter Leitung des SS-Standartenführers Adolf Eichmann ... Aber dennoch ist es ein Unrecht, das deutsche Volk als Ganzes mit der Mitschuld oder auch nur der Mitwisserschaft an diesen entsetzlichen Massenverbrechen seines Diktators zu belasten. Denn nur ein sehr kleiner Kreis um Hitler, Himmler und Heydrich wusste um diesen Plan der ‚Endlösung‘ der Judenfrage; allen anderen, auch den hohen Regierungsbeamten und den militärischen Führern, selbst den leitenden Parteifunktionären und Kommandeuren der Waffen-SS ist dieses Verbrechen erst nach dem Kriege zur Kenntnis gekommen.“

Damit darf wohl eindeutig der Standpunkt von Konrad Löw als bestätigt angesehen werden.

Dr. Karl Bernhard Wohlert, Dortmund

Verspäteter Sieg der 68er

Zu: „Schuss vor den Bug“ (Nr. 37)

Wenn man sich die Vorgänge um Herrn Sarrazin, Frau Steinbach, aber auch die Energiezukunft von Deutschland anschaut, dann muss gerade den aufgeklärten und geschichtsbewussten Menschen spätestens jetzt eines bewusst werden: In Deutschland haben sich offenbar gesellschaftliche Kräfte durchgesetzt, die unter dem Deckmantel einer vermeintlichen „Political Correctness“ ein öffentliches Meinungsreglement errichtet haben, das Menschen bewusst ausschließt, die frei denken und sich dabei unzweifelhaft auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung bewegen, teilweise sogar korrekt analysieren. Eine argumentative Auseinandersetzung findet nicht mehr statt. Vieles erscheint sogar für jüngere Zeitgenossen wie ein verspäteter Sieg der „68er“, mit einem gewaltigen Schönheitsfehler: Es ist nicht freiheitlich, sondern genau das Gegenteil davon. In gewisser Weise scheint selbst die Nachkriegszeit dagegen aus heutiger Sicht liberaler, auch wenn nicht in jeder Hinsicht.

Dies verhindert eine offene gesellschaftliche Analyse und die Lösung wesentlicher gesellschaftlicher Probleme, deren Auswirkungen wir tagtäglich in der Zeitung lesen und in unseren Städten und auch auf dem Land erleben: Ein weitgehend ignorierter demographischer Wandel, der die Zukunftsfähigkeit des Landes weit stärker zu beeinträchtigen droht, als dies zur Zeit zu diskutieren erlaubt ist, und ein dramatischer Werteverfall in der Gesellschaft hin zu Egoismus, Materialismus und teilweise auch schlicht zur Verrohung. Zunehmende Kindstötungen sind davon lediglich ein augenfälliges Merkmal.

Unter den Folgen dieser Entwicklungen leiden aber zunächst einmal nicht die Entscheidungsträger, sondern die vergleichsweise schutzlosen Menschen in den unteren gesellschaftlichen Schichten. Die „anderen“ schicken ihre Kinder ja auch auf Privatschulen wie Frau Ypsilanti. Wenn dies alles nicht so traurig und teilweise geradezu menschen- und lebensverachtend wäre, könnte man fasst an eine Satire denken.

Olaf Peter Eul, Bonn

Versteckte *PAZ*

Zu: *PAZ*

Ich bin seit Frühjahr begeisterter Abonnent Ihrer Zeitung. Da ich in meinem Reisebüroberuf viel unterwegs bin, habe ich mir erlaubt, bei meiner Tour nach Griechenland Werbung für die *PAZ* zu machen.

Noch eine Anmerkung zum Erhalt der *PAZ* an Flughäfen: In Frankfurt suchte ich lange nach der Zeitung, bis ich sie gefunden habe: Unter den ausländischen Zeitungen versteckt in der rechten Seite kann nur ein Zufall zur *PAZ* führen. Irgendwie schade. Die Angestellte wusste gar nicht, was ich von ihr wollte.

Heiko Listner, Groß-Umstadt



Rigide Forderung: Die Gegner von „Stuttgart 21“ wollen den kompletten Baustopp. Bild: dapd

Sarrazin lobt fleißige Vertriebene

Zu: „Der Wahrsager“ (Nr. 37)

Zur Zeit lese ich voller Begeisterung das Buch von Sarrazin. Hier zwei Zitate: „Ganz und gar ungebrochen und durch die Katastrophe und die Chance zum Wiederaufbau sogar noch angestachelt waren der traditionelle deutsche Fleiß und der Hang zum Tüfteln und Verbessern. Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos, und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten.“ (S. 13) Und: „In Schwaben wird es immer mehr Maschinenbau und mehr Unternehmertum geben als in der Uckermark – und damit auch deutlich mehr Wohlstand. Dieser Wohlstand hat Wanderungsbewegungen ausgelöst und dazu geführt, dass die in Schwaben lebenden Menschen durchschnittlich einen höheren Intelligenzquotienten haben als jene in der Uckermark – wenn man glauben kann, was die Tests der Bundeswehr an ihren Rekruten ergeben haben.“ (S. 23/24)

Barbara Berger, Dortmund

Wozu der Tunnelbahnhof »Stuttgart 21«? Der heutige Bahnhof funktioniert bestens!

Zu: „Von wegen Widerstand“ (Nr. 40)

Als seit 18 Jahren treuer Leser des *Ostpreußenblatts* und nunmehr der *PAZ* möchte ich Ihnen für Ihre Arbeit danken, die sich der historischen Wahrheit ebenso verpflichtet zeigt wie der Verteidigung im besten Sinne preußischer Werte und Tugenden.

Entschieden entgegentreten muss ich jedoch den aktuellen Beiträgen zu „Stuttgart 21“. So lässt Ihr Mitarbeiter Anton Heinrich vermuten, dass er unreflektiert Behauptungen der Befürworter des Projekts übernimmt, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Ohne allzu sehr ins Detail gehen zu können – ich empfehle Ihnen eine eingehende Beschäftigung mit dem Thema auf www.kopfbahnhof-21.de –, möchte ich nur einige Punkte aufgreifen: Die Neutrassierung der Strekke Stuttgart–Ulm ist infolge ihrer erheblichen Steigungen (höher als die der alten Strecke 1) verfehlt, der Bau eines Tunnelbahnhofs anstelle des heutigen, bestens funktionierenden Stuttgarter Hauptbahnhofs stellt für die genannte neue Strecke keineswegs eine zwingende Voraussetzung dar, und von einem künftigen Ausbau des Nahverkehrs kann wegen ungenügender Kapazität der geplanten, einem Flaschenhals vergleichbaren neuen Infrastruktur auch nicht im Entferntesten die Rede sein; nach seriösen Berechnungen wäre das System zudem betrieblich hochgradig störungsanfällig und daher kaum beherrschbar. Nimmt man hinzu, dass für ein Projekt mit derart fragwürdigem Resultat ein Milliardenbetrag ausgegeben werden soll, der außerdem – auf sämtlichen Ebenen staatlichen Handelns – nicht vorhanden ist und somit auf Pump zu finanzieren wäre, so sollte klar werden, warum es hier anstelle der üblichen Linkschaoten die breite Mitte der Gesellschaft ist, die sich gegen einen solchen Unsinn zur Wehr setzt, ohne dass es hierzu einer „Stimmungsmache durch Grüne und linksökologische Gruppen“ bedurft hätte.

Gänzlich neben der Sache liegt leider auch der Beitrag auf Seite 1. Auch hierzu, der Beschränkung halber, nur einige Anmerkungen: Das Projekt zeigt nicht etwa die Grenzen der direkten Demokratie, sondern umgekehrt diejenigen der weithin zur Mogelpackung verkommenen „repräsentativen“ Demokratie auf. Nach allen mir bekannten Umfragen war und ist eine klare Mehrheit der Bürger auf allen politischen Ebenen von Anfang an – und mehr denn je – zumindest gegen den Tunnelbahnhof, weshalb die Annahme irgendeiner „Repräsentation“ genauso verfehlt wäre wie bei der am Volk gescheiterten Hamburger Schulreform, die vom dortigen Parlament ebenso mehrheitlich gebilligt worden war wie hier „Stuttgart 21“. Dazu kommt, dass die Parlamentarier kaum wussten, worüber sie entschieden, da die Wirtschaftlichkeitsberechnung des gesamten Projekts von der Bahn unter Berufung auf ein angebliches „Betriebsgeheimnis“ bis heute selbst gegenüber den Parlamenten geheim gehalten wird und für die Befürworter ungünstige Gutachten sogleich in der Schublade verschwanden. Dass das Projekt kein „Lottogewinn“ ist, versteht sich bei der nicht zuletzt in Ihrer Zeitung immer wieder und zu Recht beklagten galoppierenden Staatsverschuldung ebenfalls von selbst. Und zur angeblichen „Schlafmützigkeit“ der Bahnhofsgegner: Diese haben das Demonstrieren vor Jahren nicht etwa vergessen, sondern – gerade wir Konservativen! – darauf vertraut, dass die Politik zum einen vernünftig genug ist, um insbesondere in finanziell schwierigen Zeiten von der Realisierung teurer, weitestgehend nutzloser Luftschlösser zugunsten des Erhalts finanzieller Handlungsfähigkeit Abstand zu nehmen, und dass sie zum anderen ein faires Verfahren gewährleistet. Beide Hoffnungen erwiesen sich leider als trügerisch.

Dr. Joachim Windmüller, Karlsruhe

Kopftuch als bewusste Ausgrenzung

Zu: „Front gegen das Volk“ (Nr. 35)

Kopftücher sind das sichtbare Zeichen für mangelnde Integrationsbereitschaft. Wer in Deutschland das Kopftuch trägt, möchte sich bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen. Bewusste Ausgrenzung führt zu Isolation und verhindert die allseits geforderte Integration. Dies führt zur Bildung von Parallelgesellschaften, diese wiederum führen zu Konfrontationen und Spannungen innerhalb der Gesellschaft. Spannungen können bis zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen führen. Diese müssen mit aller Macht verhindert werden. Deshalb wird es höchste Zeit, dass aus Berlin endlich wieder Politik für Deutschland und die Deutschen gemacht wird und nicht nur wie bisher hauptsächlich für integrationsunwillige Ausländer.

Robert Weller, Ginsheim

Sütterlin noch in Königsberg gelernt

Zu: „Vor dem Vergessen bewahrt“ (Nr. 37)

Ich gehöre auch zu den Senioren, die noch die Sütterlin-Schrift als ABC-Schütze gelernt haben. In der Bismarck-Schule in Königsberg wurden wir später angewiesen, unsere englischen Vokabeln in Latein und die deutschen Worte in der Sütterlin-Schrift aufzuschreiben.

Mein Vater – Siegfried Saßnick – schrieb 1946 in englischer Gefangenschaft das „Ostpreußische ABC“ handschriftlich in Sütterlin-Schrift, mit vielen kleinen Zeichnungen und ostpreußischen Anekdoten. Ich habe es in den 80er Jahren überarbeitet und das Original als Faksimile abdrucken lassen und dazu die Übersetzung in Druckschrift. Also ein Buch für Freunde der alten Deutschen Schrift und des ostpreußischen Humors.

Roswitha Kulikowski, Hemmingen

Erdogans Taschenspielertrick

Zu: „Türkei will 16 Kirchen freigeben“ (Nr. 40)

In der Türkei sollen einige Kirchen geöffnet werden. Bedingung: Um einen Gottesdienst feiern zu dürfen, muss zuvor ein Antrag auf Erlaubnis beim zuständigen Gouverneursamt gestellt werden.

Es grenzt schon an Dumm-Dreistigkeit, wenn Erdogan – wie selbstverständlich – unseren Respekt gegenüber Muslimen einfordert, jedoch selbst Andersgläubige derart verhöhnt und diskriminiert.

Ein zunehmend nationalistisches Land, in dem die ohnehin wenigen Christen von Süleyman Latif Yunusoglu generell als „finstere Kräfte“ denunziert werden und unter Beobachtung stehen, ist als Beitrittskandidat in der europäischen Wertegemeinschaft nicht akzeptabel.

Gisela Recki, Troisdorf

Polen erfreut

Zu: Erika Steinbach

Zu Frau Steinbachs Beinahe-Rücktritt aus dem CDU-Vorstand gab „Die Welt“ am 11. September einen Kommentar aus Polen wieder: „Die polnische Regierung hat die Reaktion in Deutschland auf die Steinbach-Äußerung begrüßt.“ „Wir sind zufrieden mit den Reaktionen der meisten deutschen Politiker, vor allem mit denen der Regierungsvertreter, darunter Bundesaußenminister Guido Westerwelle“, sagte der Sprecher des polnischen Außenministeriums, Marcin Bosacki. „Das ist sehr erbaulich!“

Gerd H. Quiring, Wiesbaden

Das führt zum Untergang der Deutschen

Zu: „Das Problem fängt unter dem Kopftuch an“ (Nr. 37)

Der Beitrag von Klaus Rainer Röhl trifft ins Schwarze. Mehr als 400 000 Bücher „Deutschland schafft sich ab“ sollen inzwischen verkauft sein. Sarrazin beschreibt darin den beklagenswerten, unhaltbaren Zustand der Überfremdung der deutschen Gesellschaft – viel mehr aber auch nicht. Dem Buch fehlt die Signalwirkung – eine Anleitung zum Handeln, das Sofortprogramm zur Verhinderung der fortschreitenden Islamisierung der deutschen Gesellschaft. Die faschistoide Meinungsdiktatur unter dem verlogenen Begriff der „politischen Korrektheit“ steht dem im Wege. Sarrazin darf dem bestürzten Bürger lediglich den Spiegel vorhalten. Sein Buch beantwortet nicht die Kernfrage: Haben die Deutschen überhaupt noch die psychische und moralische Kraft, dem mit Unterstützung von „Rot-Grün“ geführten türkisch-islamischen Überfremdungsfeldzug standzuhalten? Das Endergebnis dieser Zustände muss auf Dauer gesetzmäßig zum Untergang der deutschen Lebenswerte und Kultur führen. Das aber ist Völkermord auf besonders heimtückische Art und Weise – ohne Kugel oder Giftgas. Stalin irrte, als er im Februar 1942, inmitten schwerster Abwehrkämpfe, vor Frontsoldaten und Offizieren den berühmten Satz sprach: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt!“ Heute sind Schillers eindringliche Worte: „Was auch daraus werde – steh zu deinem Volk. Es ist dein angeborener Platz!“ kein Schulthema mehr. Merkt denn niemand in diesem Land, wie hochaktuell der Faust'sche Aufschrei: „Der Worte sind genug gewechselt/Lasst mich endlich Taten sehen!“ wieder geworden ist? Wie lange noch will man gegen diesen satanischen Zeitgeist nur mit Papier und Druckerschwärze ankämpfen, statt die längst überfällige Politikumkehr einzuleiten?

Dieter Bock, Burgstall

Falsche Politik

Zu: „Wirre Debatte um Hartz IV“ (Nr. 39)

Das Lohnabstandsgebot hätte bei der Kalkulation von Löhnen und Gehältern eingehalten werden sollen. Desweiteren hätten wir bei einer vernünftigen, im Sinne der Bevölkerung erbrachten Wirtschafts- und Arbeitspolitik kaum derartige Sozialhilfeprobleme wie jetzt mit Hartz IV.

Wenn man allerdings nur Finanzpolitik im Sinne von Großkonzernen und Aktionären macht, muss man sich doch über den desolaten wirtschaftlichen Zustand breiter Bevölkerungsanteile nicht wundern.

Paul Breit, Hamburg

Fremdes Geld

Zu: „Zu hohe Ausgaben“ (Nr. 38)

Wie mein alter Herr (Jahrgang 1911) schon vor Jahren feststellte: Nicht selbst verdientes Geld auszugeben fällt sehr leicht und verheißt nichts Gutes. Angefangen von Lokalpolitikern bis zum Bundespolitiker, sie alle wollen sich Denkmäler setzen.

Fredi Volkmann, Dortmund

Das Ostpreußenblatt

Nr. 42 – 23. Oktober 2010

MELDUNGEN

Bestes Hotel im Staat

Rhein – Das Hotel Zamek Ryn (Schloss Rhein) errang den Titel des besten Hotels von Polen und erhielt die Bezeichnung „Tophotel 2010“. Und es erhielt, bereits zum dritten Mal, einen Preis in der Kategorie Tophotel – Schlösser und Paläste. Das ist eine Ehrung für Hotels in denkmalgeschützten Objekten. Das Hotel befindet sich in der mittelalterlichen Ordensburg auf der Landzunge zwischen dem Wald-See und dem Rheinschen See im Gebiet der Großen Masurischen Seen. Die Burg ist nach der Marienburg der zweitgrößte Bau in der Republik Polen. In diesem Jahr waren 50 Objekte aus der ganzen Republik für den Wettbewerb nominiert. Wichtig waren unter anderem die logistische und architektonische Entwicklung sowie der Standard. Die Hotels wurden von Hotelfachleuten und Gästen bewertet. *PAZ*

Verbunden mit Ostpreußen

Rhein – Mehr als 100 Mitglieder der Preußischen Gesellschaft des Johanniterordens trafen sich in Rhein, um den alljährlichen Rittertag zu begehen. Das Treffen ist vor allem eine Gelegenheit, die besten Sachen, die durch die Johanniter gefördert werden, bekannt zu machen. In der Tradition des mehr als 900 Jahre alten Ordens fühlen sich die Mitglieder der Gesellschaft mit den Bedürfnissen der Einwohner Ostpreußens besonders verbunden. Deshalb unterstützen sie in ihrer karitativen Arbeit die evangelische Kirche, helfen Krankenhäusern, Kinderheimen und älteren Menschen, indem sie ihnen Medikamente und Rehabilitationsgeräte bringen. Ein wichtiges Element der Hilfe sind die von den Johannitern geschaffenen Sozialstationen. Im südlichen Ostpreußen gibt es zehn davon, unter anderem in Angerburg, Lötzen, Deutsch Eylau und Bartenstein. Die Stationen haben unmittelbaren Kontakt mit den besonders Bedürftigen. Eine neue Art der Hilfe der Johanniter sind Stipendien für Jugendliche, die aus Masuren stammen und in der Bundesrepublik Deutschland studieren. *PAZ*

Udo Ritgen verstorben

Pullach – Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung vom Tode des langjährigen Vorstandsmitgliedes der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern Udo Ritgen. Der Brigadegeneral war gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als Leiter der Seeleitstelle Hela mit der Evakuierung und Rückführung von rund einer halben Million Flüchtlingen und Soldaten aus Ost- und Westpreußen von Hela aus über See beauftragt. Eine ausführliche Würdigung des Verstorbenen folgt in der kommenden Ausgabe. *PAZ*

Geschichte zum Anfassen und Erleben

Deutsche und Russen wandelten bei Jugendbegegnung im Kreis Schlossberg (Pillkallen) auf Vorkriegsspuren

Irgendwo auf einem Parkplatz in Königsberg hört man Jugendliche in Deutsch und in Russisch „Bis zum nächsten Jahr!“ zueinander sagen. Die diesjährige Woche der deutsch-russischen Jugendbegegnung der Kreisgemeinschaft Schlossberg, des Landkreises Harburg und der Administration in Haselberg (Lasdehnen; russisch: Krasnoznamensk) im Kreis Schlossberg ist zu Ende.

Für manche der 16 Teilnehmer ist es bereits der dritte Abschied in diesem Rahmen. In der vorausgegangenen Woche der Begegnung durften die russischen Jugendlichen aus dem Rayon Haselberg/Lasdehnen ihre Heimat neu kennenlernen. Für die deutschen Jugendlichen war es eine Zeit, in der sie viele nachhaltige neue Eindrücke gewinnen konnten: Erleben des russischen Alltags und Eintauchen in die allseits präsente deutsche Vergangenheit im Königsberger Gebiet. Ein schwieriger Spagat, der sich den Jugendlichen besonders eindrucksvoll in Tilsit präsentierte. Eine Stadt, in der die Jugendlichen neue, zum Teil imposante Gebäude aus sowjetischer und russischer Zeit betrachten konnten, eingebettet in gut erhaltene Fassaden der Bürgerhäuser wohlhabender deutscher Tilsiter aus der Zeit vor 1945. Gerade in Tilsit ist die preußische und deutsche Geschichte an jeder Straßenecke spürbar. Alte und noch nach über 80 Jahren glatte deutsche Pflasterstraßen und Gehwege befinden sich wie zum Trotz in einem besseren Zustand als manche Pflasterung aus neuerer Zeit.

Deutsche Schriften auf Hauswänden schimmern durch die Übermalung durch, Kanalabdeckungen und Hydranten mit deutschen Aufschriften bringen die über Jahrhunderte währende deutsche Prägung Tilsits und Ostpreußens ans Licht. Für die Jugendlichen war die Besichtigung Tilsits ein kleiner Schritt zurück in die Vergangenheit.

Geschichte zum Anfassen und Erleben. Während Stadtführungen, etwa durch Gumbinnen und Insterburg, wurde den Jugendlichen die deutsche Geschichte lebendig vor Augen geführt. Kleine Museen in Trappen/Trappönen, Heinrichswalde und Breitenstein/Kraupischken mit ihrem teils ganz besonderen Charme sowie Abstecher nach Trakehnen und auf das Gestüt Georgenburg ließen die Exkursion durch das Königsberger Gebiet zu einer für alle Teilnehmer unvergesslichen Fahrt werden.

Einblick in Vergangenheit und Gegenwart des christlichen Glaubens im Königsberger Gebiet bot zudem ein kurzweiliger Vortrag in deutscher und russischer Sprache des Leiters der Sozialstation der Salzburger Kirche in Gumbinnen. Die Jugendgruppe erhielt eine Ahnung der Widrigkeiten, denen die Salzburger Glaubensflüchtlinge begegneten, die, um ihren Glauben leben zu können, nach Preußen übersiedelten. Auch die Schilderung der gegenwärtigen Situation der russisch-orthodoxen, katholischen und evangelischen Christenheit im Königsberger Gebiet bot den meist atheistisch erzogenen jungen Russen einen neuen Einblick in die Kulturgeschichte und -gegenwart der Region.

Wiedersehen nicht ausgeschlossen

Der Besuch des restaurierten Tilsiter Soldatenfriedhofes (Waldfriedhof) ließ die jungen Teilnehmer Anteil nehmen an dem Schicksal unzähliger Soldaten – gleich welcher Nation. Der Friedhof bot erneut Anlass, sich mit der Tragödie von Flucht, Vertreibung, Besetzung und damit einhergehendem Leid insbesondere für die deutsche Zivilbevölkerung auseinanderzusetzen, eine für junge Leute harte aber wichtige Erfahrung.

Aus Sicht von Fahrtenleiter Hans Joachim „Hajo“ Stehr zeichnete sich die Begegnungswoche indessen auch noch durch einen weiteren Faktor aus. „Das wohl Besondere an dieser Jugendbegegnung war die interessante Mischung ganz unterschiedlicher Charaktere und Erfahrungen der russischen und deutschen Jugendlichen“, erklärt Stehr. Gleich schon zu Beginn habe sich abgezeichnet, dass diese Gruppe sich schnell zusammenfinden würde, um schließlich als Freunde voneinander zu scheiden. „Dazu haben wohl auch die netten Abende mit Tanz beigetragen.“ Der Fahrtenleiter hat zur Förderung des Dialogs und als Beitrag zur Gesellschaftskultur eine Tanzschule mit Gesellschaftstanz eingerichtet und ist auch im Rückblick von dem Ergebnis begeistert. „Die Tanzschule war der abendliche Hit!“ Spaß und Ernstes hätten unter den Jugendlichen schnell Vertrauen geschaffen und sie zu einer homogenen Gruppe gemacht, so Stehr.

Als ein Höhepunkt der Begegnungswoche zeichnete sich schon früh die Fahrt ins Seebad Rauschen ab. Die Jugendlichen genossen ungeachtet des Regens sichtlich das Seebad. Krönung der Woche war der abendliche Spaziergang zur Ostsee, wo ein paar Hartgesottene auch den Sprung in die Wellen wagten.

Am Folgetag wurden noch in Königsberg das atemberaubende Bernsteinmuseum und der eindrucksvolle Dom besichtigt sowie das Leben rund um den Hansaplatz erkundet. Da aber der Abend in Rauschen der letzte gemeinsame war, machte sich Wehmut breit. „Nach einer Woche fängt eigentlich erst alles richtig an“, meinte Karsten, einer der deutschen Teilnehmer traurig. Doch Mona aus Hamburg sah es eher optimistisch: „Man sieht sich immer zweimal im Leben, vor allem wenn man zu einer so tollen Gemeinschaft geworden ist.“ *Kathi Schwab/BK*



In Tilsit an der Memel: Teilnehmer der Jugendbegegnung Bild: privat

Reges und freudiges Treiben

Fest der Volkskunst brachte den Teilnehmern das mittelalterliche Ostpreußen näher

Mit einem Volksfest der Volkskunst aus dem Nordwesten der Russischen Föderation ist in Königsberg der Sommer ausgeklungen. Auf der Promenade des „Fischdorfes“ und auf dem Kneiphof trafen sich Handwerker, Musiker und Tänzer aus Karelien, der Republik Komi sowie aus den Gebieten Murmansk und Wladimir.

Die Feier begann mit einem Festumzug an der Promenade des „Fischdorfes“, der sich weiter Richtung Kneiphof bewegte. Am Eingang zur Honigbrücke wurde die bunte Prozession von einem Paar in mittelalterlichen Kleidern begrüßt, das jedem Vertreter eines Gebietes eine Begrüßungsurkunde überreichte. So dauerte es fast eine Stunde, bis alle Gäste aus den 22 verschiedenen Gebieten das Tor zur Insel passiert hatten. Gleichzeitig hatten sich Handwerker und Künstler zum Ort der Feier eingefunden, wobei die Volkskünstler und -gruppen aus den anderen Regionen zum ersten Mal an diesem Festival teilnahmen. Darunter waren auch die Laiengruppen „Narodnij“, die Folkloregruppe „Abendröte“ aus Welikije Luki aus dem Pleskauer Gebiet. Die bunte Straße der Künstler zog sich am Gotteshaus vorbei bis zum anderen Ende der Insel, wo die Hauptbühne aufgebaut war. Auf dieser Bühne fand ein Galakonzert statt.

Die Liebhaber der russischen Küche kamen nicht zu kurz

Während der Feier boten die Handwerker und Künstler ihre aus Holz und Keramik gefertigten Waren zum Verkauf an. In der Mitte des Kneiphofs warteten auf der Hauptallee die Stände der teilnehmenden Regionen auf die Gäste. Die Teilnehmer aus Gumbinnen zeigten ein fröhliches Unterhaltungsprogramm namens „Zauber“, ihre Kollegen aus Insterburg erfreuten die Besucher mit Vokal- und Zirkusvorstellungen; im Pavillon „Andenken aus Tilsit“ führten die Gruppen „Luisa“ und „Slawjanotschka“ ihre besten Nummern auf, und die Gruppe „Possenreißer“ aus Tapiau erheiterte die Gäste.

Auch Liebhaber der russischen Küche kamen nicht zu kurz. Sie konnten aus den beliebtesten Hausmannskost-Gerichten auswählen: Hausgemachtes Gebäck, Kartoffel-, Pilz-, Fleisch- und Marmeladenpiroggen und vieles mehr wurde angeboten.

Neben Volksspielen, an denen jeder teilnehmen konnte, gab es kleine Vorstellungen über den Alltag im mittelalterlichen Ostpreußen. Passanten konnten sich mit Künstlern in prächtigen Kostümen fotografieren lassen. Insgesamt herrschte an diesem kurzweiligen Tag ein reges und freudiges Treiben. *Jurij Tschernyschew*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

kürzlich hatte ich von einer engen Vernetzung unserer Ostpreußischen Familie gesprochen, aber ich glaube, das ist noch zu weitmaschig gestrickt. Eher könnte man sagen, dass wir ein Flechtwerk sind, eine Art Auffangkorb für Wünsche und Fragen, die man an niemanden aus dem engeren Lebenskreis mehr stellen kann. So wie Herr **Gerhard Mannke** aus Elmshorn schreibt: „Es gibt noch so viel, was man wissen möchte, und findet kaum noch jemanden, der Auskunft geben kann.“ Aber unsere große Ostpreußische Familie ist ja da, und umso größer ist die Freude, wenn aus ihrem Kreis die Antwort kommt, auch wenn es nur ein Hinweis auf weitere Suchmöglichkeiten ist. Der dann letztendlich zum Erfolg führen kann wie Frau **Angelika Gennies** aus Rostock berichtet.

Sie hatte uns von dem „weißen Fleck“ in ihrer Familiengeschichte geschrieben, der eine Schwester ihres Schwiegervaters betraf. Diese hatte bereits in den ersten Nachkriegsjahren in der damaligen DDR nach ihrem vermissten Bruder gesucht und war Anfang der 60er Jahre verstorben, ohne etwas über sein Schicksal zu erfahren. Das wurde erst kürzlich anhand seiner Erkennungsmarke aufgeklärt, als seine sterblichen Reste in einem Kameradengrab auf heute polnischem Gebiet gefunden wurden. Nun suchten Sohn und Schwiegertochter des 1945 Gefallenen nach den Nachkommen seiner Schwestern **Anna** und **Marie Lukkau** und sahen den letzten möglichen Weg über unsere Ostpreußische Familie. Und da kam unser „Flechtwerk“ zum Einsatz, wie Frau Gennies berichtet:

„Tatsächlich hat sich nach der Veröffentlichung eine Leserin gemeldet und mir Anschriften von Behörden und Vereinen zugeschickt darunter auch vom ‚Memeler Dampfboot‘. Auf meine Schreiben hin meldete sich bei mir ein völlig fremder Herr und sandte mir die Stammdaten meines Schwiegervaters, dessen Eltern und Geschwister zu. Er hat sich auch genealogisch mit den Gennies-Daten befasst. Aufgrund dieser Daten konnte ich noch einmal einen Anlauf machen und schrieb an den Verein Simon Dach in Klaipeda (Memel). Eine positive Nachricht hatte ich nicht erwartet, sie stand aber lebendig am 24. Oktober vor unserer Wohnungstür. Es war der Ur-Ur-Enkel einer Schwester meines Schwiegervaters. Er war an dem Tag extra nach Rostock gekommen, um an dem Ostpreußen- und Memel-Treffen teilzunehmen. Leider konnten wir aufgrund der Behinderung meines Mannes nicht daran teilnehmen, so hat er uns am Abend aufgesucht. Wir waren wie vom Blitz getroffen, da wir dies nicht erwartet hatten. Ebenso war auch er baff, als er über Umwegen unseren Brief an den Verein in den Händen hielt, da nie von einem Bruder seiner Ur-Ur-Oma gesprochen wurde. Anhand von unseren Unterlagen konnten wir aber die Zweifel ausräumen. Wir sind sehr glücklich, dass wir nun dem weißen Fleck im Stammbaum Farbe geben können, dank Ihrer Hilfe. Ein riesiges Dankeschön an das *Ostpreußenblatt*!“

Und ein solches kommt auch von Frau **Waltraut Hartmann** aus Ebstorf, deren Suchwunsch wir in Folge 12 veröffentlichten, und auch dies will ich wörtlich wiedergeben: „Ich möchte mich ausdrücklich ganz herzlich bedanken, dass Sie freundlicherweise meine Anfrage zu meinem Fluchtweg über die Ostsee nach Kopenhagen gebracht haben. Inzwischen habe ich von der Sloman-Neptun-Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft aus Bremen Auskünfte über ‚unsere‘ ‚Herkules‘ – mit Bild – erhalten. Erwähnen möchte ich noch, dass alle, die ich angeschrieben habe, mir sehr freundlich und hilfsbereit entgegen gekommen sind. Schon am Sonntag nach der Veröffentlichung hat mich ein Leser aus Detmold angerufen und mich auf vier Bücher hingewiesen, die mir eventuell weiterhelfen könnten. Drei davon habe ich käuflich erwerben können, das vierte ist aber leider nicht mehr lieferbar. Es handelt sich um das Buch ‚Die deutschen Flüchtlinge in Dänemark 1945–1949‘ von **Henrik Havrehaed**, erschienen 1987 als dänische und 1989 als deutsche Ausgabe im Verlag Boysens & Co. Heide (ISBN-Nr. 3-8042-0483-X). Meine Frage und Bitte: ‚Besitzt noch jemand das Buch und ist bereit es abzugeben?‘“ Nach ihren guten Erfahrungen mit unserer Ostpreußische Familie hofft Frau Hartmann, dass sich auch ihre neue Bitte erfüllt. (Waltraut Hartmann, Tatendorfer Straße 16 in 29574 Ebstorf, Telefon 05822/855.)

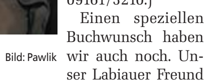
Wichtig ist jede Antwort, auch wenn sie spät kommt – wie die von Herrn Gerhard Mannke aus Elmshorn auf die Frage von Frau **Heidi-Huberta Baldauf** nach dem Geburtsort ihrer Großmutter, den sie nicht finden konnte. Er hieß Bodzanowo und lag, wie unsere Leser herausfanden, im ehemaligen Gouvernement Plock. Die Enkelin war für die Informationen über den Ort und das Gut Sporwitten, wie der deutsche Name lautete, sehr dankbar und sah die Sache als abgeschlossen an. Aber ich glaube, sie wird sich doch freuen, wenn ich ihr jetzt die sehr präzisen Auskünfte von Herrn Mannke über Sporwitten zusenden kann, denn er selber war damals beim Reichsarbeitsdienst (RAD) in Leunenburg und zeitweilig in einer Baracke untergebracht, die sich in dem ehemaligen Gutspark befand. So kann er genaue Angaben über das Gut Bodzanowo/Sporwitten oder vielmehr über das, was damals noch vorhanden war, machen, die Frau Baldauf überraschen werden. Manchmal ist eben das „Nachschrapselchen“ das Beste vom Kuchen. Das mag auch Herrn **Artur Necker** aus Eckernförde ein Trost sein, dessen Suche nach ehemaligen Schulkameraden bisher keine Resonanz fand. Wir hatten seinen Wunsch Anfang März veröffentlicht, aber Herr Necker zweifelte selber an einem Erfolg, denn es handelte sich um ehemalige Schulkameraden aus der Lehrerbildungsanstalt (LBA) Liebenthal in Schlesien, die 1941/42 dort ausgebildet wurden. „Es wäre auch mehr als ein Wunder“, meint Herr Necker in seinem neuen Schreiben, in dem er sich für die Veröffentlichung bedankt. Da aber Wunder immer wieder geschehen, hier noch einmal die Anschrift des Konrektors a. D.: Artur Necker, Prinzenstraße 19 in 24340 Eckernförde, Telefon (04351) 81500.



Bahnhof Birkenmühle (Mehlkehmen) im März/April 1941: Im Vordergrund Sigrid Heimburger mit zwei anderen Arbeitsmaiden Bild: privat

Unverhofft kommt oft, jedenfalls für mich. Und diesmal ist es eben Herr Mannke, der mir eine sehr große Freude bereitet hat, ohne es zu ahnen. Das Thema „Königsberger Ärzte in der Nachkriegszeit“ hat ihn angeregt, über den Arzt seines Großvaters, Dr. **Hans Rosenstock** aus der Königstraße Nr. 80 in Königsberg, zu schreiben. Dieser war auch unser Hausarzt, und dass ich heute noch lebe und so aktiv sein kann, habe ich auch seiner ärztlichen Kunst zu verdanken. Denn ich war ein Frühchen, ein Winzling, mitten im Ersten Weltkrieg geboren und anfällig für alle Infektionen und sonstigen Krankheiten. Aber er war immer da und half mit seinem medizinischen Wissen und seiner Einfühlsamkeit. Nie habe ich vergessen, wie er meiner Mutter geholfen hat, als sie an Wanderrose erkrankte. Er kam fast täglich und sah nach der in Fieberphantasien Liegenden und stärkte uns in dem Glauben an ihre Gesundung. Als diese dann einsetzte, nahm er sie mit auf seine Patientenfahrten mit einer Pferdedroschke, die ihn in die Vorstädte, nach Kalthof und Devau, ja bis nach Lauth führte, und diese Ausfahrten trugen sehr zu ihrer Genesung bei – und ich kleine Marjell durfte dabei sein und genoss sie sehr. Nun teilte mir Herr Mannke mit, was er über den Verbleib des Arztes erfahren hatte, der Ostpreußen nicht mehr verlassen sollte. Er ist nach dem Einmarsch der Russen in Lochstädt verstorben, wenig später folgt ihm auch seine Frau. Mir hat diese Mitteilung von Herrn Mannke geholfen, einen fast vergessenen Teil meiner frühen Kindheit transparent zu machen.

So ergeht es vielen Leserinnen und Lesern, unsere Erinnerungen verflechten sich immer wieder, und manchmal ist es nur ein Name, eine Ortsbezeichnung, eine kleine Begebenheit, durch die das Vergangene wieder gegenwärtig wird. Wie für Frau **Sigrid Heimburger**, als sie in Folge 5 das Foto von dem Gedenkstein an das RAD-Lager Birkenmühle/Mehlkehmen entdeckte und den dazugehörenden Bericht von Herrn **Bernd Dauskardt** las. Denn auch sie war in diesem Lager tätig, als es 1941 zur Auffangstelle der Umsiedler aus Bessarabien wurde. Ich lasse sie berichten: „Als dienstpflichtige Arbeitsmaid im weiblichen RAD-Lager 116 Austinshof (Adamlauken) bei Gumbinnen wurde ich mit zwei anderen Mädchen aus unserem Lager im März/April 1941 in Birkenmühle zur Hilfe bei der Umsiedlung der Deutschen aus Wolhynien, Galizien und Bessarabien eingesetzt. Auch aus anderen RAD-Lagern kamen Arbeitmaiden, so aus dem Lager Gehlweiden. Die für die Auffangstelle Birkenmühle bestimmten Umsiedler kamen bei Wystiten über die Grenze, ein Treck von mehreren Kilometern Länge mit hochbeladenen Fuhrwerken, sie waren wochenlang unterwegs gewesen. In Birkenmühle gab es für sie den ersten Halt auf deutschem Boden. Wir Arbeitsmaiden verteilten an sie Tee und eine warme Mahlzeit, einen kräftigen Eintopf, die Kinder bekamen leichtere Kost. Ärztliche Versorgung und Kinderbetreuung machten ihnen diese ersten Stunden in Deutschland leichter. Dann wurden die Trecks aufgelöst. In Zügen mit Personenwagen, geschlossenen und offenen Waggons ging es weiter, ich glaube in den damaligen Warthegau. Bevor ein Zug abfuhr, mussten wir Arbeitsmaiden die Umsiedler mit Reiseproviant versorgen und Waschkörbe voll mit belegten Broten verteilen. Bis zum Eintreffen des nächsten Trecks schmierten wir Brote mit Streichwurst und wickelten sie säuberlich in Butterbrotpapier. Auch den Abwasch mussten wir erledigen.“ Frau Heimburger ist sogar noch im Besitz von mehreren Fotos aus jenen Tagen in Birkenmühle, sie übersandte uns vergrößerte Abzüge, und so können wir eines bringen, das die Arbeitsmaiden zeigt, wie sie mit einem Waschkorb voller Brote auf dem Bahnsteig stehen, im Hintergrund ist der schon beladene Zug zu sehen. Sigrid Heimburger steht zwischen zwei Arbeitsmaiden aus dem Lager Gehlweiden. Außer diesen Fotos besitzt sie noch das 1940 herausgegebene „Buch vom großen Treck“ und ist sogar bereit, es einem interessierten Leser zu überlassen. Wir danken Frau Heimburger für ihren Bericht, der zusammen mit den Fotos schon einen dokumentarischen Wert hat. (Sigrid Heimburger, Bodelschwinghstraße 9 in 91413 Neustadt/Aisch, Telefon 09161/3210.)





Ruth Geede Bild: Pawlik

Einen speziellen Buchwunsch haben wir auch noch. Unser Labiauer Freund **Manfred Niemann** drückte mir kürzlich beim Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont einen Zettel in die Hand, auf dem Autor und Titel des von ihm gewünschten Buches standen, allerdings mit Fragezeichen. Der – oder die? – Titel lauten: 1) „Von den Zinnen der alten Burg“ und 2) „Von den Türmen der alten Burg“. Als Autor wird Graf Finkenstein genannt, ich nehme an, dass es sich um den bekannten Schriftsteller **Ottfried Graf Finkenstein** handelt, dessen Romane „Fünfkirchen“ und „Die Mutter“ zu den besten der ostpreußischen Romanliteratur zählen. Herr Niemann hofft, dass sich auch diesmal sein Wunsch erfüllt – auf der Suche nach Büchern von **August Schukat** in unserer Kolumne hat er nämlich Glück gehabt. (Manfred Niemann, Poststraße 4 in 23669 Timmendorfer Strand.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Hilfe für Deutsche von Allenstein bis Odessa

40 Jahre Haus des Deutschen Ostens in München – Festakt im Bayerischen Landtag mit Prominenz auch aus Berlin

Als im Jahre 1970, in der Hochzeit von Willy Brandts Ostpolitik, das Haus des Deutschen Ostens (HDO) gegründet wurde, galt es als Geschenk des Freistaats Bayern an seine vertriebenen Bürger. Bis heute symbolisiert das HDO das Streben Bayerns nach Gerechtigkeit für die Ost- und Sudetendeutschen.

Das weit über Europa hinaus ausstrahlende Wirken des Hauses des Deutschen Ostens (HDO) fand uneingeschränkte Zustimmung und große Anerkennung von Repräsentanten aus der Politik und führenden Verbandsvertretern. „Das Münchner Haus des Deutschen Ostens hat seinen Platz in der Kulturlandschaft des Freistaats gefunden“, stellte Professor Manfred Kittel beim Festakt „40 Jahre Haus des Deutschen Ostens“ im Bayerischen Landtag fest. Der Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) ist zugleich Vorsitzender des Beirats des HDO, dessen Gründung einst fast einstimmig im Bayerischen Landtag beschlossen worden war. Es galt als Geschenk des Freistaats an seine vertriebenen Mitbürger und wird seitdem vom Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Frauen betreut. Dessen Ministerin Christine Haderthauer bekannte sich zur Aufgabe des HDO, Leid und Kultur der Heimatvertriebenen im öffentlichen Bewusstsein zu halten und als Beratungs- und Bildungsstätte zu wirken. „Vertreibung ist Teil unserer gemeinsamen Geschichte.“

Landtagspräsidentin Barbara Stamm, einst als Ministerin selbst zuständig für das HDO, nannte es eine Brücke zu den östlichen Nachbarstaaten in gesamteuropäischer Verantwortung und zugleich ein Stück Heimat für die Vertriebenen. Besonders herzlich empfangen wurde Ministerialdirektorin Ingeborg Berggreen-Merkel vom „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“. Sie überbrachte die Grüße der Bundesregierung und erinnerte an den Satz von Ministerpräsident Seehofer, dass Bayern stets an der Seite der Vertriebenen stehe. Die Kultur der Heimatvertriebenen, so Berggreen-Merkel, sei Erbe aller Deutschen, das der jungen Generation besonders durch den vom HDO betreuten erfolgreichen und nun auch grenzüberschreitenden Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“ vermittelt werde.

> Manfred Kittel: Das HDO ist ein Teil der Kulturlandschaft

Das Thema „Zentrum gegen Vertreibungen“ sprach der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) Landrat Christian Knauer an, der sein Büro im HDO hat: „Wir Heimatvertriebene verstehen die gegenwärtige Diskussion in unserem Lande nicht. Wir wollen keine Gräben aufreißen, müssen aber stets daran erinnern, dass Vertreibung kein Mittel der Politik sein darf. Derzeit sind weltweit dreimal so viel Menschen auf der Flucht als bei Kriegsende in Deutschland.“

In seinem außerordentlich fundierten und engagierten Festvortrag beleuchtete der Direktor des HDO, Ortfried Kotzian, Motive und Motivationen seines Hauses auch in der zeitgeschichtlichen Wahrnehmung. Was ist der Osten, wie empfinden ihn die Deutschen durch die nach der Wende erfolgte geistige Verschiebung nach Westen? „Ostdeutschland“ trat an die Stelle von „Mitteldeutschland“. Manchmal schien es ihm, als ob ausländische Wissenschaftler bis hin nach Japan das HDO und seine große Spezialbibliothek mehr schätzten als die Inländer. Was leistet das Haus des Deutschen Ostens im Umgang mit Leid, Schuld und Sühne? Kotzian erinnerte an die grenzüberschreitende Friedensarbeit, die Unterstützung deutscher Volksgruppen, die Betreuung von Begegnungsstätten in Allenstein (Olsztyn), Fünfkirchen (Pecs) und Odessa.

Unter den zahlreichen Vertretern der Landsmannschaften war auch Astrid von Menges von der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in München. Im Namen ihrer Landsmannschaft, aber auch der von ihr Vertretenen Sektion Königsberg des Deutschen Alpenvereins dankte die aus Angerburg im Kreis Lötzen stammende Autorin des Buches „Orangen aus Königsberg“, das zur 750-Jahr-Feier von Königsberg im Jahr 2005 herauskam, dem HDO und dessen Leiter „für die sehr gute Führung dieses vorbildlichen Zentrums“.

Gerade rechtzeitig zum Jubiläum 2010 erschien die überarbeitete Fassung der an der Universität Augsburg entstandenen Magisterarbeit der Polin Katarzyna Woniak „Der Beitrag des Hauses des Deutschen Ostens in München zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen“. Das 159-seitige Buch ist für acht Euro zu beziehen über das Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. *N.M./J.S.*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Krzakiewitz, Erika, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Kreuzstraße 14, 06901 Kemberg, am 25. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Küßner, Erich, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Wülferoder Straße 80, 30880 Laatzen, am 26. Oktober

Olschewski, Anna, geb. **Kowalzik**, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Friesoyther Straße 7, 49661 Cloppenburg, am 29. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kastropetsch, Wanda, aus Grünau, Kreis Lötzen, jetzt Kreisstraße 20, 58453 Witten, am 28. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Erwin, Max, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Lange Reihe 15, 25786 Dellstedt, am 25. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grosser, Margarete, geb. **Herzog**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, jetzt Saint Claude Straße 10, 72108 Rottenburg, am 27. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Regge, Elfriede, **Lipka**, verw. **Niemzik**, aus Treuburg, Goldaper Straße 30, jetzt Am Kurpark 1/25, 25761 Büsum, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gutt, Elfriede, aus Neidenburg, jetzt Haßlacher Straße 27, 68753 Waghäusel, am 29. Oktober

Naruhn, geb. **Salomon**, aus Wehlau, Pinnauer Straße, Kreis Wehlau, jetzt Sanddornstraße 20, 30855 Langenhagen, am 26. Oktober

Preusker, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Buchenhain 20, 51491 Overath, am 25. Oktober

Segatz, Paul, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Lübecker Straße 8, 23795 Bad Segeberg, am 27. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berlin, Hilde, geb. **Meller**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Edelweißstraße 9a, 86179 Augsburg, am 28. Oktober

Burk, Martha, geb. **Kellermann**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 67, 25842 Langenhorn, am 26. Oktober

Drescher, Heinz, aus Deeden, Kreis Ebenrode, jetzt August-Bebel-Straße 2f, 39221 Biere, am 31. Oktober

Düding, Elfriede, geb. **Dudek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Froschlake 11, 44379 Dortmund, am 28. Oktober

Ehmer, Hilde, geb. **Littow**, aus Treuburg, Kurzer Weg, jetzt Löher Weg 5, 57462 Olpe, am 28. Oktober

Grüneberg, Charlotte, geb. **Marsat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Müllerweg 47, 64850 Schaafheim, am 29. Oktober

Helm, Hilde, geb. **Klimaschewski**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Wilhelm-Bluhm-Straße 52a, 30451 Hannover, am 30. Oktober

Hoffmann, Lore, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wilschenbrucher Weg 87, 21335 Lüneburg, am 27. Oktober

Jedamzik, Emma, geb. **Gesk**, aus Turau, Kreis Johannisburg, jetzt Max-Brauer-Haus Bramfeld, Pflegestation 1, Zimmer 14, Hohnerredder 23, 22175 Hamburg, am 23. Oktober

Kießlich, Frieda, geb. **Rinau**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Weinhübler Straße 8, 02829 Görlitz, Neiße, Kunnerwitz, am 25. Okotber

Lang, Frieda, geb. **Schuran**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, jetzt Kapuzinerstraße 13-15, 97318 Kitzingen, am 29. Oktober

Leopold, Gisela, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Stakendorfer Tor 26, 24217 Schönberg, am 28. Oktober

Nowinski, Martha, geb. **Buck**, aus Bartendorf, Kreis Wehlau, jetzt Osterweg 117, 25899 Niebüll, am 25. Oktober

Oppermann, Johanna, geb. **Bosler**, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Am Lindele 72, 73230 Kirchheim/Teck, am 26. Oktober

Schweiger, Lori, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Haardter Straße 6, 67443 Neustadt an der Weinstraße, am 25. Oktober

Thurau, Klara, geb. **Kewitz**, aus Ortelsburg, jetzt Grafenstraße 18, 77716 Haslach, am 28. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alexy, Hedwig, geb. **Kowalzik**, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Agnes-Miegel-Weg 2, 42929 Wermelskirchen, am 31. Oktober

Behrendt, Elfriede, aus Wodehnen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Liegnitzer Straße 12, 31789 Hameln Klüth-Südhang, am 13. Oktober

Binsch, Erika, geb. **Rautenberg**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandfortskamp 18, 48159 Münster, am 25. Oktober

Drews, Emma, geb. **Fidorra**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Goethestraße 8, 78567 Fridingen, am 25. Oktober

Grube, Herbert, aus Neidenburg, jetzt Marienbader Straße 1, 32805 Horn-Bad Meinberg, am 31. Oktober

Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Heerstraße 72, 40227 Düsseldorf, am 31. Oktober

Kehler, Minna, geb. **Müller**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, jetzt Rotkamp 14, 33739 Bielefeld, am 30. Oktober

Klages, Charlotte, geb. **Wentler**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Neue Straße 8, 24977 Langballig, am 25. Oktober

Macht, Vera, aus Ortelsburg, jetzt Via E. G. Parodi 19, 00125 Roma Acilia, Italien, am 25. Oktober

Matheuszik, Erich, aus Petzkau, Kreis Lyck, jetzt 48. Park Avenue, St. Thomas-Ontario N5R 4W1, Kanada, am 25. Oktober

Pohlke, Kurt, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Hennigsdorfer Straße 47, 13503 Berlin, am 30. Oktober

Schwarz, Hanni, geb. **Merchel**, aus Neidenburg, jetzt Vogelothsweg 42, 44149 Dortmund, am 28. Oktober

Sommer, Charlotte, geb. **Preuß**, aus Königsberg, Schrötterstraße 19, jetzt Elsa-Brandströmstraße 5, 37269 Eschwege, am 19. Oktober

Topeit, Bruno, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Kronsberg 25, 28309 Bremen, am 27. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Corleissen, Eva-Maria, aus Lötzen, jetzt Lorentzendamm 14, 24103 Kiel, am 26. Oktober

Frank, Gertrud, geb. **Czarnojan**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Grellkamp 58g, 22415 Hamburg, am 30. Oktober

Göken, Udo, aus Bassum, Kreis Diepholz, jetzt Fuhrenkamp 33, 27211 Bassum, am 31. Oktober

Grabowski, Hildegard, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Eiche 11, 58332 Schwelm, am 25. Oktober

Höchst, Fritz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Rothenberg 19, 29575 Altenmedingen, am 29. Oktober

Hoffmann, Edith, geb. **Gering**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Großer Sand 62A, 25436 Uetersen, am 30. Oktober

Klimaschewski, Karlheinz, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Altwinnhorst 24, 30419 Hannover, am 26. Oktober

Peter, Herta, aus Lyck, jetzt Ovelgönne 32, 45659 Recklinghausen, am 26. Oktober

Pradler, Lieselotte, geb. **Witt**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Aichelbergstraße 168, 73230 Kirchheim unter Teck, am 29. Oktober

Razvi, Ingrid, geb. **Kaehler**, Kreis Neidenburg, jetzt Eichenstraße 50 II, 20255 Hamburg, am 28. Oktober

Reibe, Herbert, aus Ebenrode, jetzt Breslauer Straße 39, 49477 Ibbenbüren, am 27. Oktober

Scheffler, Fritz, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ahornweg 6, 48308 Senden, am 29. Oktober

Schulz, Frieda, geb. **Dluginski**, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Warener Straße 17, 17139 Malchin, am 30. Oktober

Szameitat, Karl, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Gartenstraße 13, 99869 Günthersleben-Wechmar, am 28. Oktober

Trzaska, Herbert, aus Ortelsburg, jetzt Bergstraße 50, 59069 Hamm, am 27. Oktober

Wicht, Christel, geb. **Selugga**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Berliner Allee 13, 22850 Norderstedt, am 26. Oktober

Zimmermann, Erika, geb. **Trzeziak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Niklaus-Ehlen-Straße 16, 45884 Gelsenkirchen, am 31. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bieber, Luise, aus Neuteich, Wellerrode, Kreis Treuburg, jetzt 23879 Mölln, Berliner Straße 118, am 31. Oktober

Borowski, Erich, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Liegnitzer Straße 14, 45888 Gelsenkirchen, am 31. Oktober

Cittrich, Georg, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Über den Knöchel 70, 45699 Herten, am 26. Oktober

Faaß, Charlotte, geb. **Kammer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Husumer Baum 16, 24837 Schleswig, am 31. Oktober

Fleischer, Helmut, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Am Teich 62, 98639 Rippershausen, am 28. Oktober

Himmel, Liesbeth, geb. **Klingschat**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, jetzt Pawlow-Straße 24, 18059 Rostock, am 26. Oktober

Klein, Herbert, aus Pregelswalde, Falkenhorst, Kreis Wehlau, St.-Georg-Straße 8, 41564 Kaarst, am 29. Oktober

Kleinschmidt, Lieselotte, geb. **Ballermuth**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, jetzt Berliner Straße 50, 67227 Frankenthal, am 25. Oktober

Kloss, Heinz, aus Saleiken, Kreis Treuburg, jetzt Nikolaus-Ehlers-Weg 11, 50226 Frechen, am 30. Oktober

Krüger, Werner, aus Grünau, Kreis Lötzen, jetzt Hermannstraße 5, 31812 Bad Pyrmont, am 25. Oktober

Kuhn, Eva, geb. **Beyer**, aus Angerburg, jetzt Im langen Ort 5, 28876 Oyten, am 31. Oktober

Möller, Lisbeth, geb. **Kossek**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Kielerstraße 110, 24119 Kronshagen, am 25. Oktober

Noelting, Anneliese, geb. **Broszio**, aus Treuburg, Karl Freyburger Straße, am 30. Oktober

Podszus, Helga, geb. **Haedge**, aus Wehlau, jetzt An der Linde 14, 58540 Meinerzhagen, am 30. Oktober

Rogowski, Brigitte, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Ledderstraße 36, 49477 Ibbenbüren, am 28. Oktober

Ruchotzki, Gerhard, aus Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Weitmarer Straße 15, 44795 Bochum, am 28. Oktober

Schendel, Christa, geb. **Ebersbach**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, jetzt Zwernberger Weg 21, 90449 Nürnberg, am 31. Oktober

Schmadtke, Hans, aus Neumühl, Neumühl Ziegelei, Kreis Wehlau, jetzt Donstorf 38, 49406 Eydelstedt, am 29. Oktober

Schröder, Helene, geb. **Jedamski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Sophienstraße 10, 25436 Uetersen, am 27. Oktober

Schwarz, Kurt, aus Romitten, Kreis Pr. Eylau, jetzt Petersberg-Wilhelmshof, 36251 Bad Hersfeld, am 30. Oktober

Seeger, Lieselotte, geb. **Garstka**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Steinacker 24, 45739 Oer-Erkenschwick, am 26. Oktober

Struckmeyer, Ruth, aus Königsberg, jetzt Hermannsburg 173a, 28259 Bremen, am 31. Oktober

Trzaska, Max, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Immelaagsberg 3, 38165 Lehre-Flechtort, am 26. Oktober

Voigt, Irmgard, geb. **Buslowski**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt Ferdinand-Schulz Straße 5, 06366 Köthen, am 28. Oktober

Wolff, Manfred, aus Friedberg, Kreis Treuburg, jetzt Obere Bahnstraße 39, 73431 Aalen, am 27. Oktober

Zinke, Gerda, geb. **Krause**, aus Skandau, Kreis Gerdauen, jetzt Lehmweg 10, 06721 Goldschau, am 25. Oktober



Kabisch, Günther, aus Draschwitz, und Frau Erika, geb. **Behrendt**, aus Romitten, Kreis Pr. Eylau, jetzt Schöneberger Straße 5, 37115 Duderstadt, am 29. Oktober

Vortrag

Dissen am Teuteburger Wald – Einen Vortrag: „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen! Hat die Politik sie inzwischen vergessen?“, hält am Mittwoch, 3. November, 19.30 Uhr, der bekannte Historiker Prof. Dr. Arnulf Baring, in der Aula der Realschule Dissen, Lerchenstraße 8, 49201 Dissen a.T.W. Program: 19.15 Uhr Empfang mit Erfrischungen, 19.30 Uhr Musik und anschließend Begrüßung durch Louis-Ferdinand Schwarz.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte unter (040) 4140080.

Adventsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 29. November bis 6. Dezember 2010 findet im Ostheim wieder die alljährliche Adventsfreizeit statt. In dieser vorweihnachtlichen Zeit wollen wir zusammen ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu einem Bummel ein. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend“ auf das kommende Weihnachtsfest ein. Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 337,00 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 291,50 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Unser 55. Jahrestreffen – In diesem Jahr gab es doppelten Anlass zur Freude: Zum einen fanden sich wieder nahezu 450 Allensteiner in unserer Patenstadt Gelsenkirchen ein und zum anderen nahm erstmals die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land ganz offiziell am Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft teil. Den Auftakt des Jahrestreffens bildete wie immer die Stadtversammlung am Freitagnachmittag. Von 20 gewählten Stadtvertretern waren 14 erschienen, um die Tätigkeitsberichte entgegenzunehmen und den Haushalt für das neue Wirtschaftsjahr zu beschließen. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begann seinen Bericht mit den Reisen nach Ostpreußen, die seit einigen Jahren gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Neidenburg durchgeführt werden. Die für das kommende Jahr geplante Reise führt zunächst nach Danzig und Frauenburg und dann weiter nach Allenstein. Weiterhin werden eine dreitägige und eine sechstägige Reise zum Deutschlandtreffen am 28./29. Mai 2011 in Erfurt angeboten. Er berichtete auch über das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein, die gute Zusammenarbeit mit Paten- und Partnerstadt und seine Begegnungen mit dem Stadtpräsident von Allenstein und dem Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen. Die nächste Ausschreibung des Kopernikus-Stipendiums ist für das Sommersemester 2011 an der FH Gelsenkirchen vorgesehen.

Weitere Themen waren der Allensteiner Heimatbrief, dessen ansprechende Gestaltung und Themenvielfalt immer wieder große Anerkennung finden, die Darstellung unseres Heimatmuseums „Treudank“ auf unserer Homepage, die beabsichtigte Digitalisierung unserer Heimatkartei sowie die Arbeit der Geschäftsstelle, zu der Gretel Bohle vortrug. Die Vorsitzende der AGDM, Kristine Plocharski, gab einen Überblick der vielfältigen Aktivitäten der deutschen Minderheit in Allenstein und die zahlreichen Besucher im Haus Kopernikus, zu denen auch der deutsche Botschafter in Polen gehörte. Bedauerlicherweise ist die AGDM seit den Neuwahlen des Verbandes der Deutschen Vereine in Ermland und Masuren (VDGEM) nicht mehr in dessen Vorstand vertreten. Nachdem auch alle finanziellen Fragen durch den Schatzmeister Karl-Peter Menges geklärt waren, wurde die Sitzung beendet, und der Freitagabend klang mit einem fröhlichen Zusammensein und vielen guten Gesprächen aus. Mit einer ökumenischen Gedenkandacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner in der Propsteikirche begannen die Veranstaltungen am Samstag. Anschließend war Gelegenheit, unser Heimatmuseum „Treudank“ zu besichtigen, wovon zahlreiche Besucher Gebrauch machten. Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher in Schloss Horst ein, und zu Beginn der Feierstunde waren die meisten Plätze in der trotz des etwas trüben Wetters lichtdurchfluteten Glashalle besetzt.

Gottfried Hufenbach begrüßte die anwesenden Allensteiner und Gäste, unter ihnen die Bürgermeisterin von Gelsenkirchen, Frau Preuß, und Mitglieder des Rates der Stadt. Er erinnerte daran, dass vor fünf Jahren, am 50. Jahrestag der Übernahme der Patenschaft, mit der Stadt Gelsenkirchen und unserer Heimatstadt eine Vereinbarung zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet wurde. Ein besonderes Anliegen dieser Vereinbarung sei der Austausch der Jugend. Daher habe die Stadtgemeinschaft beschlossen, das „Kopernikus-Stipendium“ für Studenten der Universität von Ermland und Masuren zu stiften. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Herbert Monkowski, richtete ebenfalls Grußworte an die Teilnehmer des Treffens. Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Frau Bürgermeisterin Preuß die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen. Sie betonte das freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Partnerstädten und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich auch zwischen den Staaten Deutschland und Polen ein solches Verhältnis entwickeln werde. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Anschließend war der Besuch der Bücherstände sowie der Ausstellung alter Postkarten von Bruno Mischke angesagt. Munteres Schabbern und die beliebten „Oldies“, die Oskar Delberg später zum Tanz und zur Unterhaltung aufspielte, sorgten für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Mit den Gottesdiensten am Sonntag endete ein gelungenes Jahrestreffen. Im nächsten Jahr treffen wir uns hoffentlich wieder recht zahlreich zum 56. Mal in Gelsenkirchen, und zwar vom 16. bis 18. September.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft – Wie in den vergangenen Jahren fand auch diesmal das Treffen in der Johanniter-Akademie in Münster statt, und zwar am 25. und 26. September 2010. Das Treffen begann mit der Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft am Sonnabend um 15 Uhr mit dem Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters. Zum Gottesdienst am Sonntag um 8.30 Uhr waren wir wieder Gäste der nahen Heilig-Geist-Gemeinde und Gäste der katholischen Gemeinde waren auch wieder die evangelischen Braunsberger. Den Gottesdienst hielt Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer. In seiner Predigt ging er vom Evangelium vom reichen Mann und vom armen Lazarus (nach Lukas 16, 19-31) aus. Beim Reichtum geht es hier weniger ums Geld, auch Jesu hatte nichts gegen das Geld, sondern um die Selbstzerstörung eines Menschen, der nichts anderes als sein Geld im Kopf hat – interessanterweise hat der Reiche keinen Namen, der Arme sehr wohl, und Lazarus heißt sogar „Gott hilft“. Und die Frage stellt sich auch für uns Heimatvertriebene, wo stehen wir, gehören wir auch zu den Reichen?

Bei der Festlichen Stunde um 10.30 Uhr in der Johanniter-Akademie – es waren etwa 60 Landsleute und Freunde gekommen, immerhin auch einige zum ersten Mal – konnte der Kreisvertreter den Ratsherrn Georg Berding, Frau Welke und Frau Rietkötter von der Stadt Münster begrüßen. Roswitha Möller vom Bund der Vertriebenen und der Regierungspräsident Dr. Peter Paziorek konnten leider nicht kommen wegen der Veranstaltungen anlässlich des Tages der Heimat. In den Begrüßungsworten ging Herr Berding auf das Leitwort zum Tag der Heimat „Durch Wahrheit zum Miteinander“ ein. Ja, die Heimat sei nach Umfragen immer noch für 92 Prozent aller Menschen wichtig, viele Menschen suchen auch in unserer Zeit einfach nach Stabilität, nach etwas Bodenständigem – und das fänden sie nun einmal in der „Heimat“.

Das Grußwort von Frau Möller las Herr Preuschoff vor, auch sie hatte das Leitwort zum Thema. „Gibt es überhaupt eine objektive Wahrheit oder spielen nicht immer wieder unterschiedliche Sichtweisen und Interessen mit hinein? Wem nützt die Wahrheit, wem schadet sie? Wer ist Wächter über die Wahrheit? Ja, naturgemäß gehen gerade uns Heimatvertriebene diese Fragen besonders an.“ Wer nun gedacht hätte, Helmut Stange erzählt in seinem Festvortrag „Braunsberger Geschichten“ nun „Braunsberger Geschichtchen“, der hat sich völlig geirrt! Nein, Stange ging von der heutigen „Israel- und Palästinaproblematik“ aus, kam dabei auch auf die Situation zur Zeit der Bibel zu sprechen, und verglich das alles mit der Situation der Vertriebenen in Deutschland nach dem Krieg Ende der vierziger Jahre. Ideal war das damals jedenfalls alles nicht für uns! Und ob da nicht bisweilen auch noch etwas nachschwingt? Dabei hatte und hat immer noch gerade auch unsere Heimatstadt wirklich etwas vorzuweisen, Stange erinnerte an den Mathematiker Karl Weierstraß, an Konrad Zuse, an Frank Hesters, an Klaus Tolksdorf (Präsident des Bundesgerichtshofs), aber auch an unseren anwesenden „Ironman“ Leo Thiel, der früher mehrere Male an dem härtesten Triathlon-Wettkampf teilgenommen und 1991 in Neuseeland in seiner Altersklasse den Welttitel gewonnen hatte (siehe: http://www.ironman.co.nz/main.cfm?id=94&aid=20121) – und der auch in diesem Jahr nur wenige Tage nach dem Kreistreffen nach Hawaii fliegen würde, diesmal als Zuschauer. Stange schloss mit der Erinnerung an den Braunsberger Organisten Sommer ab und besonders an seine „Toccata“ – zur Einstimmung auf seinen Vortrag war die auch schon früh nach dem Gottesdienst in der Kirche erklungen.

Mit der Verdienstmedaille der Braunsberger wurde für ihr Engagement für die Heimat Frau Gertrud Begett geehrt, die von ihrer Ehrung offensichtlich völlig überrascht wurde und sich herzlich bedankte. Die Festliche Stunde wurde umrahmt von Darbietungen der Blechbläsergruppe Brasissimo der Musikschule Münster. Das Treffen im kommenden Jahr wird wieder am vierten Wochenende im September sein, also am 24. und 25. September 2011, und zwar wieder in der Johanniter-Akademie Münster. Bitte teilen Sie persönliche Veränderungen der Kreisgemeinschaft mit!



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Insterburger Teutonen – Sonnabend, 6. November, 14 Uhr, Treffen der „Insterburger Teutonen“ in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück, zu einem gemütlichen Beisammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land sind herzlich eingeladen.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Zweites Lycker Treffen in Bremen – Auf Grund vielfachen Wunsches findet am Sonnabend, 30. Oktober 2010, 14 Uhr, im „Hotel zur Post“, Bahnhofsplatz 11, Bremen, das zweite Lycker Treffen statt. Verantwortlich für das Treffen ist Landsmann Willi Norra (Sareiken), Bezirksvertreter für Lyck-Land. Landsleute aus Bremen und Umgebung sind dazu herzlich eingeladen. Kreisvertreter Gerd Bandilla wird auch anwesend sein. Wegen der begrenzten Räumlichkeit im Hotel werden die Teilnehmer gebeten, ihr Kommen bei Willi Norra, Telefon (0421) 82 06 51, anzuzeigen.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNTAG, 24. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 24. Oktober, 23.35 Uhr, ARD: Super Size Me – Macht Fast Food krank?

MONTAG, 25. Oktober, 21.15 Uhr, ARD: Deutschland isst – Leben aus der Tüte.

MONTAG, 25. Oktober, 22.45 Uhr, ARD: Hunger – Konzept zur Hungerbekämpfung.

DIENSTAG, 26. Oktober, 22.05 Uhr, N24: Das UFO-Projekt der Nazis.

DIENSTAG, 26. Oktober, 22.30 Uhr, Phoenix: Srebrenica – 15 Jahre nach dem Völkermord.

DIENSTAG, 26. Oktober, 23.05 Uhr, N24: Der Nostradamus-Effekt: Adolf Hitler.

MITTWOCH, 27. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Kriegsbeute Mensch – Wie Regierungen ihre Soldaten verraten.

MITTWOCH, 27. Oktober, 22.05 Uhr, N24: Feuerball am Himmel – Der Absturz der Hindenburg.

DONNERSTAG, 28. Oktober, 0.45 Uhr, Phoenix: Die Gestapo – Hitlers stärkste Waffe; Terror ohne Grenzen, Henker an der Heimatfront.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: rgraef@freenet.de. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon (04122) 55079.

Nach dem Heimatkreistreffen 2010 – in Bad Nenndorf bedankt sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft bei allen Personen, die an den drei Tagen mitgeholfen haben, dass unser Heimattreffen wieder so erfolgreich gestaltet werden konnte. Die nächste Mohrunger Heimatbrief (MHN) 122 wird gegen Ende November als Weihnachtsausgabe erscheinen.

Hauptkreistreffen 2010 der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. am 18. und 19. September in Bad Nenndorf – Ja, es war eine gute Entscheidung, dass die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages bereits am Freitag stattgefunden hatten. So konnten sich an den beiden Tagen des Heimattreffens die Teilnehmer jederzeit mit den Kreistags-Mitgliedern treffen und mit ihnen reden. Schon am Freitag konnten wir die sieben Mohrunger aus der Heimat begrüßen. Nach 14 Stunden Fahrt waren alle müde aber fröhlich. Der Abend zeigte, dass ihnen der Nachmittagsschlaf gut getan hatte. Die bereits anwesenden Mitglieder der Kreisgemeinschaft trafen sich dann mit ihnen im Parkhotel, um sie ausgiebig zu begrüßen. Am Sonnabend füllte sich der Tagungsraum im Grandhotel Esplanade schon ab 9 Uhr. Werden genauso viele Landsleute kommen wie 2008, fragte sich vor allem das Orga-Team des Heimattreffens? Tatsächlich! Die Mohrunger sind aktiv geblieben. Mit 135 Teilnehmern kamen sogar mehr als vor zwei Jahren. Die Altersspanne reichte von 18 bis 93 Jahren. Im Foyer zeigte die Kulturreferentin und stellv. Kreissprecherin Gisela Harder eine Bildausstellung mit dem Titel: „1.111 Jahre Morungen/Harz“. Nun wissen wir, wie unser Mohrungen in Ostpreußen entstanden ist. Es war schon faszinierend, dass bei diesem Treffen drei Gruppen Mo(h)runger mit dem gleichen Ursprung an den Tischen saßen, aber durch Jahrhundert-Schicksale verschiedene Lebenswege vorwiesen: Die erste Gruppe kam aus dem heutigen Morag, die zweite aus Morungen, einem Stadtteil von Sangerhausen und die dritte aus ganz Deutschland. An fünf Stellwänden wurden aus der Zeit von 899 bis heute Postkarten, Fotos und Übersichten aus der Geschichte

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

von Morungen gezeigt. Der Ortsbürgermeister von Morungen Hartmut Reinicke erklärte allen Interessierten die Person des Heinrich von Morungen und die Entstehung des Ortes. Der Minnesänger Heinrich von Morungen ist auch in unserem Heimatbuch „Der Kreis Mohrungen“ von Dr. Freiherr von Wrangel auf der Seite 26 erwähnt. Dort steht: Die Mehrzahl der Bürger der neuen Siedlung stammte aus den Landen zwischen Thüringer Wald und Harz. In Erinnerung an ihre schöne Heimat gaben sie ihrem neuen Wohnorte den Namen Mohrungen, nach dem Orte Morungen im Südharz, bekannt als Heimat des Minnesängers Heinrich von Morungen.

Im Tagungsraum gab es viel zum Ansehen und zum Kaufen. Der Bernstein und Bilder aus Ostpreußen lockten mit reichhaltigem Angebot. Außerdem konnten viele Heimatbücher und alte Landkarten zu Sonderpreisen erworben werden. Auf einem Tisch lag eine Ostpreußen-Karte zum „Heimat-Suchen“. Zuerst stellten sich alle Mitglieder vor, die ein Amt in der Kreisgemeinschaft ehrenamtlich ausüben. Angefangen vom Kreisvertreter Wolfgang Warnat bis zum neuesten Kreistags-Mitglied Siegfried Neckritz. Dann stand eine Stadtführerin in Schaumburger Tracht bereit, um den Besuchern Bad Nenndorf zu zeigen. Zum Mittagessen konnten die Teilnehmer aus fünf Gerichten auch Königsberger Klopse mit milder Kapernsauce oder Kahlauer Butterfisch mit Petersilienkartoffeln wählen. Für den kleinen Hunger langte die Danziger Hochzeitsuppe.

Die Mittagspause tat allen gut – Um 15 Uhr stellte in der unteren Etage im Filmraum die stellvertretende Kreisvertreterin und Leiterin des Organisations-Teams Ingrid Tkacz ein Projekt vor. Anhand von Bildern erklärte sie das Thema: „Vergessene Zeugen der Geschichte in Horn, heute Zabi Rog“. Polnische Schüler beiderlei Geschlechts und Dorfbewohner brachten den deutschen Friedhof in Ordnung und pflegen ihn auch weiter. Dann zeigte Elisabeth Krahn den Film „Kinder auf der Flucht“, der ins Archiv kommt und dann ausgeliehen werden kann. Der Film wurde von der ABI-Projektgruppe des Hölty-Gymnasiums in Celle hergestellt. In diesem Film berichten Elisabeth Krahn und drei weitere Zeitzeugen über ihre Erlebnisse während des Krieges und danach. Weiter wurde der Film „Taxi nach Königsberg“ gezeigt. Da die Zeit bis zur Mitgliederversammlung noch nicht gekommen war, zeigte Joachim Berg aus dem Orga-Team noch den Anfang des Ostpreußenfilms von Lojewski. Der gute Besuch im Filmraum zeigte, dass viele noch großes Interesse an diesen Themen haben. Um 17 Uhr eröffnete der Kreisvertreter Wolfgang Warnat die Mitgliederversammlung für seinen Jahresbericht. Er begann mit einer Schweigeminute für die am 5. September gestorbene Erika Jahr, nachdem ihre langjährige verdienstvolle Arbeit noch einmal gewürdigt worden war. Es folgte die Ehrung von Hildegard Klosinska aus Saalfeld in Ostpreußen für ihre Kooperation und Hilfeleistungen aller Art über Jahre hinweg. Sie erhielt die Ehrennadel in Silber der Kreisgemeinschaft und bedankte sich dafür in ihrer unnachahmlichen Art, die alle Teilnehmer berührte. Die vom Kreisvertreter angesprochenen Probleme waren einmal die immer mehr zurückgehenden Spenden und die hohen Kosten für die drei Mal jährlich in einer Auflage von 4000 Exemplaren erscheinenden Mohrunger-Heimat-Nachrichten. Als neue Personalien waren zu vermelden, dass Fritz Sankowski neben Gerhard Janzen jetzt auch Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft ist und Siegfried Krause als EDV-Bearbeiter neues Kreisausschuss-Mitglied wurde. Besonders erwähnt wurde auch die neue Verbindung zu Morungen im Südharz. Das nächste Kreistreffen 2011 wird in Morungen stattfinden. Man hofft auf eine Steigerung der Teilnehmerzahlen, weil viele, die in Ostpreußen geboren sind, in den neuen Bundesländern wohnen. Erwähnenswert war auch, dass der Kreistag auf

Antrag von Hartmut Krause beschlossen hatte, einen Zuschuss zur Beschaffung eines alten Löschfahrzeuges für Alt-Christburg in Ostpreußen zu gewähren.

Der Bunte Abend begann fröhlich um 19 Uhr mit Tanz und Vorträgen. Die Musik kam vom Alleinunterhalter Dieter Dust, der es schaffte mit seiner Musik fast alle Anwesenden auf die Tanzfläche zu locken. Es gab ein Ostpreußen-Quiz mit Preisen und verschiedene andere Auftritte. Unser Heimatmaler Gerhard Hahn stiftete wieder einige Bilder als Preise, die die Teilnehmer erhielten, die ein Kleeblatt auf ihrer Eintrittsplakette hatten und zwei weitere Bilder für das Archiv, das nun in Giessen in neuen Räumen untergebracht ist. Friedel Ehlert und Elisabeth Krahn lasen Gedichtchens und Geschichtchens in ostpreußischer Mundart vor. Herrlich anzuhören war das Lied „La Paloma“ von Burckhard Panke, dem Bruder unseres Schatzmeister Frank Panke, unterstützt von unserem Alleinunterhalter. Auch Leo Stuhrmann trug mit Witz und Schauspiel zum Gelingen des Bunten Abends bei.

Am Sonntag traf man sich zuerst am Denkmal von Agnes Miegel im Kurpark. Der Kreisvertreter gedachte der Mutter Ostpreußen und legte ein Blumengesteck mit Schleife nieder. Die Feierstunde begann mit der Begrüßung durch den Kreisvertreter Wolfgang Warnat, der auch die Moderation übernommen hatte. Diesmal sangen wir die angesagten Lieder mit den aus den Lautsprechern klingenden Fischer-Chören. Zuerst „Land der dunklen Wälder“ und dann das Lied „Möge die Straße uns zusammenführen“. Die Kurzandacht hielt Pfarrer i.R. Horst Demsky über den Psalm 23 „Der Herr ist mein Hirte“. Dann erfolgte die Ehrung von Günter Dombrowski. Er erhielt als Dank für seine für die Kreisgemeinschaft erbrachten Dienste das Große Ehrenzeichen in Gold. Er kann als Brückenbauer bezeichnet werden, denn in seiner Arbeitsperiode als Kreisvertreter sind die folgenden völkerverbindenden Aktivitäten angefallen: Schaffung von Internetseiten, die unsere Kreisgemeinschaft präsentieren, Errichtung der Anti-Kriegs-und Gewalt-Gedenkstätte (Lapidarium) in Liebstadt, Eröffnung der Mohrunger Stube im Historischen Rathaus als Anlaufstätte für Heimatbesucher im heutigen Morag und Anbringung einer Gedenktafel in Grünhagen. Nach der Ehrung bedankte sich Günter Dombrowski und erklärte seine Verbundenheit mit der Kreisgemeinschaft. Anschließend erfolgte die Totenehrung durch Frau Krahn, die mit dem Lied „Großer Gott, wir loben dich“ abgeschlossen wurden. Die Festrede hielt Lutz Krause aus Sangerhausen. Seine Wurzeln hat er in Insterburg. Er arbeitet aber mit dem Heimatverein in Morungen, einem Ortsteil von Sangerhausen, eng zusammen und möchte gerne eine echte Städtepartnerschaft mit Mohrungen in Ostpreußen haben, nachdem Giessen nur die Patenschaft mit der Kreisgemeinschaft weiterführen will. In seinem Vortrag ging er, nachdem er über die Geschichte Ostpreußens in der Pruzzen-Zeit referiert hatte, besonders auf die Entstehung des Wappens von Mohrungen ein. Da in Morungen das Salzhandwerk ausgeübt wurde, nahm man Salzschalen in das Wappen auf. Nachdem er ein Wappenbild von Mohrungen aus dem Dohna Schlösschen gesehen hatte, staunte er, da in beiden Wappen Salzschalen zu sehen sind. Damit steht für ihn fest, dass die Morunger die echten Gründer von Mohrungen waren. Als Beweis zeigte er den nicht weniger erstaunten Zuhörern beide Wappen, die er eingerahmt mitgebracht hatte und übergab sie anschließend dem Kreisvertreter für das Archiv in Giessen.

Vor den Schlussworten des Kreisvertreters sangen wir wieder mit Unterstützung der Fischer-Chöre „Freude schöner Götterfunken, die neue Europahymne. Beendet wurde die Feierstunde mit dem gemeinsamen Gesang der 3. Strophe des Deutschlandliedes. Dann verkündete der Kreisvertreter, dass das nächste Hauptkreistreffen 2011 im September in Morungen / Sangerhausen stattfinden wird und beendete das diesjährige Treffen. Ein herzlicher Dank geht an das Organisationsteam, das diesmal leider ohne den erkrankten Fritz Sankowski auskommen musste. Unter der Leitung von Ingrid Tkacz mit den Helfern Marlene Wölk, Monika Buddych, Christine Perschon und dem Ehepaar Joachim und Gerda Berg konnten 135 Teilnehmer zwei schöne Tage erleben, an denen alles reibungslos geklappt hatte. Man verabschiedete sich mit dem Gefühl, sich bald wiedersehen zu können.

Nachruf auf Erika Jahr –Erika Jahr wurde am 21. August 1920 auf Gut Falkenau im Kreis Rosenberg / Westpreußen geboren. 1927 zog die Familie Jahr mit drei Kindern nach Ostpreußen auf das Gut Drenken am Posorter See im Kreis Mohrungen. Dort wuchs die Schülerin auf, bis sie nach Potsdam ins Internat kam, wo sie auch Abitur machte. Nach dem Tod ihres Vaters kehrte sie nach Drenken auf das Gut zurück, um ihrer Mutter zu helfen. Durch die Flucht 1945 änderte sich alles. Die Liebe zu Drenkens in herrlicher Landschaft gelegen, blieb jedoch ungebrochen. Als Erika im Jahr 1982 in den Mohrunger Kreistag gewählt wurde, sagte sie freudig zu. Hatte sie doch nun nach ihrer Pensionierung als Bankangestellte Zeit für neue Aufgaben, die von nun an ihr Lebensinhalt wurden. 1985 übernahm sie die Kreisdatei und war verantwortlich für den geregelten Versand der Mohrunger-Heimatkreis-Nachrichten (MHN). Sie knüpfte Verbindung zu Landsleuten und hatte immer wieder die heimatlichen Friedhöfe im Blickfeld. Mit Freude und großem Wissen gab sie schnell und präzise Auskünfte, wenn Nachkommen oder andere Interessierte zum Thema „Mohrungen“ etwas wissen wollten. Ideen und Referate während der Sitzungen im Kreisausschuss oder Kreistag führte Frau Jahr immer gezielt auf die Tagungsordnungspunkte und machte dadurch die Entscheidungen leichter. Man hatte den Eindruck, dass die Kreisgemeinschaft eine Ersatzheimat für sie darstellte. Ihre Tätigkeit wurde 2001 mit dem Großen Ehrenzeichen in Gold der Kreisgemeinschaft Mohrungen gewürdigt. Als Erika Jahr am 21. August ihren 90. Geburtstag feierte

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – Freitag, 29. bis Sonntag, 31. Oktober 2010, **Herbstseminar** zur historischen, kulturellen und politischen Bildung: „60 Jahre Charta und Flucht, Vertreibung, Versöhnung?“ in Berlin. Programm: Freitag, den 29. Oktober, bis 20 Uhr: Anreise und Zimmerbelegung. Sonnabend, 30. Oktober, 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr: „Flucht, Vertreibung, Versöhnung – die Verwirklichung des Stiftungsauftrages“ Vortrag von Prof. Dr. Manfred Kittel, Direktor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und Historiker. 10.30 Uhr: Kaffeepause, 11 Uhr: „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Friedensangebot oder Farce?“ von Dr. Helga Hirsch, freie Journalistin. 12.45 Uhr: Mittagessen, 13.45 Uhr: Buchbesprechung „Deutsche Opfer – fremde Täter“ Michael Paulwitz, freier Publizist. 15.15 Uhr: Kaffee und Kuchen. 15.30 Uhr: Verlegung zum Bendlerblock. 16 Uhr: Führung und Besichtigung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock. 19 Uhr: Abendessen im Hotel, anschließend Erkundung des Berliner Nachtlebens. Sonntag, 31. Oktober, 8.30 Uhr: Frühstück. 9.30 Uhr: Gemeinsame Autofahrt nach Wustrau zum Brandenburg-Preußen-Museum (Aufwandsentschädigung für Fahrer). 11 Uhr: „Gedanken zur Geschichte Preußens“ von Ehrhardt Bödecker, Stifter des Museums, anschließend Besichtigung des Museums. Im Anschluss: Besichtigung des Schlachtfelds Fehrbellin. Anmeldung bei: Rüdiger Danowski, Ludwigkai 6, 97072 Würzburg, Telefon (0179) 9082151, E-Mail: danowski@gmx.net. Bitte umgehend anmelden. Beachte: Nach Anmeldung erfolgt keine Bestätigung! Unterkunft/ Meininger Hotels, Hallesches Ufer 30, 10963 Berlin. Tagungsort: Tagungsort wird nach Anmeldung bekanntgegeben. Kosten: ordentliche BJO-Mitglieder 30 Euro, BJO-Mitglieder aus Ostpreußen frei, BJO-Fördermitglieder 40 Euro, Nichtmitglieder 40 Euro. Anreise: Bahn: Nächste Haltestellen: U1/U7 Möckernbrücke und U1/U6 Hallesches Tor. Anreise ab Bahnhof Hauptbahnhof: Bus M41 (Richtung Sonnenallee / Baumschulenstraße) rund 16 Minuten Fahrzeit bis Haltestelle „Willy-Brandt-Haus“. In Fahrtrichtung dann rund 200 Meter bis Kreuzung Wilhelmstrasse / Hallesches Ufer, rechts etwa 500 Meter bis Hallesches Ufer 30. Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung bei Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und am Seminarort. Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Netz: www.ostpreussen-info.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 27. Oktober, 18 Uhr, großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag von der Historikerin Karin Feuerstein-Praßer : „Königin Luise von Preußen 1776 – 1810, Stationen eines allzu kurzen Lebens“. Um 17 Uhr, Haus der Heimat, Bibliothek, 4. OG, besteht die Möglichkeit, die Ausstellung „Luise von Preußen – eine Königin auf der Flucht vor Napoleon“ unter fachkundiger Führung zu besuchen. Keine der preußischen Königinnen war beim Volk so beliebt wie Luise von Mecklenburg-Strelitz, Gemahlin Friedrich Wilhelms III. Nach dem frühen Tod der Mutter wuchs sie bei der Darmstädter Großmutter in heiterer, fast bürgerlicher Atmosphäre auf, ganz ohne die Zwänge höfischer Etikette. Folglich brachte sie viel „frischen Wind“ an den steifen Hohenzollernhof, ließ aber auch das eine oder andere „Fettnäpfchen“

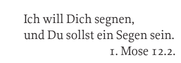
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende“ findet vom 25. bis 29. Oktober im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, 73527 Schwäbisch Gmünd, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i.R. Hans-Georg Meinhof sowie der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeigen



Ich will Dich segnen,
und Du sollst ein Segen sein.
1. Mose 12.2.

Unsere gute und geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Anna Graven
geb. Moritz

geb. am 9. Juni 1913 in Allenstein/Ostpreußen, ist am 22. September 2010 nach einem dankbar angenommenen, reich erfüllten Leben mit der Hoffnung auf die Ewigkeit friedlich eingeschlafen.

Sie war der Mittelpunkt unserer ganzen Familie und hat uns durch ihr Leben bereichert.

Sie musste im Januar 1945 mit ihren 7 Kindern (7 Monate bis 9 Jahre) unmittelbar vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen ihre geliebte Geburts- und Heimatstadt verlassen.
Dort hatte ihr 1982 verstorbener Ehemann, Fleischermeister Karl Graven (früher Grabowski), am 1. 4. 1930 eine Fleischerei gegründet.
Beide haben in der neuen Heimatstadt Hamburg wieder eine Schlachterei eröffnet und weitere 30 Jahre betrieben.
Sohn Michael hat sie bis Ende 2009 weitergeführt.

Wir trauern um sie in großer Dankbarkeit.
**Ihre Kinder und Schwiegerkinder
mit 15 Enkeln und 27 Urenkeln.**

Sie wurde auf dem Friedhof Hamburg-Tonndorf, Ahrensburger Straße 188, beerdigt.



Als Gott sah, ihm wurden die Wege zu weit,
die Hügel zu steil und das Atmen zu schwer,
legte er behutsam seinen Arm um ihn
und führte ihn nach Hause.

Fern seiner geliebten Heimat Ostpreußen verstarb

Fritz Schneller

* 4. 8. 1929 – Tilsit/Ostpr. † 9. 10. 2010 – Sindelfingen

Wir sind sehr traurig
**Marianne Müller, geb. Schneller
Friedrich und Rosemarie Schneller
mit Friederike und Elisabeth
Otto und Ingrid Schneller
mit Tanja und Norbert**

Traueranschrift: Marianne Müller, Christofstraße 12, 71063 Sindelfingen

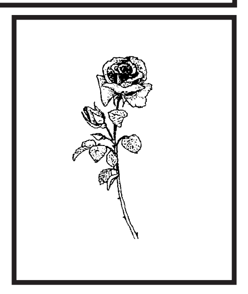
Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 15. Oktober 2010 auf dem Burghaldenfriedhof in Sindelfingen statt.



Erst hast Du mich begleitet,
dann wir Dich;
nun hast Du Deinen letzten Weg
gefunden.

Egon Wiehler

* 18. Dezember 1921
in Sudau / Ostpreußen
† 3. Oktober 2010
in Plön / Schleswig-Holstein



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

nicht aus. Zunächst widmete sich Luise ganz ihrer Aufgabe als Ehefrau und Mutter. Sie brachte zehn Kinder zur Welt, von denen sieben das Erwachsenenalter erreichten, darunter der spätere Kaiser Wilhelm I. Die weitgehend unbeschwerte Zeit endete jäh mit dem Krieg Preußens gegen Napoleon. Luise musste mit ihrer Familie aus Berlin fliehen und konnte – nach Stationen in Memel, Tilsit und Königsberg – erst drei Jahre später an die Spree zurückkehren. Die Kriegsjahre, die Strapazen der Flucht und die vielen Schwangerschaften hatten ihre ohnehin schon labile Gesundheit weiter untergraben. Auch ihre frühere Lebensfreude kehrte nicht wieder zurück. Mit nur 34 Jahren starb Königin Luise am 19. Juli 1810 an den Folgen einer Lungenentzündung, betrauert von ihrer Familie und ganz Preußen.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Oktober, 15 Uhr, Herbstfest der Gruppe im „Krauthof", Beihinger Straße 27.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenwohnanlage „Im Lindach", Schwäbisch Hall. Elfi Domini zeigt zu Beginn einen Videofilm der letzten Fahrt (2010) nach West- und Ostpreußen. Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Für die Disposition ist eine baldmöglichste Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, nötig.

Stuttgart – Montag, 1. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Totengedenkfeier mit Kranzniederlegung, Friedhof Zuffenhausen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 5. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kulturnachmittag im Wirtshaus Auf der Lände.

Kitzingen – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier im „Deutschen Kaiser". – Montag, 1. November, Kranzniederlegung zu Allerheiligen am „Kreuz der Vertriebenen", Neuer Friedhof, Kitzingen.

Landshut – Dienstag, 2. November, 13.30 Uhr, Gedenken der verstorbenen Landsleute, Hauptfriedhof, Ergoldinger Marschallstraße. Anschließend, gegen 15 Uhr Kaffee und Kuchen in der „Blauen Stunde".

München Nord/Süd – Freitag, 22. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Weiden – Sonntag, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen im Heimgarten.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. Oktober, 19 Uhr, gemeinsames Abendessen: Schlesische Bratwürste im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Dazu gibt es „Neue Bilder und Berichte aus der Heimat – Aktuelle Berichte des Ausfluges nach Danzig, Westpreußen und Pommern".



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 29. Oktober, 14.30 Uhr, 84. Stiftungsfest der Ostpreußen im „Barlachhaus".



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 13. November, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), **Christkindelmarkt** aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungsweise U3-Station Rödingsmarkt). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten und diverser Literatur. Die Landesgruppe ist mit einem Stand vertreten und freut sich auf Ihr Erscheinen.

Freitag, 27. bis 29. Mai 2011, **Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen** in Erfurt. Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai, 7.30 Uhr, Kirchenallee (gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof); Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai; Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: Pro Person im DZ 154 Euro, EZ 194 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang beziehungsweise Besichtigung des Mariendoms mit einem Stadtführer, Abendbuffet am Anreisetag, Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Insterburg – Mittwoch, 3. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Es gibt einen Dichter- und Videovortrag. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Sensburg – Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland".

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. Oktober, 12 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle). Alte ostpreußische Tradition neu aufgelegt. Dazu „Schmand-Schinken-Essen" mit Unterhaltungsprogramm. Anmeldungen sind unbedingt erforderlich, unter Telefon (040) 7545878.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 22. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Thema: Erntedank in der Heimat, Ähren und Blätterraten mit herbstlicher Kaffeetafel.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 14. November, 14.30 Uhr, Jubiläumsveranstaltung zum 25. Gründungsjubiläum der Gruppe der Ostseedeutschen im „Kupferkessel" in Heppenheim-Graben.

Darmstadt – Sonnabend, 23. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel Erntedank mit dem Weiterstädter Seniorenkreis. – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel folgt ein Diavortrag von Gerhard Schröder über die Aufstellung und Ein-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Geburtstag feierte, war er ein Höhepunkt in ihrem Leben. Mit 20 Gästen feierte sie den Geburtstag in ihrer Eigentumswohnung im 10. Stock in Maintal, wo sie seit 1962 in einer Waldsiedlung wohnte. Unzählige telefonische Glückwünsche zeigten der Jubilarin, dass ihre Arbeit segensreich und sie sehr beliebt war. Auch nach diesem Ehrentag kümmerte sie sich wie stets weiter intensiv um ihre Aufgaben. Die Mohrunger danken ihrer Landsmännin für den jahrelangen Einsatz für die Heimat und werden sie als Vorbild für Klarheit und Genauigkeit in Erinnerung behalten. Am 5. September verstarb Erika Jahr an Herzversagen in einem Krankenhaus in Frankfurt (Main). Am 10. Oktober fand die Trauerfeier in der ev. Kirche in Dörnigheim statt, während die Urne an diesem Tag im Jahr-Familiengrab in Mannsdorf bei Leipzig beigesetzt wurde. *Elisabeth Krahn*



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Weihnachten naht! Ein alternatives Weihnachtspräsent – Die Kreisgemeinschaft bietet für Interessenten und Heimatfreunde folgende Literatur an: „Das war unser Rastenburg – Stadtrundgang durch Rastenburg", „Weihnachten in Ostpreußen", „Die Kirchspiele und die Kirchen in und um Rastenburg", „Kindheit in Ostpreußen", „425 Jahre Herzog-Albrecht-Schule und 150 Jahre Hindenburg-Oberschule zu Rastenburg", „Nebensächlichkeiten" von Harald Himer (Zeichnungen und Skizzen). Die Bücher sind bei der Geschäftsstelle, Kaiserring 4, 46483 Wesel, Telefon (0821) 26950, zu bestellen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

weihung eines Gedenksteines am 20. Juni 2010 in Königsberg für die 1945–1948 verstorbenen Kinder.

Dillenburg – Mittwoch, 27. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Gundborg Hoffmann referiert unter dem Titel: „In den Himmel zu schauen, war sozusagen das Hobby des Domherren zu Frauenburg“, über den Astronomen Nicolaus Copernicus.

Kassel – Dienstag, 2. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ruth Barthel gestaltet den Nachmittag mit Texten unter dem Titel: „Das Jahr klingt aus“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Bunter Herbstnachmittag mit Kaffee und Kuchen. Zur Unterhaltung wird um fröhliche Beiträge gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Göttingen – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Osnabrück – Dienstag, 26. Oktober, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Donnerstag, 28. Oktober, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 23. Oktober, 10 Uhr, diesjährige Herbsttagung der Landesgruppe im „Haus Union“, Schenkendorfstraße 13, Oberhausen. Der Vorstand der Landesgruppe lädt Landsleute, Jugend und Freunde Ostpreußens sehr herzlich ein und hofft auch bei dieser Tagung auf regen Besuch wie in den Jahren zuvor. Die Landesgruppe kann Ihnen auch zu dieser Tagung interessante Vorträge anbieten: Prof. Dr. Matthias Stickler vom Institut für Geschichte Julius-Maximilians-Universität Würzburg spricht zum Thema „Die Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die Rolle des BdV“ und Frau Gossen-Giesbrecht wird die Geschichte der Deutschen aus Russland näherbringen. Aus erster Hand erfahren die Teilnehmer von Herrn Kreuer wichtiges über den Lastenausgleich. Nicht fehlen darf bei dieser Veranstaltung natürlich Elli Weber, die durch ihre Vorträge immer aufmuntert.

Bielefeld – Donnerstag, 4. November, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 8. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 2. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, 53225 Bonn-Beul. Prof. Dr. Hans Rothe referiert über: „Die Polnische Frage – Ihre Bedeutung für die Nachbarn Polens“. – „Tannenberg/Grunwald als politisches Symbol im 19./20. Jahrhundert“. Am 15. Juli 1410 erlitt der Deutsche Orden bei Tannenberg eine vernichtende Niederlage gegen ein vereinigtes polnisch-litauisches Heer. Prof. Dr. Udo Arnold (Bonn), einer der versiertesten Kenner der Ordensgeschichte, analysierte die politisch-psychologische Bedeutung dieser Schlacht auf das deutsche und polnische Gemüt im 19. und 20. Jahrhundert. Die Bonner Kreisgruppe hatte zu diesem Vortrag am 6. Oktober eingeladen, zu dem auch zahlreiche Kreisgruppen wie Düren und Euskirchen sowie Mitglieder anderer Landsmannschaften gekommen waren. Für die meisten Deutschen, so Arnold, war Tannenberg ein Ort der Schmach. Erst der deutsche Sieg über das russische Heer im I. Weltkrieg veränderte für sie das Bild von diesem Ort. Für die Polen war Tannenberg ein Symbol des Triumphes über die Preußen / Deutschen, die an der späteren Teilung Polens beteiligt gewesen waren. In der nationalistischen polnischen Geschichtsschreibung und politischen Propaganda bis Ende des 20. Jahrhunderts wurde mit Grunwald Feindschaft gegen die Deutschen gepflegt. Erst in jüngster Zeit scheint sich bei beiden Seiten eine Normalisierung in der Beurteilung der Schlacht abzuzeichnen. Arnold dokumentierte dies durch ein sensationelles polnisches regierungsamtliches Foto von der Gedenkveranstaltung in Polen, zu dem der Hochmeister des Ordens als Redner eingeladen war. Auf dem Bild sieht man den neuen polnischen Präsidenten Komorowski, Ministerpräsident Tusk sowie den (polnischen) Präsidenten des Europa-Parlaments Buzek – und den Hochmeister des Deutschen Ordens in vollem Ornat. Noch vor wenigen Jahren wäre eine solche Veranstaltung in Polen und ein solches Foto undenkbar gewesen.

Düsseldorf – Mittwoch, 27. Oktober, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Sonnabend, 30. Oktober, 13.30 Uhr, Vortrag: „Ein Pommer am Rhein – Zur Rezeption von Ernst Moritz Arndt 150 Jahre nach seinem Tod“ von Dr. Norbert Schloßmacher im GHH. – Sonnabend, 30. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest im Eichendorfsaal (1. Etage), GHH. Mit dabei sind die Weseler Volkstanzgruppe „Silesia“, die Düsseldorfer Chorgemeinschaft und die Musikkappelle „Freunde der Volksmusik“. Der Eintritt beträgt 6 Euro. – Donnerstag, 4. November, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch im Raum 412, GHH.

Gütersloh – Montag, 25. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 1. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Witten – Donnerstag, 28. Oktober, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Thema: „Ernte früher und heute“.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 29. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 5. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26, zu einem Filmnachmittag. Es werden alte Filmaufnahmen von Ostpreußen, das Land am Meer, die Elche und die Jagd in Trakehnen vor dem Jahr 1945 gezeigt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 23. Oktober, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte in der Clausstraße. Thema: „Hildegard Rauschenbach“. Alle Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 23. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im Eschemuseum, Sachsenstraße, Limbach-Oberfrohna. Zu Gast ist wieder die Blaskapelle Hohenstein-Ernstthal und Tombola erwartet die Besucher. Hausgeschlachtete Wurst kommt wieder zum Angebot. Alle Landsleute und Interessenten sind dazu herzlich eingeladen.

Fachtagung

Bad Pyrmont – Eine staats- und völkerrechtliche Fachtagung zum Thema: „Eigentumsrecht und Enteignungsrecht – Analysen und Beiträge zur Vergangenheitsbewältigung“ findet am 25. und 26. Oktober im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Veranstalter ist die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen der Landsmannschaft Ostpreußen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht. Der Referent Prof. Dr. Andrzej Wróbel, Richter am Obersten Gericht in Warschau, wird zum Thema: „Wiedergutmachung durch Restitution im deutsch-polnischen Verhältnis“ einen Vortrag halten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. November, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 8. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Gedenken der Kriegsopfer.

Gardelegen – Freitag, 22. Oktober, 12 Uhr, Herbstfest mit Schlachtfest in der Gaststätte Zum Krug, Weteritz.

Giersleben – Donnerstag, 4. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Freitag, 29. Oktober, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen im Torhaus zu Schloss Glücksburg, anlässlich des Geburtstages – 22. Oktober 1858 – von Kaiserin Auguste Viktoria. Nach einem Spaziergang durch den Schlosspark trifft sich die Gruppe bei Kaffee und Kuchen im Rosencafé in Glücksburg. Thema ist die letzte deutsche Kaiserin aus dem Herzoglichen Hause Schloss Glücksburg. Nähere Infos und Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. – Sonntag, 14. November, 11.30 Uhr, Gedenkfeier auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel, zum Gedenken der Kriegstoten, verstorbenen Landsleute, der Gefallenen beider Weltkriege und den gefallenen Soldaten der Bundeswehr statt. Der Stadtpräsident der kreisfreien Stadt Flensburg wird anwesend sein. – Dienstag, 16. November, 19.30 Uhr lädt die Preußische Tafelrunde, Leitung Wolfgang Kanstorf, in das Flensburger Restaurant Borgerforeningen, zum Abendessen mit anschließendem Vortrag mit dem Thema: „Kaiserin Auguste Viktoria“ ein. Die Stadt Flensburg hatte eine recht enge Beziehung zu ihr, denn das hier ehemals stationierte Füsilier Regiment „Königin“ (Schleswig-Holsteinsches) Nr. 86 – in dem sie Regimentschefin war – lag in der ehemaligen Duburg-Kaserne. Weiterhin befindet sich in Flensburg das „Auguste Victoria Gymnasium“. Um eine frühe Anmeldung an Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847, wird gebeten. – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Totensonntag, findet die Gedenkfeier auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel statt. Diese Feierstunde gilt den Landsleuten, den Verstorbenen, Erfrorenen, Ermordeten, geschändeten Frauen und Mädchen – die auf der Flucht im Frühjahr 1945 – und den Soldaten – die ihr Leben lassen mussten. Die Gedenkstunde endet mit der Kranzniederlegung im Ehrenhain der Vertriebenen Landsmannschaften Flensburg. Anmeldung bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816, es wird um rege Beteiligung gebeten.

Mölln – Mittwoch, 27. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“. Es wird ein Film über die Berlin-Reise zum „Tag der Heimat“ gezeigt. Klaus Kuhr und Erwin Horning haben diesen Film zusammengestellt, in dem auch Aufnahmen vom Besuch in Schloss Schönhausen gezeigt werden.

Ein malender Komponist

Das Gerhart-Hauptmann-Haus würdigte Rudolf Halaczinsky mit einer großen Ausstellung

Der gebürtige oberschlesische Künstler Rudolf Halaczinsky schuf aus Bild und Klang eine schöpferische Einheit. Eine Ausstellung im Gerhart-Hauptmann-Haus von Düsseldorf zeigte eine interessante Retrospektive.

„Beziehungen“ lautete der Titel der Ausstellung im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus, die dem – 1920 im oberschlesischen Radlin Emmagrube / Kreis Rybnik geborenen und 1999 im Bensberg / Bergisch Gladbach verstorbenen – vielseitigen Künstler Rudolf Halaczinsky gewidmet war. Wer der Vernissage beiwohnen konnte, hat von der seltenen Gelegenheit profitiert, Malereien und Musikstücke im Rahmen einer in sich stimmigen Veranstaltung zu erleben. Nikolai Halaczinsky führte in die Ausstellung ein, Lothar Halaczinsky wiederum bot Einblicke in das rund 100 Werke umfassende kompositorische Schaffen seines Vaters.

Die künstlerische Begabung wurde Rudolf Halaczinsky in die Wiege gelegt. Sein Vater spielte Geige, malte und bastelte. 1940 begann er ein Studium an der Staatlichen Hochschule für Musik in Graz in den Fächern Klavier, Komposition und Dirigieren, wurde jedoch bald danach zum Wehrdienst einberufen. Nach dem Krieg war Halaczinsky als Korrepetitor, Kapellmeister und Hauskomponist am Stadttheater Augsburg tätig. Nach einem weiteren Studium an der Akademie der Tonkunst München wirkte er als Kantor der Herz-Jesu-Kirche Rheydt, als Musikerzieher in Mönchengladbach und folgte von 1971 bis 1984 einer Berufung als Dozent für Musiktheorie an die Universität Köln.

Der Musiker Rudolf Halaczinsky fand 1955 in einer Umbruchzeit des Suchens und Reifens in der Malerei zu einer weiteren Dimension künstlerischen Gestaltens, die ihm eine zweite Ausdrucksebene eröffnete. Als Autodidakt eignete er sich verschiedene Maltechniken an und hat seine Arbeiten in zahlreichen Einzelausstellungen u.a. in Düsseldorf, Köln, Hamburg, Stuttgart, Bochum, Mitassil und Oppeln O/S sowie in Gruppenausstellungen vorgestellt.

Mehrere seiner Kompositionen und Bilder sind in einer korrespondierenden Wechselwirkung entstanden. Beispiele dafür sind die Poèmes „Lumière imaginaire“ und „Lumière sonnante“ für großes Orchester und Tonband sowie das Poème „Tönende Sonne“ für Klavier zum gleichnamigen Bild und das daraus erwachsene Konzert für Klavier und Orchester.

Die Vorstellung von der Landschaft als „musikerfülltem Raum“, von der Welt, „die aus dem Klang entsteht“, letztendlich die Verschmelzung von Musik und Malerei wurde zu einer Leitidee seines Schaffens.

In seinen Arbeiten finden sich die vielfältigen Phänomene menschlicher Existenz ebenso wieder wie ihre Konflikte, Divergenzen und Hoffnungen. Für den Synästhetiker Halaczinsky galt, ein Thema mit den Mitteln der Malerei und der Musik darzustellen, zu ergründen und damit eine tiefere Wahrnehmungsmöglichkeit und Erkenntnis zu gewinnen.

Bei einem Rundgang durch die Ausstellung scheinen für den Betrachter die Grenzen zwischen Bildern und Kompositionen sowie zwischen Malerei und Musik weitgehend zu verschwimmen. Die Weite des Kosmos und die Faszination des Lichtes bestimmen thematisch das gesamte künstlerische Schaffen. Auf der Leinwand einerseits mit ausdrucksvollen Farben und Motiven experimentierend, andererseits aber zugleich der Zartheit eines Aquarells folgend, beherrschte der Künstler in seinen Kompositionen auch die musikalische Bandbreite von der Spätromantik bis zur 12-Ton-Musik.



Stimmungsvoll: „Und es ward Abend“ (Öl) Bild: DG

Zu den zahlreichen ausgestellten Kunstwerken gehören Ölgemälde wie „Und es ward Abend“, „Und die Sonne ...“, „Flammendes Feuer“, „Roter Farbklang“ und „Urlicht“, die Aquarelle „Weiden am Bachlauf“ und „Bergsee“ sowie die Mischtechnikarbeiten „Dunkler Farbklang“ und „Inferno“. In Vitrinen waren mehrere Kompositionsblätter zu sehen, darunter auch das letzte, unvollendete Werk „Adagio“ op. 88 datiert vom 15. Juli 1999. Aus dem facettenreichen kompositorischen Schaffen des Künstlers finden auch Orchester-, Chor-, Orgel-, Klavier-, Kammer- und Kirchenmusik Erwähnung, die national wie international mehrfach ausgezeichnet wurden. Eines der Höhepunkte ist die preisgekrönte symphonische Musik für das Poème symphonique „Lumière imaginaire“ für großes Orchester.

Rudolf Halaczinsky sinnierte kurz vor seinem Tod über die essentiellen Fragen seines künstlerischen Schaffens: „Von allem, was ich in meinem Leben, in der Musik, der Malerei und auch in meinen schriftstellerischen Arbeiten versucht habe zu leisten oder versuche noch zu schaffen, was wird davon Bestand haben, was wird nicht umsonst gewesen sein, was habe ich schöpferisch zustande gebracht, was werde ich in meiner mir noch verbleibenden Zeit von dem, was in mir vorhanden ist, zu Wege bringen? Ist es überhaupt wichtig, dass es geschaffen wurde, noch geschaffen wird, in der Schöpfung, in der Musik schon alles vorhanden ist beziehungsweise bereits alles geschaffen wurde.“ *Dieter Göllner*

Übrigens: Als Maler gehört Rudolf Halaczinsky zu den weltweit wenigen Künstlern, deren Werke auf ultraleichtem Spezialpapier im Original verewigt, im Raumschiff „Mir“ um die Erde kreisten.

Ostdeutscher Markt

Bund Junges Ostpreußen war begeistert

Die ostpreußische Jugend, der BJO, war erstmalig mit ihrem Werbestand beim Ostdeutschen Markt in Bonn. In der ehemaligen Bundeshauptstadt am Rhein, am Münsterplatz, präsentierten sich zum „Tag der Heimat“ Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Siebenbürger Sachsen und viele andere landsmannschaftliche Gruppen. Dabei zeigte sich der Bundesvorsitzende des BJO, Stefan Hein, positiv überrascht über die Größe der Veranstaltung in der Öffentlichkeit, da es wohlgemerkt von einem Kreisverband organisiert wurde. Der gesamte Münsterplatz war angefüllt mit ostdeutschen Ständen, die eingeladen haben landestypische kulinarische Spezialitäten kennenzulernen. Dazu gab es eine Fülle von Informationen zur Geschichte der ostdeutschen Regionen und ein vielfältiges kulturelles Bühnenangebot. Beim Letzteren gab es unter anderem eine kleine „Trachten-Modeschau“ mit genauer Erklärung zu jedem Kleidungsstück. Sicherlich tat auch das gute Wetter sein übriges für die große Besucherschar.

Lebendige Verbandsarbeit der Jugend

Im Wesentlichen waren zwei Personen in Planung und Durchführung verantwortlich für die Feier zum „Tag der Heimat“. Einmal Manfred Ruhnau in der Landsmannschaft Ostpreußen – als Kreisvertreter von Braunsberg bekannt – auch wirkt er seit Jahrzehnten beim Bund der Vertriebenen in Bonn mit und zum anderen Stephan Rauhut, als Vorsitzender der Schlesischen Kreisgruppe in Bonn. *S.H.*

Neben dem Stand in Bonn, war der BJO, in diesem Jahr, bei fünf Kreisgemeinschaften und zwei Landesverbänden präsent; entweder mit einem BJO-Stand oder einem „Wort der Jugend“.

Informationsbroschüre

Hamburg – Unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach tagte der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa“. Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Słubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa“ widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400891, Fax (040) 41400850

Schüttelrätsel

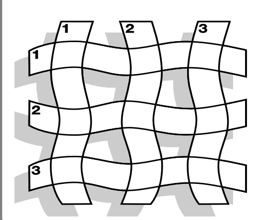
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Wärmegradeinteilung.

1	HUT		HALM
2	KNALL		KRAFT
3	GELD		BERG
4	BUERGER		BRIEF
5	WAND		BILD
6	FENSTER		LAHM
7	NATUR		BUCH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 gefährliche Tiefe, Felsenkluft
2 offene Kutsche mit Verdeck
3 größeres Grundstück

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Schachtel, 2. Koerper, 3. Schulden, 4. Meister, 5. Spiegel, 6. Fluegel, 7. Gesetz – Celsius

Magisch: 1. Abgrund, 2. Kremser, 3. Anwesen

PAZ10_42

Mit feinem Pinselstrich und Schwamm

Die Plakatmalerin Katrin Wulfers geht einem außergewöhnlichen Beruf nach

Handgemalte Kinoplakate sind selten geworden. Die in Bremen lebende Katrin Wulfers ist vermutlich als einzige Frau in Deutschland in diesem Metier tätig.

Es ist Dienstagabend, kurz nach 21 Uhr: Katrin Wulfers steckt in einer türkisfarbenen, mit Farbe beklecksten Hose und einem schwarzen Pulli. In ihrem Atelier breitet sich allmählich abendliche Dunkelheit aus, die wichtigste Lichtquelle ist ein spezieller Projektor. Dieses Episkop projiziert ein Plakatmotiv auf eine ungefähr anderthalb mal zwei Meter große Leinwand. Dann schraubt die ausgebildete Grafikdesignerin umfunktionierte Marmeladengläser auf und mischt die erste Farbe. Mit einem sehr feinen Pinsel zeichnet Wulfers die Konturen des Bildes auf der ansonsten völlig weißen Leinwand nach.

Katrin Wulfers hat einen seltenen Job. Außer ihr gibt es noch einige wenige Männer, aber sie soll die einzige Frau im Land sein, die beispielsweise Brad Pitt als „Inglorious Basterd“ auf die Plakat-Leinwand gebracht hat. Allzu viele Kinos leisten sich den Luxus des handgemalten Plakats heute nicht mehr. „Wenn ich male, dann tauche ich da so richtig ein, dann bin ich wie unter einer Käseglocke“, erzählt die Mutter von zwei Kindern, die gern in den Abendstunden malt, dann kann sie ungestört arbeiten. Außerdem wäre ihr Arbeitsraum sonst zu hell. Ihr ist schon klar, dass ihre Werke vergänglich sind: Denn immer, wenn ein neuer Film anläuft, übermalt Wulfers ein altes Plakat mit neuer Acrylfarbe. Sie ist auch bereits gefragt worden, ob sie ihre Plakate verkauft, hat aber erst zwei dieser Werke auch zu Geld gemacht. Derzeit sucht sie den besten Online-Vertriebsweg für zukünftige Plakate.

Zum Plakatemalen ist Wulfers zufällig gekommen: Vor gut einem Jahr lief sie einem alten Schulfreund über den Weg, der gerade eine zusammengerollte Leinwand zum damaligen Plakatemaler des Programmkinos „Schauburg“ bringen wollte. Für ihn suchte das Kino schon seit geraumer Zeit eine Nachfolge, aber trotz Anfragen auch an die Bremer Hochschule für Künste wollte niemand diesen Job übernehmen. „Vielleicht hat sich das auch niemand zugetraut?“, überlegt Wulfers heute. Mit der spontanen Frage auf der Straße „Oder willst du das machen?“ an ihre Adresse nahm die Geschichte ihren Lauf. „Ich hatte das Gefühl, das Plakatmalen ist auch nur auf mich gewartet“, erinnert sie sich mit einem Lächeln. „Ich hatte schon so oft vor dem Kino gestanden, die Plakate angeguckt und gedacht: Schade, das macht schon jemand anderes. Und auf einmal durfte ich das machen.“ Seitdem hat sie gut 20 Motive auf die drei immer wieder übermalten Leinwände der Schauburg gebannt.



Abpausen in großem Stil: Plakatmalerin Katrin Wulfers in ihrem Atelier — Bild: Jörg Sarbach

Bevor Wulfers mit dem Malen beginnt, plant sie sehr genau, wie sie das Originalmotiv auf die Leinwand ihres Kunden, das „Schauburg“-Kino im Bremer Szeneviertel Steintor, bringt. Denn: Die ist ein Querformat, das Motiv aber meist ein Hochformat. Außerdem muss sie sich überlegen, wie sie die besten Kontraste erzielt, „damit man das Bild auch aus der fahrenden Straßenbahn sofort erkennen kann“. Dann kommt das Episkop zum Einsatz.

Mit feinem Pinselstrich entstehen die Konturen des Plakatmotivs auf der Leinwand. „Das ist das Langwierigste“, erklärt sie. Kein Wunder: Wulfers arbeitet die Schatten heraus, die bei einer Figur mit schwarzer Hose, dunkelrotem Pullover und dunklem Haar stellenweise kaum zu erkennen sind. Danach, wenn es daran geht, die Flächen zu füllen, wird sie schneller. Dann greift Wulfers zu dickeren Pinseln oder zu einem Haushaltsschwamm.

Anspruchsvoll – aber auch erst richtig interessant – wird es, wenn etwa bei einem Portrait „nicht nur die Formen erkennbar sein sollen, sondern auch der Charakter. Ganz viel davon machen Licht und Schatten aus.“

An diesem Abend konturiert sie erst ein Kindergesicht, dann das einer Katze mit sehr genauen, feinen Linien, von denen man sich fragt, wie viel davon später noch auf viele Meter Entfernung zu sehen sein wird. Für ein Plakat braucht sie, je nach Schwierigkeit, etwa vier bis fünf Stunden.

Jedes Kino-Plakat, das Wulfers malt, muss vor dem Aufhängen vom Filmverleih abgesegnet werden. Das ist in der Regel eine reine Routinesache: Ein Foto vom fertigen Bild mailt sie an den Verleih, dann bekommt sie die Freigabe. „Wenn das Plakat dann hängt, ist das wie eine Belohnung für mich“, sagt sie und lächelt.

Ulrike Bendrat

Für Sie probiert

Alles für den Backofen

Ohne Backofen gäbe es kein Brot, keinen Kuchen, keine Plätzchen. Ohne Backofen müssten wir auf Quiches, Tartes und Pizzen, auf leckere Aufläufe und Gratins und nicht zuletzt auf knusprige Ente oder zarten Schmorbraten verzichten“, so die Autoren des Buches „Aufläufe und Ofengerichte“. Logisch gegliederte Rezepte neben schönen Fotos der Speisen sollen die Leser zum Nachkochen der Gerichte animieren. Allerdings sind die meisten Rezepte nur Abwandlungen bereits bekannter Speisen. Selten wagen die Autoren mal, eine eigene Kreation anzubieten. Und somit bietet das Buch für jene, die schon einige Kochbücher zu Hause haben, nicht wirklich Reizvolles. Überbackene Zwiebelsuppe, Irish Stew, Gulaschsuppe, Quiche Lorraine und Brotpudding bieten nur Konventionelles ohne individuell hinzugefügten Pfiff. Etwas ausgefallener sind da schon der Pfifferling-Auflauf, der Schillerlocken-Auflauf, Rigatoni-Gratin mit Rucola, Sauerkraut-Hack-Auflauf, Kürbis-Apfel-Galette, scharfer Kartoffelstrudel und Pflaumencrumble. Und da das Buch äußerst günstig ist, kann ein Kauf, so denn noch Platz im Bücherregal vorhanden ist, auch nicht schaden. *Bel*



„Aufläufe und Ofengerichte“, Komet, Köln 2010, gebunden, 141 Seiten, 6,99 Euro

Moderne Glasobjekte

In Rheinbach werden nicht nur historische Gläser gezeigt

Rheinbach hat sich durch die Ansiedlung der deutschen Glasveredler aus Nordböhmen – die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben worden waren – zur „Stadt des Glases“ entwickelt. Neben zahlreichen Veredlungswerkstätten wurden auch die ehemalige Glasfachschule Steinschönau und das Glasmuseum in Rheinbach gegründet. Auch heute noch ist die umfangreiche „Stiftung Hikkisch“ als Grundstock der Sammlung in der Dauerausstellung des Museums im historischen Ensemble des Himmeroder Hofes zu sehen. Die Präsentation gibt einen Überblick über die Kunst böhmischer Glasherstellung und -veredlung. Die Vielfalt der Exponate deckt Entwicklungsetappen vom Barock bis zum zeitgenössischen internationalen Studioglas ab.

Wer derzeit die Dauerausstellung des Rheinbacher Glasmuseums besucht, kommt an der aktuellen Sonderausstellung „Ein+Durch+Ausblicke“ nicht vorbei. In der Schau tritt eine Auswahl der jüngsten Glasobjekte von Wilfried Grootens in einen spannungsreichen Dialog mit Malereien von Hans Schönborn. Wie die Museumsleiterin, die gebürtige Siebenbürgerin Ruth Fabritius, verriet, war es für sie sehr wichtig, die Arbeiten dieser beiden zeitgenössischen Künstler in einer gemeinsamen Schau vorzustellen. Sowohl den Glasobjekten als auch den Aquarellen liegen Schwerpunkte wie Reisen, Wasser und Farbe zugrunde. Beim intensiven Beobachten der Glaskunst-Exponate und der farbenfrohen Aquarelle entstehen immer wieder thematische Brückenschläge.

Je nach dem Blickwinkel, aus dem die Skulpturen und Objektglaskästen aus geschichtetem Floatglas, einem in speziellem Verfahren hergestellten Flachglas, von Wilfried Grootens betrachtet werden, eröffnen sich unterschiedliche Perspektiven und chromatische Effekte.

Der Künstler hat nach seiner Ausbildung zum Glas- und Porzellanmaler zunächst Reisen nach Asien, in den Orient und nach Südamerika unternommen. Seit 1989 besitzt er ein eigenes Atelier und beschäftigt sich vorrangig mit Plexi- und Acrylglas sowie mit Floatgläser-Experimenten.


Wilfried Grootens: Beispiel aus seinem Schaffen — Bild: Göllner

Die Exponate im Rheinbacher Glasmuseum bestehen zum Teil aus unzähligen Farbglasscheibchen, die der Künstler in Vitrinen geschichtet hat. So etwa liegt auch der „Porta 2008“ und den Werken zum Thema Unterwasserwelten eine bemalte Flachbildscheibe zugrunde, die in viele präzise Scheibchen geschnitten und zu einer künstlerischen Form gestaltet wurde. Faszinierend ist auch die Ofengussarbeit „Ohne Titel“, in der Grootens eine spezielle Technologie angewandt hat, um aus Glas und Basalt ein beeindruckendes Kunstwerk zu schaffen.

Hans Schönborn wiederum ist Bauingenieur und war viele Jahre als Baudirektor in Rheinland-Pfalz tätig. Der reiselustige Aquarellist hat von Kindesbeinen an gerne gemalt. Sein Werk umfasst unter anderem Zeichnungen, Aquarelle, Tempera- und Ölmalereien sowie Radierungen und Grafiken. In der Ausstellung im Rheinbacher Glasmuseum sind Bilder zu sehen, die lichterfüllte Augenblicke festhalten. Aber auch aussagekräftige Grafiken wie beispielsweise die Aquatinta-Arbeit „Gegenlicht“ strahlen einen besonderen Reiz aus. Spannend für die Betrachter sind übrigens auch einige Druck-platten, die in einer Vitrine gemeinsam mit dem Werk zu sehen sind.

Die Vorbereitungen für eine weitere interessante Schau, die bereits am 19. November im Glasmuseum eröffnet wird, laufen schon jetzt auf Hochtouren. In dieser Ausstellung werden Parfümflakons aus drei Jahrtausenden zu sehen sein, darunter auch böhmische Fläschchen. *Dieter Göllner*

Die Ausstellung im Glasmuseum Rheinbach, Himmeroder Wall 6, ist bis 14. November dienstags bis freitags von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr, am Wochenende von 11 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 2,50 / 1 Euro.

»Make up« für Dinge

Ausstellung in Zürich: Von wegen oberflächlich

In Zürich ist derzeit eine Ausstellung zu sehen, die dokumentiert, wie Designer die Oberfläche ihrer Produkte herausputzen, um den Verbraucher zum Zugreifen zu animieren. „Bedeutung und Attraktivität eines Designprodukts hängen wesentlich von der Gestaltung seiner Oberfläche ab. Damit lässt sich der erhebliche Arbeitsaufwand für ein ‚Finish‘ oder ‚Make up‘ erklären“, erläutern die Ausstellungsmacher. „Die Ausstellung ‚Make up‘ im Zürcher Museum für Gestaltung zelebriert den Reiz der Oberfläche und bezieht sich auf alle Gebiete der Gestaltung. Sie zeigt Texturen von Designklassikern im Zusammenhang mit aktuellen Beschichtungstechniken und zeichnet eine inspirierende Geschichte der Oberfläche an Objekten der Alltagswelt.“

Erst bei genauem Hinsehen, bei bewusstem Wahrnehmen entdeckt der Verbraucher das Gesicht eines Produkts. Selbst das unscheinbarste Ding hat ein „Make up“, sei es der Parfümflakon mit einem Deckel aus geflochtenem Plastik – nicht notwendig, aber angenehm anzufassen, sei es das Deospray mit dem Stoffbezug, das Sauberkeit und Frische verheißt. „Produkte haben ein Gesicht, mit dem sie sich an ihre Benutzer wenden – sie wollen bewundert, verstanden oder berührt werden. Neben ihrer Erscheinung wirken Oberflächen auch in der physischen Interaktion. Solche funktionalen ‚Coatings‘ (Beschichtungen) werden für die Industrie entwickelt und dringen in alltägliche Lebensbereiche vor; als Sportbekleidung, Autolack oder Lidschatten. Die sinnvolle Nutzung dieses Potenzials ist eine Herausforderung fürs Design.“

„Make up“ ist im modernen Leben kaum noch wegzudenken. Die meisten Frauen verzichten ungern auf ihr tägliches „Make up“. Sie fühlen sich geradezu nackt, wenn sie nicht wenigstens ein Hauch Rouge auf den Wangen oder eine Spur Lippenstift verteilen – selbst dann, wenn sie nur zum Bäcker um die Ecke gehen.

Schminke ist vermutlich so alt wie die Menschheit selbst. Bereits an der vor etwa 25 000 vor Christus entstandenen sogenannten Venus von Willendorf, die in der Wachau gefunden wurde, konnten Farbreste aus Ocker, Kalkweiß und Asche festgestellt werden. Ein wunderschönes Beispiel altägyptischer Schminkkunst ist die Büste der Nofretete. Mit zunehmenden wissenschaftlichen Erkenntnissen achtet man bei der Verwendung von Schminke nun auch auf die möglichen gesundheitlichen Schäden. So entwickelte der Berliner Bariton Ludwig Leichner (1836–1912) 1873 die erste bleifreie Theaterschminke. Leichner hatte zuvor Pharmazie und Chemie studiert. Als Sänger hatte der Wagner-Verehrer Engagements in Bamberg, Köln, Königsberg und in Stettin. Seine 1873 gegründete Puder- und Schminkenfabrik bestand bis 2003.



Verführerisch: Deo im Frotteemantel — Bild: Museum für Gestaltung

Der Begriff „Make up“ wird dem 1875 in Lodz geborenen Max Factor zugeschrieben. Bereits mit neun Jahren arbeitete er bei einem Perückenmacher und Kosmetiker in seiner Vaterstadt. 1904 wanderte er in die USA aus, wo er zunächst auch die Schminke von Leichner vertrieb, dann aber in Kalifornien ein eigenes Kosmetik-Imperium aufbauen konnte. Er machte sich die Filmindustrie in Hollywood zunutze und entwickelte eine Creme in zwölf verschiedenen Schattierungen, die anders als andere Theaterschminke nicht hart wurde. Factor nannte seine Produkte „Make up“, ein Ausdruck, der zuvor nur im Theater und von Leuten mit zweifelhaftem Ruf benutzt wurde. Max Factors Werbespruch war: Jedes Mädchen kann aussehen wie ein Hollywood-Star. Und von denen zählten solche Größen wie Mary Pickford, Gloria Swanson, Bette Davis, Joan Crawford und Judy Garland zu Factors Stammkunden. *S. Osman*

Die Ausstellung „Make up – Design der Oberfläche“ ist noch bis zum 2. Januar 2011 dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr in der Galerie des Museums für Gestaltung in Zürich zu sehen.



Würmer zum Dessert

Nehberg erzählt

„Sir Vival blickt zurück – Resümee eines extremen Lebens“ – der Buchtitel lässt bereits auf den Autor schließen: Rüdiger Nehberg, Extrem-Abenteurer und Überlebenskünstler, schreibt anlässlich seines 75. Geburtstags witzig und kurzweilig über die Herausforderungen, die er gesucht hat, aber auch über seine Grundüberzeugungen. Geboren 1935, wuchs er gut behütet im westfälischen Münster auf. Zwar lernte er das Bäcker- und Konditorhandwerk und machte sich mit seiner ersten Frau in Hamburg mit einem mittelständischen Betrieb selbstständig.

Doch das war nicht seine Welt. Rüdiger Nehberg suchte die Gefahr, was für ihn hieß, unter schwierigsten Bedingungen an ein selbst gestecktes Ziel zu gelangen – oder eben nicht. Er würde damit fortfahren, wenn seine Gesundheit es ihm erlaubte; aber in dieser Hinsicht hat er, nicht nur altersbedingt, Federn lassen müssen. Da er unbedingt glaubwürdig ist, kommt der Leser aus dem Staunen nicht heraus. Einige Projekte wurden gemeinsam mit Freunden und Partnern durchgeführt, um die Unternehmungen zu filmen und anschließend zu vermarkten, was auch durch Nehbergs populäre Bücher erfolgte. Aufhören kam für ihn nie in Frage, auch nicht nach der Ermordung seines Freundes Michael Teichmann am Blauen Nil 1976. 1977 zog er mit Kamelen durch die Danabil-Wüste in Äthiopien, 1981 lief er 1000 Kilometer ohne Proviant durch Deutschland. Er ernährte sich von Gräsern, Heuschrecken und verschmähte auch ein überfahrenes Eichhörnchen nicht. Im Übrigen bedauert er, dass er nicht durchdringt mit seiner Empfehlung, Insekten auf den Speiseplan zu setzen. 1986 überquerte er erstmals den Atlantik – mit einem Tretboot!

Seit 30 Jahren macht sich der Autor seine Bekanntheit zunutze, um für humanitäre Projekte zu kämpfen. International erregte er Aufsehen mit seinen Aktionen für den Schutz der durch den Raubbau am Amazonasregenwald bedrohten Yanomami-Indianer.

Vor zehn Jahren gründete Nehberg gemeinsam mit seiner dritten Frau die Menschenrechtsorganisation Target. Beide setzten sich das Ziel, ein Verbot der in Afrika und durchweg in islamisch dominierten Staaten ausgeübten Genitalverstümmelung von Mädchen zu erreichen. Es gelang ihnen, namhafte Vertreter des Islams davon zu überzeugen, dass es sich dabei um eine mit der Religion nicht im Einklang stehende schwere Menschenrechtsverletzung handelt. Sultane folgten ihrer Einladung zu einer Konferenz in Kairo, wo der barbarische Brauch zur Sünde erklärt wurde. Nun möchte das Paar noch die entsprechende Fatwa auf einem Riesenbanner in Mekka veröffentlicht sehen. Abschließend rät der Autor jedem einzelnen, sich für ein wichtiges Anliegen zu engagieren: „Denn alles von Menschen Gemachte ist zunächst immer im Kopf einer einzigen Person entstanden. All unser Wissen ist ein Darlehen der Welt und der Vorwelt. Der tätige Mensch trägt es an die Mitwelt und Nachwelt ab. Der untätige stirbt mit einer unbezahlten Schuld.“ *Dagmar Jestrzemski*

Fatwa in Mekka veröffentlichen

Rüdiger Nehberg: „Sir Vival blickt zurück – Resümee eines extremen Lebens“, *Piper Verlag 2010, geb., 189 Seiten, 19,95 Euro*



Stimme für die Heimkehrer

1950 wurde der VdH gegründet und half bei der Wiedereingliederung

Vor nun über 60 Jahren, im März 1950, wurde der „Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschland e.V.“ (VdH) gegründet. Damit bekamen viele Deutsche, die noch fünf Jahre nach Kriegsende an den Folgen des Zweiten Weltkrieges litten, endlich eine offizielle Interessenvertretung. Birgit Schwelling nimmt sich in „Heimkehr – Erinnerung – Integration – Der Verband der Heimkehrer, der ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft“ nun dieser Institution an. Die Autorin beschreibt ausführlich, vor welchen Problemen der Verband stand und wie sich nach Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen sein Aufgabenfeld änderte.

Erst galt es, die Versorgung der Heimgekehrten mit Wohnraum, Arbeit und Dingen des täglichen Bedarfs zu organisieren, dann musste die medizinische Nachsorge von Kriegsverletzungen geregelt werden, und die noch in Kriegsgefangenschaft verbliebenen Soldaten in der Sowjetunion, aber auch im Westen mussten heimgeholt sowie die Witwen und Kinder versorgt werden.

Obwohl es sich um eine wissenschaftliche Arbeit handelt, schwingt Antipathie gegenüber dem VdH mit, obwohl der doch damals Erstaunliches geleistet hat. Man hat den Eindruck, als würde Schwelling es dem VdH fast übel nehmen, dass er sich, nachdem die letzten Kriegsgefangenen aus Russland heimgekehrt waren, nicht aufgelöst hat.

Autorin meint, der Verband hätte sich 1960 auflösen können

„Wir sollten es nicht vergessen: Die Erinnerung bleibt der Motor“, hieß es zum zehnten Jubiläum des Verbandes. Doch die Art und Weise des Erinnerns, die im Buch dargestellt wird, widerstrebte im Laufe der Jahre der politischen Klasse immer mehr. Waren anfangs immer noch viele Vertreter der verschiedenen Parteien auf Heimkehrertreffen des VdH, nahm schon in den 60er Jahren kaum noch einer eine Einladung des Verbandes an. Dass der VdH bis zu seiner Auflösung 2006 Ausstellungen und Seminare über deutsche Kriegsgefangenene veranstaltete und zudem Mahnmale bauen ließ, kann die Autorin offenbar nicht nachvollziehen. Noch Jahrzehnte nach dem Krieg das Thema Kriegsgefangenschaft wachzuhalten, zumal es doch immer weniger Betroffene gab, empfindet die Leiterin der Forschungsgruppe „Geschichte und Gedächtnis“ an der Universität Konstanz als unnötig. Dies kann man an der Aussage „Das ‚Zeitalter‘ der Kriegsgefangenen war definitiv zu Ende gegangen“ für das Jahr 1960 ablesen. Wer Kriegsgefangene kennt, der weiß, dass die gemachten Erinnerungen erst enden, wenn der letzte Atemzug getan ist. Am Ende des Buches dankt die Autorin ihren Unterstützern wie Dr. Gesine Schwan und Dr. Peter Steinbach. Muss man noch irgendwas sagen? *Rebecca Bellano*

Birgit Schwelling: „Heimkehr – Erinnerung – Integration – Der Verband der Heimkehrer, der ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft“, *Schöningh, Paderborn 2010, gebunden, 324 Seiten, 44,90 Euro*





Fremde Schreibfedern

Ein Laie ahmt berühmte Schriftsteller nach und hat damit Erfolg

„Die Fälschung unterscheidet sich vom Original dadurch, dass sie echter aussieht“, bemerkte einst der Philosoph Ernst Bloch. Die Romanfigur Mark Trace in „Der Hochstapler“ beherrscht die Kunst des Fälschens perfekt. Er schreibt Geschichten im Stile berühmter Schriftsteller, bei denen der Leser zwischen Original und Kopie nicht mehr unterscheiden kann. Nach dem Schulabschluss zieht es Mark, wie einst die großen Autoren Samuel Beckett und James Joyce, nach Paris. Dort verdingt er sich zunächst als Englisch- und Französischlehrer. Ihm kommt das Gerücht zu Ohren, Ernst Hemingways Gattin habe etliche Manuskripte des Dichters verlegt, die dieser dann habe neu schreiben müsse. Als Fingerübung fertigt Mark eigene Versionen der verlorenen Geschichten an. Eine davon gelangt zufällig in die Hände eines Verlegers.

Derweil hat Mark ein Literaturstudium in London aufgenommen, welches er jedoch aus Geldnot bald wieder unterbricht. Bei der renommierten, aber heruntergekommen Literaturzeitschrift „Little Review“ schlägt er sich als Redaktionsassistent durch. Emblematisch für die Verhältnisse hängt Caspar David Friedrichs Gemälde „Der arme Poet“. Mark rettet die Zeitschrift vor dem Bankrott, indem er mit vermeintlich verschollenen Storys toter Dichterseelen die Auflage steigert. Neben Graham Greene und Roald Dahl holt er auch einen gewissen James Sherwin aus der literarischen Mottenkiste hervor. Die Witwe Sherwins erkennt den Schwindel zwar, lässt ihn jedoch nicht auffliegen unter der Bedingung, Mark möge den letzten Roman des Verstorbenen vollenden. Es beginnt ein tage- und nächtelanger Schreibmarathon, während dem sich Mark allmählich selbst verliert: „Ich muss mir immer wieder vor Augen halten, wer ich bin oder wer ich war. Bloß dass seine Stimme meine übertönt, sie zu einer werden, bis ich nicht mehr unterscheiden kann, wer was sagt. Sherwins Geist ist immer da, schaut mir über die Schulter. Er verspottet mich, den ewigen Nachahmer, der ihm nie und nimmer das Wasser reichen wird.“

David Belbins Roman „Der Hochstapler“ ist ein spannender Ausflug in die Welt der Bücher und in den Literaturbetrieb mit all seinen kuriosen Gestalten. Der Autor verwebt geschickt Fakten mit Fiktion, wobei dieser Kunstgriff den Erzählfluss zuweilen stört. Langatmige Nebenerzählungen über Freunde, Bekannte und Verwandte lenken ferner von der Haupthandlung ab. Wer kein Kenner der englischsprachigen Literaturszene ist, läuft zudem Gefahr, den Reiz an der Geschichte zu verlieren. Schließlich wären einige Kostproben des schreibtalentierten Protagonisten wünschenswert gewesen, etwa Passagen aus den Greene-, Hemingway- oder Dahl-Imitaten. Stattdessen muss sich der Leser mit mageren Inhaltsangaben der von Mark verfassten Werke begnügen. Schade um die hochgestapelte, aber nur durchschnittlich umgesetzte Idee. *Sophia E. Gerber*

David Belbin: „Der Hochstapler“, *Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010, gebunden, 284 Seiten, 19,95 Euro*



Mussoloni auf dem iPhone

Der Umgang der Italiener mit ihrem Faschismus – Anders als in Deutschland

Zu Beginn des Jahres ging eine wunderliche Meldung durch die Zeitungen: In Italien sei das „i-Mussolini“ eines der beliebtesten Programme für das Mobiltelefon iPhone. Rund 1000 Hörer klickten täglich auf das Symbol mit dem stahlhelmbewehrten „Duce“ und lauschten dessen Brandreden. Ihren sorglosen Umgang mit der Vergangenheit tragen die Italiener offen zur Schau: vom Ladenverkauf von T-Shirts und Weinflaschen mit dem Porträt Mussolinis über Fußballer, die im Stadion den rechten Arm zum römischen Gruß ausstrecken, bis hin zum Pilgerrummel an Mussolinis Geburtsstätte Predappio und am Gran Sasso, wo er gefangengehalten wurde. In seinem Buch „Viva Mussolini!“ geht der Schweizer Historiker Aram Mattioli der Aufwertung des Faschismus in Gesellschaft und Politik auf die Spur.

Anders als die Deutschen seien die Italiener nach dem Zweiten Weltkrieg nie mit ihrer Vergangenheit konfrontiert worden. Es gab keine Kriegsverbrecherprozesse wie in Nürnberg. Unter den Tisch fielen Mussolinis Giftgaseinsatz im Äthiopienkrieg sowie die harten Besatzungsregimes in Libyen, am Horn von Afrika und auf dem Balkan, die etwa eine Million Todesopfer forderten. Bereits 1946 verfügte der kommunistische Justizminister Palmiro Togliatti eine Generalamnestie für rechtskräftig verurteilte Faschisten. Auch bürgerliche Kräfte vernachlässigten die Exzesse der Diktatur, weil sie um ihre eigene Verstrickung wussten. Die junge Republik berief sich als Fundament auf den Resistenza-Mythos, das faschistische Regime aus eigener Kraft überwunden und das Land mit der Waffe in der Hand von den deutschen Besatzern befreit zu haben. Die Erfolgsära Mussolinis in den 20er und 30er Jahren sowie der anschließende italienische Bürgerkrieg zwischen Partisanen und den Anhängern der faschistischen Republik von Salò verschwanden aus dem kollektiven Bewusstsein. Wo es nur Widerstandskämpfer gab, geriet die eigene Tätervergangenheit aus dem Blick.

Keine Prozesse gegen Kriegsverbrecher

In den 1980er Jahren bröckelte erstmals der antifaschistische Grundkonsens. Der bekannte konservative Historiker Renzo De Felice bestritt eine rassistische Komponente des Faschismus und forderte, die antifaschistischen Normen der Verfassung sowie das Verbot faschistischer Parteien zu streichen. Anfang der 1990er Jahre, nachdem sich Christdemokraten und Sozialisten wegen schwerer Korruptionsskandale über Nacht aufgelöst hatten, betrat der Unternehmer Silvio Berlusconi die Politbühne. Er gewann 1994 die Parlamentswahlen mit seinem Bündnis aus der liberalkonservativen Forza Italia (FI), der Lega Nord und dem neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI). MSI-Chef Gianfranco Fini, heute Präsident des Abgeordnetenhauses, lobte damals Mussolini als größten Staatsmann des Jahrhunderts.

Mit der Aufnahme von Alessandra Mussolini, Enkelin des Diktators, oder Mirko Tremaglia, überzeugter Salò-Veteran, machte Berlusconi den Faschismus im Parlament wieder salonfähig. Als Herr der Medienlandschaft arbeitet der Premier daran, den Unterschied zwischen Faschismus und Antifaschismus aufzuheben. Den Salò-Soldaten solle die selbe Ehre wie den Partisanen zukommen, weil beide für das Vaterland gekämpft hätten.

Mattiolis Studie ist die kritische Zeitdiagnose eines zerrissenen Landes, dessen schwieriger Umgang mit der faschistischen Vergangenheit sich nicht erst seit Berlusconi offenbart. Angenehm sachlich geschrieben verzichtet sie auf den üblichen Skandalton. Leider geht der Autor weder auf die Schwäche der Antifaschisten nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989 ein noch auf die Rolle des Vatikans. Ferner verkennt er die Bedeutung Finis und seine demokratische Wandlung. Ein Bildteil und Glossar sowie das umfangreiche Literaturverzeichnis machen die Darstellung sowohl für Laien als auch Wissenschaftler lesenswert. *Sophia E. Gerber*

Aram Mattioli: „Viva Mussolini! – Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconis“, *Schöningh, Paderborn 2010, gebunden, 204 Seiten, 19,90 Euro*



Zwei Wege

Beispiele für den Sozialstaat

Wann ist ein Sozialstaat sozial? Mehrere Wissenschaftler haben sich in dem Buch „Soziale Ungleichheit im Sozialstaat“ mit der Frage beschäftigt und verglichen das soziale Netz in Deutschland mit dem in Großbritannien. Ob Gesundheit, Rente oder Arbeitslosigkeit – beide Länder weisen markante Unterschiede auf, wobei der größte Unterschied in dem Ziel der staatlichen Hilfe liegt. Während das Wohlfahrtsystem in Großbritannien von der Leitidee getragen ist, bei niedrigen Finanzierungsbeiträgen eine Grundsicherung zu gewähren, entschied man sich in der jungen Bundesrepublik das Ziel der Statussicherung, um den Sozialstaat so auch für Besserverdienende attraktiv zu machen. Heute erkennt man zwar in beiden Ländern noch Anzeichen der jeweiligen Leitidee, aber die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben diesen einige Anpassungen abgetrotzt. Hartz IV und das Ziel Statussicherung sind nun wirklich Welten voneinander entfernt. Bei der Rente hingegen gilt das Ziel Statussicherung grundsätzlich noch, doch auch hier sind schon Auflösungserscheinungen zu erkennen. In Großbritannien blieb man zwar bei der Grundsicherung, doch ist diese inzwischen schon längst nicht mehr für die angestrebten niedrigen Beiträge zu haben. Interessant ist zu erfahren, dass die Fürsorgequote in Westdeutschland 1949 bei sechs Prozent lag, 1950 bei 2,8 Prozent und 1993 bei drei Prozent, während sie sich in Großbritannien ab 1948 immer um die fünf Prozent bewegte, in den 80ern auf 15 Prozent stieg und 1993 sogar 18 Prozent erreichte.

Die vorliegende Aufsatzsammlung berücksichtigt leider nicht die letzten Entwicklungen, die neuesten Zahlen sind von 2003 und 2005. Trotzdem sind die Informationen aufschlussreich, auch wenn die Autoren sich wenig Mühe geben, ihr Thema gefällig zu präsentieren. *Bel*

Hans Günter Hockerts, Winfried Süß (Hrsg.): „Soziale Ungleichheit im Sozialstaat – Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich“, *Oldenbourg, München 2010, broschiert, 139 Seiten, 16,80 Euro*

Isabella Woldt und Tadeusz J. Zuchowski (Hrsg.)

Im Schatten von Berlin und Warschau

Adelssitze im Herzogtum Preußen und Nordpolen 1650–1850



Ländliche Adelssitze im heutigen Nordosten Polens (Ostpreußen, Oberland, Pomerellen und Nordmasovien) werden wiederentdeckt. Diese Publikation präsentiert die wichtigsten Landsitze, die 1650 bis 1850 entstanden sind, und führt in die nahezu unbekannte Geschichte alter preußischer (Dohna), polnischer (Krasiński) und litauischer (Pac) Adelsfamilien ein. Bis zur Bildung des preußischen Königreiches war das Herzogtum Preußen Lehensgebiet von Polen-Litauen und lange politisch und kulturell mit der Adelsrepublik verbunden. Die Architektur der neuen Landsitze entstand deshalb unter wechselseitigen Einflüssen der Kunstzentren von Warschau, Berlin und Dresden. Autoren aus Polen und Deutschland untersuchen und erklären deren wenig bekannte und zugleich faszinierende Baugeschichte von der Entstehung bis zum aktuellen Zustand. Der Band präsentiert erstmals die gesellschaftlichen, kulturhistorischen und künstlerischen Zusammenhänge der Region. Vielleicht zum letzten Mal werden hier auch Bilder wesentlicher Bauwerke gezeigt, die sich heute teilweise in einem kompletten Verfallsprozess befinden.

Geb., 400 Seiten mit Farb- u. SW-Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7027

€ 69,00

Peer Steinbrück

Unterm Strich





Peer Steinbrück analysiert schonungslos die Lage und zeigt Wege aus der Krise. Seine Botschaft ist eindeutig: Egal ob es um die Stärkung unserer Wirtschaft, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme oder die Lage der Parteien geht: Eine gute Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass Politik und Bürger sich offen eingestehen, welche Schnitte nötig sind, statt Tabus zu pflegen und mit unhaltbaren Versprechungen von den Problemen abzulenken.

Geb., 479 Seiten
Best.-Nr.: 7025

€ 23,00

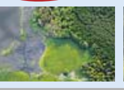
Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren



Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Spiralbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm
Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989

€ 14,80





Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99

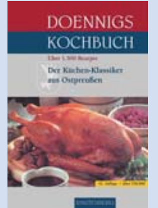


Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

THILO SARRAZIN

DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB



Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

„Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten."

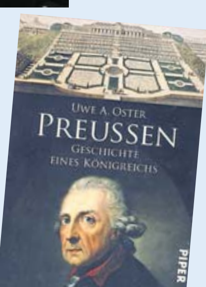


lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Uwe A. Oster

Preußen - Geschichte eines Königreichs



Sie alle waren Preußen: die Baumeister Schlüter und Schinkel, die Reformer Gneisenau, Hardenberg und Stein ebenso wie der große Schriftsteller Fontane. Uwe A. Oster schreibt keine reine Herrschergeschichte, sondern erzählt auch von den Menschen, die dem Staat erst sein Gesicht verliehen. Dazu zählen der »Soldatenkönig« und sein berühmter Sohn, Friedrich II., aber auch die Hugenotten, die im aufgeklärten Preußen Zuflucht fanden. Oster würdigt das Wirken des Staatsmannes Bismarck, zeigt aber auch die dunklen Seiten des Soldatenstaates, so etwa die Unterdrückung der demokratischen Revolution 1848/49. Seine Darstellung öffnet unseren Blick neu auf eine Epoche, die Deutschland bis heute beeinflusst - im Guten wie im Schlechten.

Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einfarbige Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042

€ 22,95



Thorsten Hinz
Die Psychologie der Niederlage
Über die deutsche Mentalität
Geb., 208 S., geb.
Best.-Nr.: 7004, € 19,80



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95



Rob Riemen
Adel des Geistes
Ein vergessenes Idea
Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7020, € 16,95



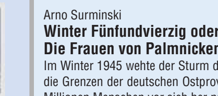
statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Arno Surminski

Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken



Im Winter 1945 wehte der Sturm des Krieges über die Grenzen der deutschen Ostprovinzen und trieb Millionen Menschen vor sich her nach Westen. Als der Landweg abgeschnitten war, blieb nur noch die Flucht über die Ostsee. Millionen flohen zu Fuß, mit Pferd und Wagen, per Eisenbahn oder Schiff über Eis und Wasser. Zu den Fliehenden gehörten die Bäuerin Lisa Kretschmann aus Schippenbeil mit ihren Kindern und die Witwe Levine Gedeitis aus Memel mit ihrer Tochter Olga. Aber auch Tausende jüdischer Frauen, die als KZ-Häftlinge in ostpreußischen Lagern beim Ausbau von Flugplätzen gearbeitet hatten, sollten von den Kriegsgegnern nicht befreit werden und starben deshalb auf grauenvolle Weise sterben. Das Buch begleitet vier junge jüdische Frauen aus dem Ghetto von Lodz auf ihrem Weg nach Auschwitz, ins Konzentrationslager Stutthof und von dort zu den ostpreußischen Außenlagern. Als der Sturm im Januar 1945 losbrach, wurden sie auf Todesmärschen durch das verschneite Land zur Ostseeküste getrieben und von den Wachmannschaften in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar erschossen. Die Tragödie der „Frauen von Palmnicken" war jahrzehntelang vergessen und verdrängt. Dieses Buch soll ihnen ein Denkmal der Erinnerung setzen. Ihr Leidensweg ist eingebunden in das Elend der Zivilbevölkerung, die in den Sturmtagen des Winters in den Westen floh. Eine Hauptrolle spielt die Ostsee, die in den letzten Kriegsmonaten von der Danziger bis zur Neustädter Bucht zum größten Schiffsfriedhof aller Zeiten wurde.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000

€ 19,95

Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst u. a.

Lexikon der Vertreibungen

Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts



Das „Lexikon der Vertreibungen" ist das erste Nachschlagewerk zu einem Thema, das in letzter Zeit sowohl in der Forschung wie in der breiten Öffentlichkeit heftig diskutiert worden ist. Es hat zum Ziel, den derzeitigen Stand der Forschung zur Geschichte der Deportationen, Zwangsaussiedlungen und ethnischen Säuberungen in Europa zwischen 1912 und 1999 zu bilanzieren. Als Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Kooperation umfasst das Lexikon mehr als 300 Artikel von über 100 Experten aus verschiedenen Ländern Europas. Die betroffenen ethnischen Gruppen und Akteure, die wichtigsten Vertreibungs- und Aufnahmegebiete werden im Lexikon ebenso systematisch erschlossen wie zentrale Begriffe aus Wissenschaft und Recht sowie historische Ereignisse, Erinnerungskulturen und Geschichtspolitiken. Zur Erleichterung weiterer Recherchen sind jedem Lexikontext Literaturhinweise beigegeben. Das Werk ist zudem mit einem Personen-, Orts- und Sachregister ausgestattet.

Geb., 802 Seiten, Großformat
Best.-Nr.: 7037



€ 99,00



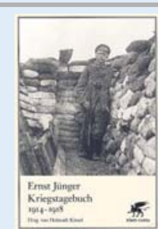
Annika Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Helmut Kiesel (Hrsg.)

Ernst Jünger - Kriegstagebuch 1914-1918

Mit dieser Ausgabe sind Ernst Jüngers Tagebücher aus dem Ersten Weltkrieg erstmals allgemein zugänglich - ein einzigartiges literarisches und zeitgeschichtliches Dokument und eine editorische Sensation! Ernst Jüngers Frontbericht »In Stahlgewittern« ist neben Erich Maria Remarques Roman »Im Westen nichts Neues« das berühmteste deutschsprachige Buch über den Ersten Weltkrieg. Die »Stahlgewitter« sind jedoch kein fiktionales Werk, sondern basieren auf den 15 Tagebuchheften, die Jünger während des Krieges von der ersten Fahrt an die Front am Jahreswechsel 1914/15 bis zu seiner letzten Verwundung im August 1918 kontinuierlich führte. Der Verlauf vieler Tage wird nur in kurzen Notizen festgehalten, die Kampfeinsätze in den großen Schlachten werden hingegen erzählerisch vergegenwärtigt: Persönliches steht neben Militärischem, Empfindsames neben Martialischem, Amouröses neben Barbarischem, Anrührendes neben Abstoßendem. Und bei alledem lässt sich genauestens mitverfolgen, wie die Erfahrungen des Krieges von Jünger psychisch verarbeitet und stufenweise literarisiert wurd Gebunden, 655 Seiten ohne Schutzumschlag, Faksimiles, Lesebändchen

Best.-Nr.: 7043

€ 32,95

Sommer in Ostpreußen 1942




Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte Ostseebad, größte kurische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

€ 14,95

Heike Groos

Das ist auch euer Krieg



Deutsche Soldaten berichten von ihren Einsätzen

In Afghanistan und anderen Krisengebieten riskieren unsere Soldaten Tag für Tag ihr Leben. Wieder heimgekehrt treffen sie mit ihren Erlebnissen oft auf Desinteresse, Unverständnis und sogar offene Ablehnung. Jetzt endlich melden sie sich zu Wort und haben der Bundeswehrärztin Heike Groos ihre Geschichten erzählt. Erstmals, direkt und ungefiltert, berichten sie von dem, was sie nicht mehr loslässt: von Bildern des Krieges, die sie nicht vergessen und vom Leben nach dem Einsatz, in das viele nicht mehr zurückfinden können. Die Erlebnisberichte und Briefe sind einzigartig in ihrer Ausdrucksstärke und Intensität, sie rütteln wach und entwickeln einen Sog, der uns zur Auseinandersetzung zwingt. Wer sie gelesen hat, spricht und denkt anders über unsere Beteiligung an internationalen Kriegseinsätzen.

Geb., 207 Seiten
Best.-Nr.: 7041, € 18,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 42/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

US-Pensionen in Gefahr

Philadelphia – Etlichen großen US-Städten und -Bezirken droht in wenigen Jahren der Kollaps ihrer Pensionskassen. Philadelphia kann seine Verpflichtungen nur noch bis 2015 erfüllen, so die „Financial Times“ mit Hinweis auf eine Studie. Boston und Chicago seien ebenfalls betroffen. US-Kommunen refinanzieren sich wesentlich über Kommunal-Anleihen. An den Finanzmärkten wird bereits die Möglichkeit von Zahlungsausfällen diskutiert. *H.H.*

Verbände gegen Deutschpflicht

Berlin – Migrantenverbände haben den Vorschlag der Bundesregierung, Schulen dazu anzuhalten, dass auf den Pausenhöfen nur noch Deutsch gesprochen werden solle, scharf zurückgewiesen. Das gefährde die Vielfalt und stigmatisiere die Migrantensprachen. Es sei ein Skandal, dass Schulen ausgezeichnet würden, in denen sich Lehrer, Schüler und Eltern verpflichten, dass dort auch außerhalb des Unterrichts nur noch Deutsch geredet werde. *H.H.*

ZUR PERSON

Prager wählen Außenseiter

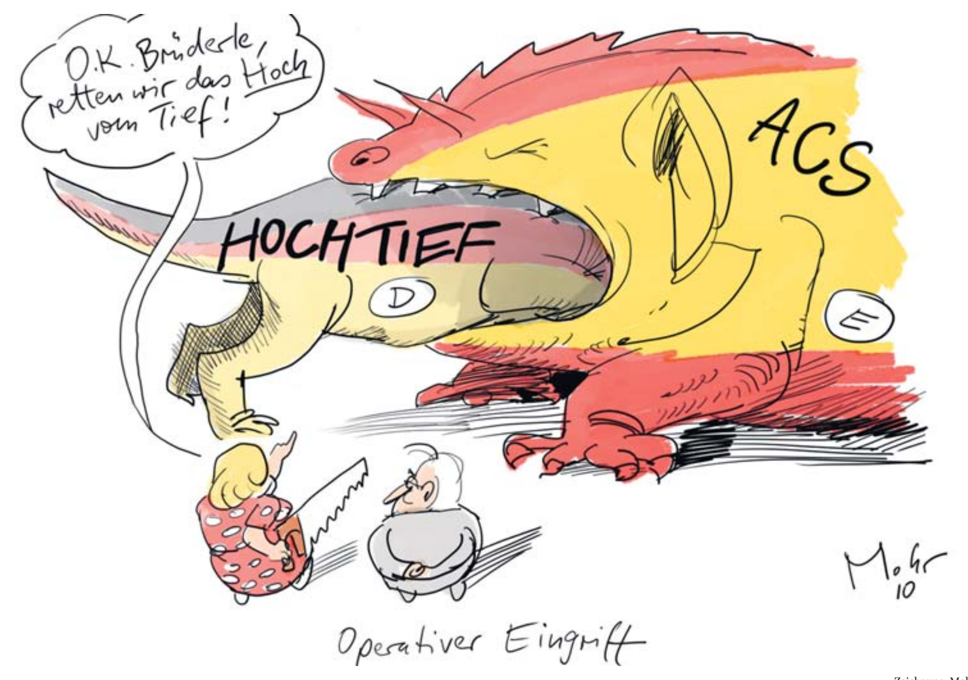
Zdenek Tuma, geboren 1960 im südböhmischen Budweis, lebt seit 32 Jahren in Prag, das er fortan als „Primator“ (Oberbürgermeister) leiten wird. Seine Mitte-Rechts-Partei, die erst im Juni 2009 gegründete TOP 09, erhielt bei den Kommunalwahlen letztes Wochenende über 30 Prozent der Stimmen und 26 Sitze (von insgesamt 63) im Stadtparlament.

Für die Partei war das eine Überraschung, für Tuma nicht, den laut Umfragen von Anfang August 40 Prozent der Prager im höchsten Amt der Stadt sehen wollten. Wirtschaftsexperte Tuma hatte bereits in den 1990er Jahren Regierungsämter ausgeübt und war international in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung tätig, bevor er im Dezember 2000 Gouverneur der Tschechischen Nationalbank wurde. Im Frühjahr 2010 gab er den Posten unerwartet auf und wurde vom TOP 09-Vorsitzenden und aktuellen Außenminister Karel Schwarzenberg für die Politik rekrutiert.



„In Prag gewinnt man vermutlich leichter Wahlen als passende Koalitionspartner“, spöttelte nach der Wahl die angesehene Wochenzeitung „Tyden“. Tuma sieht da kaum Probleme: Da TOP 09 in der Staatsregierung mit den Bürgerlichen Demokraten (ODS) koaliert, wird man es auch in Prag gemeinsam versuchen. Die ODS erlitt in Prag eine herbe Niederlage, von 54,4 (2006) auf jetzt 23 Prozent, und führt dies auf die Korrumpierbarkeit und Arroganz des alten Oberbürgermeisters Pavel Bem und seiner Anhänger zurück. Diese sollen nun die ODS-Spitze verlassen.

Tuma und seine Partner müssen sparen, da die Hauptstadt mit 1,2 Millionen Einwohnern über lediglich zwei Milliarden Euro Haushaltsmittel verfügt, dabei aber den maroden Stadtverkehr sanieren muss. *Wolf Oschlies*



Zeichnung: Mohr

Von Beruf beleidigt

Warum Kenan Kolat immer etwas findet, was die Fifa-Schmiermichs besser gesagt hätten, und wieso Hochtief nicht zu helfen ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das konnte auch Christian Wulff nicht alles kitten. Die Wunden sind tief, die wir bei unseren türkischen Freunden geschlagen haben. Der Vorsitzende der „Türkischen Gemeinde“ in Deutschland, Kenan Kolat, berichtet vorwurfsvoll von der Enttäuschung, die sich unter türkischen Jugendlichen in Deutschland breitgemacht habe. Die jungen Leute beschwerten sich bitter darüber, wie ihr einstiger Star Mesut Özil von den Deutschen „vereinnahmt“ würde, während man ihnen die Anerkennung verweigere.

Wie bitte? Ist der Özil nicht *das* Beispiel für gelungene Integration? Wir haben schon wieder alles falsch gemacht. Dabei wähnten wir uns doch auf der Seite der Guten, als wir den Mesut fest an unser deutsches Herz drückten und ihm hinterher jubelten, als er die Tore für uns schoss. War das nicht auch eine Geste an die Türken im Land? Pustekuchen, gerade deswegen sind die jetzt beleidigt: „Vereinnahmung!“

Das wäre vermeidbar gewesen, es gab andere Möglichkeiten. Die wollen wir hier mal – rein hypothetisch! – durchspielen, und uns – noch viel hypothetischer – ausmalen, was Herr Kolat wohl dazu gesagt hätte.

Wie also können wir die perfide „Vereinnahmung“ eines jungen Türken durch die deutsche National-Elf verhindern? Beispielsweise könnten die Kaderschmieden des deutschen Fußballs ganz darauf verzichten, junge Türken zu fördern. Dann könnten die bei uns ja auch keine Nationalspieler mehr werden, die Gefahr der Vereinnahmung wäre gebannt. Was würde Kenan Kolat dazu sagen? „Der deutsche Spitzenfußball bleibt ein Hort der Fremdenfeindlichkeit. Das zeigt die Ausgrenzung türkischer Talente.“

Oha, ja, das hätte der wohl dazu gesagt. Geht also auch nicht. Zweite Möglichkeit: Man hätte dem Özil die deutsche Staatsbürgerschaft verweigern können! Dann wäre der zwar ein guter Kicker geworden. Die Vereinnahmung durch das Nationalteam aber wäre unmöglich geworden. Und, Herr Kolat? Gefällt Ihnen das? Kolat: „Die Verweigerung der Staatsbürgerschaft selbst für hochbegabte Spitzensportler ist ein Armutszeugnis für Deutschland!“

Wieder nichts, also weiter: Eine dritte Möglichkeit wäre noch, türkische Einwanderer mit deutschem Pass per Sonderregelung aus Nationalmannschaften herauszuhalten. Kolat: „Die himmelschreiende Diskriminierung von Migranten gemahnt an das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte! Wir überlegen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen. Ja, die Weltgemeinschaft muss darüber urteilen, was in Deutschland ... !!!“ Okay, okay, schon verstanden. Wieder nichts.

Tja, bleibt nicht mehr viel, um die „Vereinnahmung“ zu verhindern. Letztes Mittel: Man könnte ihn ja in die Elf aufnehmen, aber die deutschen Mitspieler und erst recht die Fans lassen ihn und die Öffentlichkeit spüren, dass er nicht dazu gehört. Dann wäre er zwar dabei, aber eben nicht „vereinnahmt“. Na? Kolat: „Die unerträgliche Art, mit der die deutschen Fans und sogar die Mannschaftskollegen Mesut Özil ausgrenzen, zeigt, dass die Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und alle Schichten infiziert hat.“

Ja, was denn nun? Wir sehen: Es gibt keinen Ausweg, Kenan Kolat wird in jedem Falle beleidigt sein. Doch ist das denn ein Grund zum Verzweifeln? Kommt auf den Standpunkt an. Für Kenan Kolat ist es das ganz gewiss nicht. Er gehört zu denen, welche die türkischstämmige Berliner Journalistin Güner Balci als „NDP“ bezeichnet, das steht für „Nutznießer der Parallelgesellschaft“.

Die Nutznießer verdanken ihre ganze Medienpräsenz und bisweilen sogar ihre berufliche Stellung dem pausenlosen Aufdecken von Diskriminierung. Sie haben es dabei zu so großer Kunstfertigkeit gebracht, dass sie ohne Schwierigkeit von allen Seiten gleichzeitig angreifen können: So befinden sich die Türken in Deutschland tief im Elend der Ausgrenzung, um – plopp! – schon beim geringsten Integrationsfortschritt in die verhängnisvolle Falle der „Vereinnahmung“ zu stürzen. Dazwischen gibt es nichts, und wo die Grenze ist, bestimmen die NDPs danach, mit welchem Vorwurf man gerade mehr Aufmerksamkeit erzielen kann. Denn von der leben sie.

Mesut Özil hat sich entschieden, lieber vom Fußball zu leben. Da ist ja auch eine Menge Geld drin. Allerdings nicht genug für alle, weshalb die Fifa-Vertreter von Tahiti und Nigeria die Hände weit aufgehalten haben. Leider vor der falschen Person, einer fiesen Presse-Petze nämlich. Der Nigerianer wollte 570 000 Dollar, der Tahitianer gar 2,3 Millionen dafür, dass er bei der Vergabe der WM 2022 für die USA stimmt. Uns Zuschauer hat die erfrischende Offenheit gerührt, mit welcher die beiden Schmiermichs ihre Wünsche darbrachten. Noch frischer wurde uns, als der Tahitianer nach Bekanntwerden des peinlichen Mitschnitts darauf bestand, absolut „integer“ zu sein. Er wollte die Millionen ja nicht für sich, sagt er. Ach ja.

> Der Tahitianer besteht darauf, trotz allem absolut integer zu sein

Was für eine dumme Ausrede. Ein bundesrepublikanischer NDP hätte ganz anderes Kaliber aufgefahren. Etwa so: Ist nicht das unerträgliche Ungleichgewicht zwischen armen und reichen Ländern Schuld an solch abstoßenden Szenen? Eben! Und wer ist für dieses Ungleichgewicht verantwortlich? Na also!

Ungleichgewichte sind unsozial, das geht nicht im sozialen Europa. Deshalb ist der deutsche Aufschwung ein Akt unsozialer Selbstsucht, für den die Deutschen zahlen sollen. Das geht so: Man verschuldet sich über beide Ohren in den Staatsruin, klagt die „europäische Solidarität“ ein, und schon müssen die „reichen“ EU-Länder mit Deutschland an der Spitze blechen.

Allerdings gab es da eine Fußangel, den „Stabilitätspakt“, der die Verschuldungsorgie stoppen sollte. Und zwar per kaltem Automatismus, ohne „politische Kontrolle“, sprich, die Gelegenheit zum Schachern. Aber das war einmal: Nicolas Sarkozy hat unserer Kanzlerin den teuflischen „Automatismus“ am Strand von Deauville abgehandelt. Strafverfahren gegen Defizitsünder werden künftig auf dem Markt für europäische Kuhhandel beschlossen, und zwar nur noch mit „qualifizierter Mehrheit“, also gar nicht mehr. Immerhin, verteidigt sich Angela Merkel, habe sie dem Franzosen dafür abgetrotzt, dass man bis 2013 ein neues System zur Verhinderung künftiger Griechenländereien finden werde, wolle, müsse, oder so ähnlich. Da sind wir ja wirklich gespannt.

Na! Nicht so negativ denken! Schließlich beteuern die Politiker doch, dass „Europa es ernst meint mit der Stabilität“: Angesichts kafkaesker Schuldenpegel weit jenseits aller vereinbarten Grenzen in etlichen Euro-Ländern wurden doch schon saftige Strafen erlassen gegen ... äh ... ja ... ja gut, gegen niemanden. Aber die „moralische Wirkung des Stabilitätspakts“, die war trotzdem ganz enorm, was an Beispielen zu sehen ist wie ... na gut, Moral kann man eben nicht sehen. Basta.

Aber geht bei der Gleichmacherei nicht die europäische Vielfalt verloren? Aber nein, die Vielfalt wird überall dort bewahrt, wo sie nützlich ist, etwa bei den Gesetzen zu Firmenübernahmen. So könnte kein deutsches Unternehmen den spanischen Baukonzern ACS schlucken, weil die dortigen Übernahmegesetze einen solchen Handstreich verbieten. Umgekehrt geht das mit Hochtief schon. Die Bundesregierung will daran auch nichts machen. Wegen der Vielfalt und wegen der „Ordnungspolitik“, soll heißen: In der deutschen Marktwirtschaft müssen die Betriebe sich selber schützen, sonst macht irgendwann die Politik die Wirtschaft. Und was dabei herauskommt, haben wir ja bei den Landesbanken gesehen.

Gut, geschenkt, „Ordnung“ muss ja sein. Das Ganze kommt einem aber vor wie ein Haufen Knirpse, die sich zu einer Balgerei verabreden mit dem festen Versprechen, dass keiner seinen großen Bruder mitbringt. Doch der einzige, der seinen dann wirklich nicht dabei hat, ist der Deutsche.

MEINUNGEN

Der Wiener Professor ***Franz Hörmann lästert*** *im Wiener „Standard“ vom 13. Oktober:*

„Der Staat verschuldet sich bei den Banken, um die Zinsen der Schulden, die er bei den Banken hat, zu begleichen oder um die Banken zu retten, bei denen er selber Schulden hat. Da versteht ja keiner mehr, wer eigentlich bei wem Schulden hat und was Schulden eigentlich sind.“

Der „Spiegel“ (11. Oktober) spricht den US-Regisseur Oliver Stone darauf an, dass er ***bereits 1987*** *mit seinem Film* ***„Wall Street“ die böse Seite des Kapitalismus*** *gezeigt habe. Dieser erwidert:*

„Ja, und was passierte? Die Banken wollten plötzlich selbst spekulieren, mehr als ich es mir je hätte träumen lassen 1987. Soll ich jetzt noch mal rufen: Gier ist schlecht? Nein, ich sage: Die Gier ... ist unsere Natur.“

Ex-Finanzminister ***Peer Steinbrück*** *(SPD) äußert sich in seinem neuen Buch „Unterm Strich“* ***kritisch*** *zum* ***EU-Beitritt der Türkei:***

„Das flammende Plädoyer für eine enge Bindung der Türkei an Europa beantwortet nicht die Frage nach den Auswirkungen eines Beitritts der Türkei auf die Kohäsion der EU. Und nicht nur Helmut Schmidt steht unter dem Eindruck einer langsamen Re-Islamisierung der türkischen öffentlichen Meinung.“

Nachbetrachtung

Wir waren alle mit vor Ort
im Hoffen und im Bangen –
jetzt endlich sind die Zweifel fort,
denn gut ist's ausgegangen.

Doch scheint Erfolg auch noch so glatt,
man kriegt ihn nicht zu schenken,
und dass er viele Väter hat,
ist gleichfalls zu bedenken:

Am Glauben lag's, an Disziplin
der Männer in der Zeche –
das war die stärkste Medizin
im Kampf mit eigner Schwäche.

Und einen gab's, der souverän
die Kumpel um sich scharte,
der wie ein guter Kapitän
vor Torheit sie bewahrte.

Und droben war Entschiedenheit
– das muss ich hier ergänzen! –
nicht kleinkarierter Krämerstreit
um Geld und Kompetenzen.

Und trotzdem wären längst perdü
die dreiunddreißig Leben,
vergeblich alle Liebesmüh,
hätt's Technik nicht gegeben!

Geschlossen stand die Nation
zusammen dieser Tage –
was drängt sich auf? Ihr ahnt sie schon,
die schicksalhafte Frage:

Ob erst ein Unglück dies vermag?
So war's ja hierzulande,
als alles noch in Trümmern lag –
doch heute? Eine Schande!

Und wieder hat sich rausgestellt,
so auch in diesem Rahmen,
dass Anteilnahme steht und fällt
allein mit Bild und Namen.

Denn bleibt was bild- und namenlos,
kann's kein Gefühl erregen –
drum sind Statisten
Zahlen bloß,
statistisch abzulegen ...

Pannonicus